



53. Sitzung

Mittwoch, 27. Februar 2013

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel und Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin		Dietrich Wersich CDU	4059, 4063,
Abwicklung der Tagesordnung	4057	Jens Kerstan GRÜNE	4068
		Dora Heyenn DIE LINKE	4060
		Olaf Scholz, Erster Bürgermeister	4062, 4076
		Heike Sudmann DIE LINKE	4063
Vorstellung des neuen Direktors bei		Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	4065
der Hamburgischen Bürgerschaft		Jan Quast SPD	4066
Johannes Düwel	4057	Anja Hajduk GRÜNE	4067
		Christiane Schneider DIE LINKE	4069
		Dr. Peter Tschentscher, Senator	4070
Aktuelle Stunde	4057	Anna-Elisabeth von Treuenfels	4071
FDP-Fraktion:		FDP	4072
		Lars Holster SPD	4073
Glaube, Wünsche, Hoffnungen		Roland Heintze CDU	4074
– Scholz' Risiken für Hamburg		Dr. Stefanie von Berg GRÜNE	4075
zur Halbzeit			
mit		Fraktion DIE LINKE:	
SPD-Fraktion:		Hamburg wächst – doch die	
2 Jahre Politik für Hamburg		Portmonees der Menschen	
– Versprechen gehalten		bleiben klamm: Beschäftigte im	
und		öffentlichen Dienst, bei Neu-	
		pack, am Flughafen und im	
		Einzelhandel wehren sich!	
		(Fortführung am 28.02.2013)	
CDU-Fraktion:		GRÜNE Fraktion:	
SPD-Senat: Haushaltsverspre-		Lasst beide Herzen schlagen:	
chen gebrochen und ohne Ide-		Bundratsmehrheit nutzen	
en für Hamburgs Zukunft		– Optionspflicht abschaffen!	
Katja Suding FDP	4057	(Fortführung am 28.02.2013)	
Dr. Andreas Dressel SPD	4058		

Senatsmitteilung:		Ausbau der Ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen (GBS) – Fortsetzung der Hortbetreuung während der Umstellungsphase	
Wahl eines Mitgliedes des Hamburgischen Verfassungsgerichts		– Drs 20/6862 –	4077
– Drs 20/6862 –	4077	– Drs 20/6903 –	4084
Ergebnis	4077	Dr. Walter Scheuerl CDU	4084
		Hildegard Jürgens SPD	4085
		Christiane Blömeke GRÜNE	4085
Antrag der SPD-Fraktion:		Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	4086
Hamburg als Zentrum für den Tagungs- und Kongressmarkt stärken		Mehmet Yildiz DIE LINKE	4087
– Drs 20/6894 –	4078	Dr. Stefanie von Berg GRÜNE	4087
dazu		Beschlüsse	4088
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Senatsantrag:	
Tagungen, Kongresse und Messen in Hamburg – Privatisierung verhindern, die Messehallen sind für alle da!		Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherungsverwahrung und der Therapieunterbringung	
– Drs 20/7038 (Neufassung) –	4078	– Drs 20/6863 –	4088
und		Urs Tabbert SPD	4088
Antrag der CDU-Fraktion:		André Trepoll CDU	4090
Hamburg Convention Bureau neu aufstellen – Hamburg zur führenden Tagungs- und Kongressmetropole ausbauen		Farid Müller GRÜNE	4091
– Drs 20/7051 –	4078	Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	4092
sowie		Christiane Schneider DIE LINKE	4092
Antrag der GRÜNEN Fraktion:		Beschluss	4093
Hamburg braucht ein modernes und nachhaltiges Tagungs- und Kongresskonzept		Antrag der CDU-Fraktion:	
– Drs 20/7053 –	4078	Sonderlaufbahn für IT-Experten bei der Polizei	
Jan Balcke SPD	4078	– Drs 20/6906 –	4093
Karin Prien CDU	4079	Beschluss	4093
Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	4080	Antrag der GRÜNEN Fraktion:	
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	4080	Rezeptfreie "Pille danach"	
Kersten Artus DIE LINKE	4081	– Drs 20/6929 –	4093
Frank Horch, Senator	4082	dazu	
Beschlüsse	4083	Antrag der SPD-Fraktion:	
Antrag der CDU-Fraktion:			

Pille danach – rezeptfrei zugänglich machen		Fristverlängerung abgelehnt – Senat muss endlich für saubere Luft sorgen	
– Drs 20/7067 –	4094	– Drs 20/7074 –	4105
Heidrun Schmitt GRÜNE	4094	Dora Heyenn DIE LINKE	4105
Sabine Steppat SPD	4095	Anne Krischok SPD	4106
Hjalmar Stemmann CDU	4096	Birgit Stöver CDU	4107
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	4097	Jens Kerstan GRÜNE	4109
Kersten Artus DIE LINKE	4098	Dr. Andreas Dressel SPD	4110, 4110
Cornelia Prüfer-Storcks, Senatorin	4099	Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	4110
Dr. Walter Scheuerl CDU	4099		
		Beschlüsse	4111
Beschlüsse	4100		

Antrag der FDP-Fraktion:

Beteiligung des gemeinnützigen Sports an den Einnahmen aus der Sportwettenabgabe	
– Drs 20/6912 –	4100
Martina Kaesbach FDP	4100, 4104
Sören Schumacher SPD	4101
Frank Schira CDU	4102
Christiane Blömeke GRÜNE	4102
Mehmet Yildiz DIE LINKE	4104
Beschluss	4104

Gemeinsamer Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien und des Umweltausschusses über die Drucksache 20/5316:

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 12. Oktober 2011 "Landstrom – Konzepte, Kosten und Bewertung" (Drucksache 20/1807) – Senatsmitteilung –	
– Drs 20/6849 –	4104
dazu	

Antrag der SPD-Fraktion:

Saubere Luft durch externe Stromversorgung von Kreuzfahrtschiffen	
– Drs 20/7065 –	4105
und	

Antrag der CDU-Fraktion:

Beginn: 15.02 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, Platz zu nehmen. Insbesondere diejenigen, die heute Abend noch fernsehen möchten, sollten vielleicht ihre Plätze einnehmen.

Dann ist die Sitzung eröffnet.

Bevor wir in die heutige Tagesordnung einsteigen, möchte ich zunächst ganz herzliche Geburtstagsglückwünsche aussprechen. Diese richten sich an unsere Kollegin Katharina Fegebank. Im Namen des ganzen Hauses ganz herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Außerdem begrüßen wir unseren neuen Direktor Johannes Düwel, der am 15. Februar seinen Dienst angetreten hat.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dann kommen wir zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der FDP-Fraktion

Glaube, Wünsche, Hoffnungen – Scholz' Risiken für Hamburg zur Halbzeit

von der Fraktion der LINKEN

Hamburg wächst – doch die Portmonees der Menschen bleiben klamm: Beschäftigte im öffentlichen Dienst, bei Neupack, am Flughafen und im Einzelhandel wehren sich!

von der SPD-Fraktion

2 Jahre Politik für Hamburg – Versprechen gehalten

von der CDU-Fraktion

SPD-Senat: Haushaltsversprechen gebrochen und ohne Ideen für Hamburgs Zukunft

und von der GRÜNEN Fraktion

Lasst beide Herzen schlagen: Bundesratsmehrheit nutzen – Optionspflicht abschaffen!

Die Fraktionen sind übereingekommen, das erste, dritte und vierte Thema gemeinsam debattieren zu wollen. Frau Suding wünscht das Wort und sie hat es.

Katja Suding FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, nachdem Sie in der vergangenen Woche vor der Presse Ihre persönliche Halbzeitbilanz gezogen haben, konnten wir schöne Schlagzeilen dazu lesen.

(*Dr. Monika Schaal SPD: Neidisch, was?*)

"Scholz lobt Scholz" titelte das "Hamburger Abendblatt" und "Der Bürgermeister interpretiert sich selbst" schrieb die "taz". Beides, Herr Bürgermeister, trifft Ihren Auftritt vor der Landespressekonferenz ganz gut, und beides gibt uns und den Hamburgern großen Anlass zur Sorge.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt nach diesen ersten zwei Jahren Ihrer Regierung überhaupt keinen Anlass zu Eigenlob und Selbstzufriedenheit. Ihre vagen Interpretationen früherer Versprechen belegen nur den Bruch dieser Versprechen.

(Beifall bei der FDP und bei *Dietrich Wersich CDU*)

Meine Damen und Herren! Eine ganze Reihe von Beispielen zeigt Ihre für Hamburg gefährliche Mischung aus gebrochenen und uminterpretierten Versprechen, die jetzt noch mit allerlei Wünschen und Hoffnungen garniert werden. Ihr Versprechen, Herr Scholz, den Ausgabenanstieg der öffentlichen Haushalte auf 0,88 oder maximal 1 Prozent zu begrenzen, haben Sie gebrochen.

(*Dirk Kienscherf SPD: Nee, nee!*)

Stattdessen sind es von 2011 auf 2012 mindestens 2 Prozent mehr, das zeigt der vorläufige Abschluss klar und deutlich.

(*Dirk Kienscherf SPD: Das verstehen Sie immer noch nicht bis heute! Sie müssen richtig rechnen!*)

Ihr Versprechen, Herr Scholz, mit weniger Personal zur Haushaltskonsolidierung beizutragen, haben Sie gebrochen. Stattdessen sind die Personalkosten 2012 um rund 3 Prozent gestiegen. Und heute konnten wir in den Zeitungen lesen, dass innerhalb eines Jahres noch einmal fast 800 Vollzeitkräfte hinzugekommen sind. Auf konkrete Vorschläge zur Umkehrung dieser Tendenz warten wir bis heute.

(Beifall bei der FDP)

Ihr Versprechen des "pay as you go" haben Sie gebrochen, Herr Scholz, weil eben nicht jede Mehrausgabe durch Einsparungen in entsprechender Höhe gegenfinanziert wird. Stattdessen haben Sie fröhlich den Kita-Mittagessenbeitrag und die Studiengebühren ohne vernünftige Gegenfinanzierung abgeschafft. Sie wissen bisher auch nicht, wie die zu erwartenden Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst finanziert werden sollen.

Ihr Versprechen, Herr Scholz, den Wohnungsbau mit 6000 neuen Einheiten im Jahr anzuschieben, ist nach wie vor ein frommer Wunsch, weil Sie selbst nicht wissen, zu wie viel Wohnungen 8000 Baugenehmigungen führen.

(Katja Suding)

(Dirk Kienscherf SPD: 8700! Wir wollen doch gerecht sein!)

Stattdessen bezweifelt die Wohnungswirtschaft wegen der kontraproduktiven Maßnahmen zur Mietpreisdeckelung und Neuvermietung, dass diese Zahl erreicht werden kann.

Ihr Versprechen, Herr Scholz, eines transparenten Prozesses für die Lösung des Problems Elbphilharmonie haben Sie ebenfalls gebrochen. Stattdessen wollen Sie morgen mit HOCHTIEF unterschreiben, noch einmal 200 Millionen Euro für die Fertigstellung des Baus auszugeben, ohne dass das Parlament die Alternativen kennt. Das ist für uns nicht zustimmungsfähig.

(Beifall bei der FDP)

Ihr Versprechen, Herr Scholz, mit Elbvertiefung- und Hafeninfrastrukturerneuerung das Herz der Hamburger Wirtschaft voranzubringen, ist zu einem vagen Wunsch mutiert. Die Elbvertiefung ist dank Ihrer fahrlässigen Haltung und der Ihres Senats vor dem Bundesverwaltungsgericht gestrandet, und ob die Verbesserung der Hafeninfrastruktur mit Ihren Haushaltsansätzen gelingen kann, das steht in den Sternen und muss bezweifelt werden.

(Beifall bei der FDP)

Ihr Versprechen, Herr Scholz, mit dem 25-prozentigen Anteil an Stromkabeln Energiepolitik machen zu können, haben Sie so deutlich gebrochen, dass viele Hamburger jetzt glauben, man könne das mit 100 Prozent. Stattdessen wird die Energiewende längst in Berlin vollzogen,

(Heiterkeit bei der SPD)

und Ihre Argumente, Herr Bürgermeister, für die unnütze 25-Prozent-Beteiligung werden nun gegen Sie für eine 100-Prozent-Vollverstaatlichung genutzt. Das Ganze ist ein Musterbeispiel für eine misslungene politische Strategie, die Hamburg und seine Steuerzahler leider über eine halbe Milliarde Euro kostet.

(Beifall bei der FDP)

Ihr Versprechen, Herr Scholz, zur aktiven Gestaltung der schwierigen Lage der HSH Nordbank brechen Sie ständig. Stattdessen schwimmen Sie und die Bank nun mit Milliardengarantien im Gepäck den Entwicklungen hinterher, wie mein Kollege Dr. Kluth Ihnen gleich noch im Detail aufzeigen wird.

(Zurufe von der SPD und der CDU: Oh!)

Und Ihr Versprechen, Herr Scholz, zur friedlichen Weiterentwicklung des Hamburger Schulsystems setzen Sie mit der Überforderung der Stadtteilschule, durch falsch finanzierte Inklusion, mit schlecht gemanagtem Schulbau und überstürzter Einführung des Ganztagsbetriebs aufs Spiel.

(Dirk Kienscherf SPD: Die haben sich alle freiwillig angemeldet zur Ganztagschule!)

Stattdessen sollten Sie endlich handeln, wie Ihnen meine Kollegin Frau von Treuenfels gleich aufzeigen wird.

Herr Scholz, meine Damen und Herren! Diese Bilanz ist nach zwei Jahren so mager, dass sie unter dem Gewicht des selbstgefälligen Eigenlobs zerbricht. Das hat Hamburg nicht verdient. – Danke.

(Beifall bei der FDP – Dirk Kienscherf SPD: Dass Sie dabei nicht rot werden!)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin der schwarz-gelben Opposition sehr dankbar, dass wir heute Gelegenheit haben, über die Halbzeitbilanz zu sprechen. Während Schwarz-Gelb in Berlin vor allem durch politische Lieferprobleme auffällt und das sogar teilweise auch selbst einräumt, haben wir in den ersten zwei Jahren geliefert; das zeigt die Bilanz deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Es freut mich, dass Kollege Wersich gleich nach mir sprechen kann, denn ich möchte verstehen, wie man 70 Prozent Zufriedenheit mit diesem Senat, 51 Prozent Zustimmung und die Benotung 2,7 für den Bürgermeister mit der Note "ausreichend" zusammenbringt; das kann Herr Wersich gleich erklären.

(Beifall bei der SPD)

Aber kommen wir zu dem, was bestellt und was geliefert wurde. Wir haben gesagt, dass wir Hamburgs Haushalt in Ordnung bringen wollen, nicht mit hektischen Sparprogrammen oder einem unerfüllbaren sofortigen Schuldenstopp,

(Katja Suding FDP: Sondern mit Mehrausgaben?)

sondern mit einer langfristigen Konsolidierungsstrategie. Dabei sind wir vorangekommen. Wir haben die Schuldenbremse gemeinsam mit den GRÜNEN und der FDP in die Verfassung geschrieben, und jetzt geht es darum, das Schritt für Schritt umzusetzen. Jede Maßnahme, die wir in diesen zwei Jahren auf den Weg gebracht haben, ist sauber gegenfinanziert, und so wird es bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt auch für das Thema Konsolidierung der Personalausgaben. Das zu erreichen ist kein Sprint, sondern ein Marathonlauf.

(Katja Suding FDP: Falsche Richtung!)

(Dr. Andreas Dressel)

Wir haben gerade mitbekommen, dass wir im Bereich der Kernverwaltung auf ein Minus von 250 Vollzeitäquivalenten kommen. Aber wir haben gemeinsam einen Schulfrieden verabschiedet.

(Zurufe von der LINKEN)

– Mit Ausnahme der LINKEN, das stimmt.

Was hätten Sie gesagt, wenn wir die Zusagen bei den zusätzlichen Lehrereinstellungen und bei Polizei und Feuerwehr nicht eingehalten hätten? Dann hätten Sie uns Wahlbetrug vorgeworfen. Wir halten Kurs auch in der Personalpolitik für diese Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Beim Wohnungsbau kann man aufgrund der Zahlen wahrlich nicht sagen, dass es hier um das Prinzip Hoffnung geht, bei weit über 8000 Baugenehmigungen, einer SAGA, die endlich wieder baut und vielen anderen Maßnahmen, die in dem Bereich angeschoben wurden. Es zeigt sich, dass der Wohnungsbaumotor läuft, und das ist gut für die Mieterinnen und Mieter dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Auch das Thema Mietenpolitik gehen wir an. Gerade gestern hat der Senat beschlossen, die Bundesratsinitiative zur Bekämpfung von Mietwucher und zur gerechteren Verteilung der Maklercourtage auf den Weg zu bringen. Auch das gehört zu einer vernünftigen Wohnungspolitik für diese Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Ein entscheidender Punkt ist das Thema Bildung und Chancengerechtigkeit. Wir haben versprochen, die noch von Herrn Wersich verantwortete Kita-Gebührenerhöhung zurückzunehmen. Das ist passiert. Die Plätze werden ausgebaut, wir haben auf Qualität gesetzt und "Kita-Plus" ist in Kraft getreten. Das geht jetzt so weiter bis zum Ende der Wahlperiode. Wir werden den Spitzenplatz, den wir in Westdeutschland schon jetzt bei Bildung und Betreuung einnehmen, zum Wohle der Familien dieser Stadt weiter ausbauen können.

(Beifall bei der SPD)

Man könnte jetzt an vielen Stellen so weitermachen, aber ich will nur noch zwei Dinge nennen: den Landesmindestlohn und die Studiengebührenrücknahme. Auch hier haben wir Zusagen gemacht und eingehalten. Wenn man sich anschaut, welche Rückzugsgefechte Schwarz-Gelb und auch die schwarz-gelbe Opposition bei diesem Thema austrägt, dann kann man nur feststellen, dass Sie in zentralen Gerechtigkeitsfragen für diese Stadt und dieses Land erkennbar nicht mehr auf der Höhe der Zeit sind. Wen wundert es, dass Sie zusammen in Umfragen gerade noch 25 Prozent auf die Waage bringen? Sie haben sich von der Gerechtigkeitsdebatte dieser Stadt weit entfernt, und das sollte Ihnen zur Halbzeit zu denken geben.

(Beifall bei der SPD)

Und wir werden weitermachen, wir werden Kurs halten und auch in der zweiten Halbzeit in konzentrierter Sacharbeit sorgfältig arbeiten. Wir werden uns nicht selbstzufrieden zurücklehnen, auch nicht bei den Großprojekten, den großen Baustellen, die Frau Suding angesprochen hat. In der Tat ist noch einiges zu tun, und selbstverständlich werden wir dafür Sorge tragen, dass es an all diesen Stellen, von HSH Nordbank bis Elbphilharmonie, eine saubere, ordentliche parlamentarische Beratung gibt und dass das Parlament an den Entscheidungen beteiligt wird. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der SPD – *André Trepoll CDU*: War's doch vorher auch nicht!)

Das Prinzip Hoffnung gilt eher für die Opposition. Es gab am Wochenende ein interessantes Zitat von unserem Geburtstagskind,

(Glocke)

ich weiß nicht, ob die Zeit das noch erlaubt.

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Einen Schlusssatz bitte, Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD (fortfahrend): Sie hat auf leichte Risse in der Alleinregierung gehofft. Sorry, liebe Katharina, leichte Risse hat es nicht gegeben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg ist eine wunderbare Stadt mit einer hohen Lebensqualität, in der die Menschen gern leben und arbeiten. Nicht nur wir, auch die Bürger sowie deutsche und internationale Beobachter haben festgestellt, dass diese Stadt im letzten Jahrzehnt aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht ist.

(Beifall bei der CDU)

Zur Halbzeit müssen wir feststellen, dass der SPD-Senat in den vergangenen zwei Jahren zu wenig unternommen hat, damit das so bleibt.

(Beifall bei der CDU – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Das stimmt!)

Die Euphorie der absoluten Mehrheit ist verflogen. Es gibt schwerwiegende Probleme.

(Heiterkeit bei der SPD – *Dr. Martin Schäfer SPD*: Bei uns nicht!)

– Bei Ihnen nicht, das ist klar. Berauschen Sie sich ruhig an Ihren Zwischenerfolgen.

(Dietrich Wersich)

Diese Probleme haben Olaf Scholz und der SPD die Grenzen des guten Regierens aufgezeigt. Ich will an den seit anderthalb Jahren schwelenden und bis heute ungelösten Streit in der norddeutschen Zusammenarbeit, die Windmesse, erinnern, an neue Milliardenrisiken bei der HSH Nordbank,

(Dirk Kienscherf SPD: Dafür können wir ja nichts!)

an den Baustopp und die Kostenexplosion bei der Elbphilharmonie

(Dirk Kienscherf SPD: Das müssen Sie gerade sagen!)

und schließlich an den Stopp der Elbvertiefung. Dazu kommen umstrittene Unternehmenskäufe: für Kabel und Rohre 540 Millionen Euro und für Staatsanteile an Hapag-Lloyd 420 Millionen Euro. All das sind neue Schulden und Beweise für die Grenzen des Konzepts des guten Regierens und die Überforderung des Bürgermeisters.

(Beifall bei der CDU – Dirk Kienscherf SPD: Woher kommt denn das alles?)

Es ging nicht nur darum, dass Unternehmensanteile auf Pump gekauft worden sind. Es ist angesprochen worden, dass wir eine dreiste Täuschung erleben. Der Bürgermeister hat versprochen, dass die Ausgaben nur um 1 Prozent steigen sollen. Tatsächlich sind sie aber in den ersten beiden Jahren zusammen um 5,8 Prozent gegenüber 2010 gestiegen. Das ist eine dreiste Wählertäuschung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Heute sind die Zahlen aus unserer Großen Anfrage zum Personalabbau in der Verwaltung veröffentlicht worden. Es war die Rede davon, dass man den Personalaufbau stoppen will, aber das Gegenteil ist der Fall, er hat sich beschleunigt. 2011 waren es noch 440 Stellen mehr, in 2012 schon 800 Stellen. Das sieht nicht nach dem Versprechen "pay as you go" und nach Stellenabbau aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren! Es sind nicht nur diese gebrochenen Versprechen und harten Fakten, sondern es ist auch das Gefühl und die Beobachtung, dass dieser Senat ideenlos ist, was die Zukunft der Stadt angeht. Denken Sie an die politischen Entscheidungen 2002 und 2003 zur Durchführung der "internationalen Gartenschau" und IBA im Rahmen des Konzepts "Sprung über die Elbe" der Wachsenden Stadt.

(Dirk Kienscherf SPD: Oder Elbphilharmonie!)

Heute finden diese Veranstaltungen in Hamburg statt. Dieser Senat kann keine einzige Entscheidung vorweisen, die eine ähnliche Auswirkung hat, sodass wir in zehn Jahren sagen könnten: Gut,

dass das damals entschieden worden ist. Nein, der Senat lebt von den Lorbeeren der Vergangenheit.

(Beifall bei der CDU – Dirk Kienscherf SPD: Das ist ja ein Witz!)

Vorm Übersee-Club spricht der Bürgermeister zur Bevölkerungszunahme von 200 000 Menschen bis 2030 und sagt, dass wir nicht wissen, ob es so kommen wird, wir uns aber vorbereiten müssen. Was Herr Scholz als Vision verstanden wissen will, klingt eher nach einer Vorahnung für ein Unglück oder Unwetter, auf das man sich vorbereiten muss. Diese Fragen sind doch völlig offen geblieben: Was für ein Wachstum wollen wir? Welche Menschen kommen nach Hamburg oder sollen nach Hamburg kommen? Was braucht Hamburg, um im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu sein? Diese Fragen hat der Bürgermeister komplett unbeantwortet gelassen.

(Beifall bei der CDU – Dirk Kienscherf SPD: Sie haben doch gar keine Wohnung mehr gebaut, Herr Wersich!)

Deswegen sage ich in Richtung des Bürgermeisters, dass das Wachstum der Stadt nicht naturgegeben ist. Wir haben Jahre erlebt, in denen die Stadt geschrumpft ist. Es braucht eine kluge und weitsichtige Politik, nicht nur, um die Folgen des Wachstums zu gestalten, sondern auch, um diese Stadt überhaupt wachsen zu lassen. Verwalten reicht nicht aus, wir müssen die wachsende Stadt gestalten.

(Beifall bei der CDU)

Ich will wegen der Kürze der Zeit nur ein paar Punkte ansprechen, so die Verkehrsinfrastruktur. Die Menschen ärgern sich immer mehr über Staus und kaputte Straßen und Wege, und was ist die Antwort des SPD-Senats? Kein Verkehrskonzept, sondern 260 Millionen Euro für ein dusseliges Busbeschleunigungsprogramm. Die verpassten Entscheidungen im Verkehr von heute werden die Menschen morgen Zeit und Nerven kosten, und sie werden den Wirtschaftsstandort Hamburg schädigen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP – Glocke)

Ein letzter Satz: Gebrochene Versprechen und Ideenlosigkeit – diese Leistungen von Olaf Scholz und der SPD reichen nicht aus, um Hamburg attraktiv zu halten. Ausreichend ist nicht genug. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Herr Kerstan hat nun das Wort.

Jens Kerstan GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch nach der Jubelarie von

(Jens Kerstan)

Herrn Dressel, es sei gehalten worden, was versprochen wurde, muss man nach zwei Jahren SPD-Senat feststellen, dass es keinen Grund zur Selbstzufriedenheit gibt.

(Gabi Dobusch SPD: Nicht?)

In vielen wichtigen Zukunftsbereichen nämlich hat dieser Bürgermeister in seinem Regierungsprogramm überhaupt nichts versprochen: Klimaschutz, Umwelt, Verkehr, Wissenschaft und Soziales – hier gibt es keine Versprechen, und nach zwei Jahren haben wir festgestellt, dass der Senat dort, wo er nichts versprochen hat, auch beschlossen hat, nichts zu tun. Das ist eine schlechte Botschaft für viele Menschen in dieser Stadt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn dieser Bürgermeister von in Zukunft vielleicht zwei Millionen Einwohnern in Hamburg träumt, dann fragt man sich, wie man die wichtigen Zukunftsbereiche Bildung und Wissenschaft so sträflich vernachlässigen kann, wie es dieser Senat getan hat.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dirk Kienscherf SPD: Was, vernachlässigen? Das ist ein Schwerpunkt!)

Das Thema Inklusion wurde völlig verschlafen und unterschätzt, aus den Stadtteilschulen droht eine Art Sonderschulen zu werden,

(Dirk Kienscherf SPD: Wie bitte? Das ist ja wohl das Letzte!)

und der Wissenschaftsbereich blutet aus. Er bekommt noch nicht einmal einen Tarif- oder Inflationsausgleich. Warum sollen Menschen in diese Stadt kommen wollen, wenn sie sich nicht darauf verlassen können, dass dieser Senat erstklassige Schulen und gute Hochschulen bereitstellt?

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Und wie kann dieser Bürgermeister von zwei Millionen Menschen in dieser Stadt träumen und es völlig versäumen, die Stadt im Verkehrsbereich auf die dann noch weiter steigenden Probleme vorzubereiten? Er schafft es ja noch nicht einmal, die heutigen Verkehrsprobleme zu lösen, weil der Neinsager-Senat

(Dr. Andreas Dressel SPD: Neinsager, das sagt der Richtige!)

alles, was Abhilfe schaffen könnte, zum Tabu erklärt hat: keine Stadtbahn, keine Umweltzone, keine City-Maut, keine Parkraumbewirtschaftung, und die Programme für den Radverkehr werden zurückgebaut. Ein Bürgermeister, der ein Ziel von zwei Millionen Menschen ausgibt und in diesem Bereich mit Untätigkeit glänzt, bereitet diese Stadt auf keine gute Zukunft vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Schlimme daran ist, dass Sie nicht nur Staus und ähnliche Dinge in Kauf nehmen, sondern dass Sie dabei völlig ignorieren, dass der Verkehr eine große Gesundheitsgefährdung darstellt. Über 100 000 Menschen wohnen an Straßen mit akuter Luftverschmutzung, die gesundheitsgefährdend ist. Der Senat hat von der EU-Kommission den Auftrag bekommen, einen Luftreinhalteplan vorzulegen, um das abzustellen. Und wie ist das Votum aus Brüssel? Bevor der Senat den Plan auch nur verabschiedet hat, wurde festgestellt, dass dieser ungenügend ist und nichts taugt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das stimmt nicht!)

Setzen und nacharbeiten, lieber Herr Dressel. So vor der EU-Kommission gescheitert wie dieser Senat sind wenige in einer so wichtigen Frage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass das auch eine soziale Frage ist, liebe Kollegen von der Sozialdemokratie, haben Sie anscheinend überhaupt nicht auf dem Zettel.

(Dirk Kienscherf SPD: Das haben Sie doch auch nicht!)

Wer wohnt denn an diesen großen Verkehrsmagistralen, die laut, dreckig und mit Luftbelastung verbunden sind? Das sind nicht die Menschen mit sechsstelligem Gehalt, mit Ferienhaus, Boot und Pferd,

(Zurufe von Dr. Andreas Dressel und Dirk Kienscherf, beide SPD)

sondern diejenigen, die es sich nicht leisten können, dorthin zu ziehen, wo es weniger Belastung gibt. Dass man Sozialdemokraten das sagen muss, ist traurig.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dirk Kienscherf SPD: Was haben Sie denn gemacht?)

In der Republik wird zurzeit über Fracking diskutiert, eine unverantwortliche und gesundheitsgefährdende Technologie, um Erdgas zu fördern. Das Nachbarland Schleswig-Holstein hat Initiativen gestartet und will das nicht. Aber was macht dieser Senat? Der Senat hat unter Zustimmung des Bürgermeisters zugelassen, dass in den Vierlanden,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist nachweislich falsch, was Sie gerade sagen! Das hat das Bergbauamt entschieden!)

wo übrigens das größte Trinkwassergebiet Hamburgs liegt, Erkundigungen zum Fracking aufgenommen werden können, obwohl die Fachleute der Umweltbehörde vor einer Gefährdung des Trinkwassers warnen. Sie mögen das als Wirtschaftsförderung und Standortpolitik ansehen, wir GRÜNE hingegen sagen: Mit der Gesundheit der Hamburgerinnen und Hamburger experimentiert man nicht.

(Jens Kerstan)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Fazit für diesen Bürgermeister und seine Politik: Sorgen Sie dafür, dass in Zukunft das Gemeinwohl stärker im Mittelpunkt steht, dass Umwelt- und Gesundheitsgefahren eine größere Priorität erhalten und dass gerade im Energiebereich nicht nur die Konzerne die Energiepolitik bestimmen. Setzen Sie sich wie auch andere Länder dafür ein, dass in Zukunft das Gemeinwohl und die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt Ihrer Politik stehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Frau Heyenn hat jetzt das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dressel, Sie haben gesagt, dass die SPD geliefert habe.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja!)

Nach zwei Jahren Regierungszeit kann man das auch erwarten; die Frage ist nur, was sie geliefert hat.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Andreas Dressel SPD: Gute Sachen!)

Wenn wir uns die Politik des Scholz-Senats anschauen, dann stellen wir fest, dass diese den Weg einer sozialdemokratischen Partei zu einer Partei der sozialen Spaltung beschleunigt. Das wollen wir auch begründen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben eine gnadenlose Kürzungspolitik durchgesetzt, und das Schlimme ist, dass es immer nur die Schwachen trifft. Bei Theatern, Bauspielplätzen, Jugendtreffs, Hilfen zur Erziehung und sozialen Einrichtungen wurden die Gelder gekürzt, teilweise wurden Einrichtungen sogar geschlossen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was wurde geschlossen?)

– Theater zum Beispiel, das wissen Sie genau.

(Sören Schumacher SPD: Welche?)

In Ihrer Halbzeitbilanz steht der grandiose Satz, dass die kulturellen Steuermehreinnahmen nicht für neue Projekte verjubelt wurden. Sie haben im Angesicht der sozialen Spaltung dieser Stadt ernsthaft das Wort "verjubelt" benutzt. Dieser Zynismus ist nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann haben Sie altbekannte Dinge aus Ihrer Mottekiste geholt, nämlich die Doppelstrategie. In der Opposition haben Sie gemeinsam mit uns mit Verve für Steuergerechtigkeit in Hamburg gekämpft, und im Bundestagswahlkampf wollen Sie die Reichensteuer und die Vermögensteuer. Hier in Ham-

burg jedoch müssen wir bei einer komfortablen absoluten Mehrheit feststellen, dass Sie nicht einmal über die Einnahmenseite sprechen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Gestern hat Wolfgang Rose in Hamburg 1 verkündet, dass es Mehreinnahmen in Hamburg nur über die Bundesebene gebe. Lieber Wolfgang, das hörte sich bei dir auch schon ganz anders an, um das deutlich zu sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir kritisieren, dass die Starken geschont werden. Wir sind die Hauptstadt der Millionäre und die Stadt mit der schlimmsten sozialen Spaltung. Statt für eine Verbesserung zu sorgen und den Steuervollzug zu verbessern, baut der Senat Personal in der Finanzbehörde ab, und das ist erst der Anfang und geht noch weiter. Olaf Scholz ist nicht dafür bekannt, konkrete und klare Aussagen zu tätigen, aber eine Ansage kennen wir von ihm: All das, was über einem Tarifabschluss von 1,5 Prozent liegt, wird die SPD mit Stellenabbau im öffentlichen Dienst beantworten. Das bedeutet eine stärkere Verdichtung der Arbeit, eine stärkere Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, einen Abbau von Dienstleistungen für die Bevölkerung und natürlich einen weiteren Abbau von Steuergerechtigkeit. Sie verzichten auf Mehreinnahmen von Bürgerinnen und Bürgern, denen es nicht wehtut,

(Dirk Kienscherf SPD: Herr Wersich hat das eben noch anders geschildert!)

und Sie belasten diejenigen, die ohnehin schon die größte Last tragen. Wir nennen das unsoziale Politik.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt zu Ihrem Politikstil, Herr Bürgermeister. Die absolute Mehrheit verändert auch den Stil, und wir haben gelesen – darauf wird immer gerne hingewiesen –, dass Sie sehr hohe Umfragewerte haben. Beliebtheit und Beliebbarkeit liegen aber sehr eng beieinander liegen.

(Beifall bei der LINKEN)

In der Tat können wir feststellen, wenn man sich die Halbzeitpressekonferenz, die Regierungserklärung oder die Rede vor dem Übersee-Club anguckt, dass da viel Prosa und wenig Konkretes geboten wird. Die politischen Entwürfe, nach denen Sie handeln, stammen aus dem letzten Jahrhundert. Die Agenda 2010 schwebt immer noch als Geist obendrüber. Insofern haben Sie recht: Das ist betonhart, da sind keine Risse, da wird beigeblieben.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Formel "Mehr Wachstum, mehr Wohlstand, mehr Lebensqualität und Chancengleichheit für al-

(Dora Heyenn)

le" ist ebenso falsch wie ignorant, das hat vor über 60 Jahren schon der Club of Rome festgestellt. Das, was unbeliebt macht in der Politik, Herr Bürgermeister, das überlassen Sie anderen. Sie lassen kürzen – von Ihren Senatorinnen und Senatoren, von den Behörden und den Bezirken. Sie blenden die Realitäten in dieser Stadt aus. Wir haben in Hamburg sehr viele Menschen, die zu Dumpinglöhnen arbeiten und Aufstocker sind. Selbst in Schulen und Hochschulen ist prekäre Beschäftigung an der Tagesordnung. Die soziale Herkunft entscheidet immer noch über den Schulerfolg und -misserfolg.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir haben doch die Studiengebühren abgeschafft!)

Wenn Sie gut regieren wollen, müssen Sie die stärkste Herausforderung in dieser Stadt zur Kenntnis nehmen und dafür sorgen, dass die soziale Spaltung beseitigt wird. Wir werden nicht aufhören, das immer wieder einzufordern.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun der Erste Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich für die erneute Anmeldung dieser Debatte bedanken. Letzte Woche hat dies die SPD-Fraktion in der Aktuellen Stunde versucht, und jetzt haben andere dazu beigetragen, dass sie auch tatsächlich stattfinden kann.

Nach einer ganzen Reihe von Halbzeitdebatten, angefangen schon im letzten Jahr bei der Haushaltsdebatte, nach den Diskussionen, die wir dann vor der Presse geführt haben, in der sich jeder auch sorgfältig geäußert hat, und angesichts der vielen dargelegten Einschätzungen sollten wir versuchen, einigermaßen ruhig an die Sache heranzugehen. Sie alle sind beim Hierherkommen darauf gestoßen, dass heute das schöne Wetter in Hamburg maßgeblich ist.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Und wenn wir in der Bürgerschaft über Politik diskutieren, dann sollte die Regierung nicht den Eindruck erwecken, als wäre sie für das Wetter verantwortlich, und die Opposition sollte nicht, wenn es schlecht läuft, so argumentieren, als wäre die Regierung am Wetter schuld. Diesen Eindruck haben aber manche Bürgerinnen und Bürger, wenn sie politische Debatten verfolgen, dass nämlich nicht mit der nötigen Ernsthaftigkeit über die Fragestellungen der Zukunft unserer Stadt und unseres Landes diskutiert wird. Das finde ich aber wichtig. Es ist nie ein guter Rat, mit erhobenem Zeigefinger sehr aufgeregt zu schimpfen und dann feststellen zu müssen – nicht nur an den Umfragewerten, aber manchmal eben auch daran –, dass die

Bürgerinnen und Bürger diese Sicht der Dinge ganz und gar nicht teilen.

(Beifall bei der SPD)

Ich verspreche Ihnen, dass die Regierung betont sachlich bleiben wird und nicht großartig verkündet, was sie alles Tolles tut, sondern sich an ihre Arbeit macht.

(André Trepoll CDU: Keine Senatspressekonferenz hier!)

Es wäre eine gute Idee, wenn diejenigen, die die Regierung mit Kritik begleiten – was in der Demokratie eine wichtige und unbedingt notwendige Aufgabe ist –, dies auch so tun, dass man glauben kann, dass es ihnen um die Dinge geht, die wirklich in unserer Stadt stattfinden. Das ist nicht immer sicher.

(Beifall bei der SPD)

Zum Haushalt: Ich habe die letzte Haushaltsdebatte schon angesprochen, und wir werden die nächste Haushaltsdebatte kurz vor der nächsten Bürgerschaftswahl haben. Das wird sehr beeindruckend sein, denn wir werden zeigen können, dass wir unsere Ansage, die Steigerungen in den Haushaltsplänen Jahr für Jahr nicht über 1 Prozent kommen zu lassen, eingehalten haben werden.

(Dietrich Wersich CDU: Das ist die Realität!)

Und was aus meiner Sicht mindestens genauso wichtig ist: Wir werden noch vor der nächsten Bürgerschaftswahl einen Haushalt vorlegen, bei dem das für die weiteren Jahre auch skizziert wird. Einen Haushalt, der zeigt, dass man das auf diese Art und Weise machen kann, der dazu beitragen soll, dass wir gleichzeitig das modernste Haushaltswesen eines deutschen Bundeslandes bekommen werden. Dieses wird dann auch zum Beispiel Abschreibungen enthalten und sicherstellen, dass der Verfall unserer Infrastruktur im Haushalt nicht mehr unberücksichtigt bleibt, der verhindert, dass man neue Projekte entwickelt, aber die Instandhaltung des Bestehenden nicht finanziert werden kann. Das wird sich ändern, und das ist sehr modern.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Bürgermeister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wersich?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ja.

Zwischenfrage von Dietrich Wersich CDU: Herr Bürgermeister, wie erklären Sie uns und der Öffentlichkeit, dass die tatsächlichen Ausgaben von 2010 auf 2011 um 4,5 Prozent und von 2011 auf 2012 um 2 Prozent gestiegen sind?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz (fortfahrend): Sehr geehrter Herr Wersich, es gab schon in der griechischen Demokratie die rhetorische Form des Sophismus.

(*Dietrich Wersich CDU*: Ist das jetzt eine Selbsterkenntnis?)

Das ist die Art und Weise, etwas zu verdrehen, um dann über das, was man verdreht hat, besonders sorgfältig zu sprechen. Leider muss ich Ihnen vorhalten, dass Sie den Sophismus sorgfältig studiert haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen auch sagen, woran das liegt. Schon in der Bürgerschaftswahlkampagne stand in unserem Programm und in der Erklärung von mir und dem späteren Finanzsenator Tschentscher, dass die Ausgabensteigerung pro Jahr, ausgehend vom Haushaltsplan-Entwurf 2010, nicht mehr als 1 Prozent betragen darf.

(*Dietrich Wersich CDU*: Also Pläne! – Zurufe von der CDU)

Diese Aussage ist schriftlich verfasst, in Pressekonferenzen dargestellt und im Übrigen mit Zeichnungen unterlegt worden, und man muss sich sehr anstrengen, um da ständig wegzugucken und über etwas anderes zu reden. Was Sie machen, ist eine klassische Strategie in der Demokratie. Schon die attische Demokratie kannte das, aber dies hatte auch schon damals keinen guten Ruf.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie mir diese Bemerkung erlauben: Für jemanden, der eine Partei anführt, die bei der letzten Bürgerschaftswahl so abgeschnitten hat, wie sie abgeschnitten hat,

(Zurufe von den GRÜNEN)

und davon nicht sehr weggekommen ist, ist es schon ein gewagtes Unterfangen zu behaupten, eigentlich wäre alles, was man bisher gemacht habe, super gewesen, leider könne man sich das Wahlergebnis nicht erklären.

(Zurufe von der CDU)

Mein Rat an Sie: Überlegen Sie sich zu diesem Gedankenansatz doch einmal etwas Neues.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen ist es schon kühn, sich hinzustellen und zu sagen, man habe zehn Jahre lang vergessen, Wohnungen zu bauen,

(*Dietrich Wersich CDU*: Sie wissen, dass das nicht stimmt!)

und dann der aktuellen Regierung vorzuwerfen, es fehle ihr an einer Vision. Ihnen ist jahrelang vorgehalten worden, dass Sie überbordende Fantasien für die HSH Nordbank hatten und dafür gesorgt

haben, dass diese Bank eine Expansionsgröße erreicht hat, für die wir noch zehn, zwanzig Jahre lang zu büßen haben werden. Aber es ist Ihnen nicht eingefallen, ganz bodenständig dafür zu sorgen, dass in dieser Stadt Wohnungen gebaut werden, die die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs benötigen.

(Beifall bei der SPD)

Bleiben Sie mir mit diesen Fantasien vom Halse. Wir zahlen noch heute für diese Fantasien. Die eine ist die HSH Nordbank und die andere heißt Elbphilharmonie.

(*Dietrich Wersich CDU*: Ja, ja!)

Auch das war ein ziemlich teurer schöner Traum.

(Beifall bei der SPD – *Jens Kerstan GRÜNE*: Wie war das mit der Sachlichkeit? Wir wollten doch sachlich bleiben!)

Im Übrigen wird das Parlament natürlich nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Das hat Herr Dressel gesagt, und das haben wir auch angekündigt. Verlassen Sie sich darauf, dass wir mit der erforderlichen Ruhe diese Dinge in Ordnung bringen werden. Dass das nicht leicht ist, wissen die Bürgerinnen und Bürger. Aber wir können das gemeinsam hinbekommen, und ich hoffe auch auf die Unterstützung der Oppositionsparteien.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von *Jörg Hermann CDU*)

Meine Damen und Herren! In der Tat ist eines der großen Themen, wie wir das Bevölkerungswachstum und das Wirtschaftswachstum, das wir uns wünschen, so bewältigen können, dass die Lebensqualität in unserer Stadt und unserem Lande nicht darunter leidet. Ich finde es richtig, dass darüber diskutiert wird, allerdings darf man sich als Partei, die die GRÜNEN heißt, nicht mit dem eigenen Namen zufriedengeben. Es ist notwendig, konkrete Vorstellungen und Visionen für die Zukunft zu haben, die nicht nur die Anforderungen formulieren, sondern auch eine Einlösung beinhalten.

(*Dietrich Wersich CDU*: Herr Scholz kann alles, auch Grün! – *Anja Hajduk GRÜNE*: Busbeschleunigungsprogramm!)

Und genau das machen wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass Herr Kerstan recht hat, dass es ein großes Problem mit dem Straßenverkehr und den damit verbundenen Belastungen gibt. Deshalb haben wir das seit Jahrzehnten größte Neubau- und Offensivprogramm für den öffentlichen Nahverkehr dieser Stadt auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der SPD)

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

Wir verlängern die U4 bis zu den Elbbrücken, wir bauen zwei neue S-Bahn-Stationen an den Elbbrücken und in Ottensen. Wir wollen zusammen mit Schleswig-Holstein eine komplett neue Schnellbahn bauen, die S4. Wir haben Pläne dafür, dass auch die S21 umgebaut werden kann. Und wir haben bei dem neuen Vertrag mit der S-Bahn berücksichtigt, dass diese beiden Schnellbahnstrecken gebaut werden können. Das haben wir schon jetzt in einem Vertrag bis 2033 berücksichtigt.

(Beifall bei der SPD)

Weil es darum geht, die Emissionen zu reduzieren, setzen wir nicht nur auf eine Expansion des Busprogramms, damit mehr öffentlicher Nahverkehr stattfinden kann. Wir kümmern uns auch um einen besseren, bequemer nutzbaren öffentlichen Nahverkehr, indem wir die Schnellbahnstationen endlich behindertengerecht umbauen – was offenbar früher niemandem wirklich wichtig war –, und wir versuchen, das in diesem Jahrzehnt zu Ende zu bringen und nicht in diesem Jahrhundert, wie es der Plan bis zum Regierungswechsel war.

(Beifall bei der SPD)

Wir sorgen auch dafür, dass sich die Emissionen im Busverkehr verringern werden. Wir setzen auf den technischen Fortschritt als Lösung für Probleme. Deshalb wollen wir die Elektrifizierung des öffentlichen Nahverkehrs und einen möglichst großen elektrifizierten individuellen Personennahverkehr. Beides zusammen kann die Belastung unserer Stadt reduzieren, und deshalb hat Hamburg eine Perspektive, auch die hohen Anforderungen der EU-Kommission zu erfüllen. Viele andere Städte mit Umweltzonen und grünen Bürgermeistern erfüllen diese Voraussetzungen nicht.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens auch grüne Bürgermeister wie der von Stuttgart, die gegen eine Umweltzone sind.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Bürgermeister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Sudmann?

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Ja.

Zwischenfrage von Heike Sudmann DIE LINKE:* Vielen Dank. – Ich habe auch nur eine ganz leichte Rechenfrage: Können Sie uns erklären, warum bei uns Abgeordneten fünf Minuten 5 mal 60 Sekunden dauern und bei Ihnen 10 oder 20 mal 60 Sekunden?

(Sören Schumacher SPD: Weil es der Bürgermeister ist!)

Erster Bürgermeister Olaf Scholz (fortfahrend): Das ergibt sich aus der Geschäftsordnung der Bürgerschaft.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wenn wir über die Zukunft reden, gibt es viele andere Themen, die ich nicht lange ausführen will, aber ich will sie Ihnen doch nennen: Hamburg bekommt mit dem, was wir jetzt tun, das modernste Bildungssystem in Deutschland. Wir werden, was die Bildung und das vollständige Angebot an Ganztagsbetreuung in der Krippe, der Kita, den Grundschulen, den weiterführenden Schulen, den Stadtteilschulen und den Gymnasien betrifft, die modernste Stadt in Westdeutschland sein. Und wir werden die Stadt sein, die am 1. August dieses Jahres den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz erfüllen kann, während alle anderen sagen, sie würden einmal gern.

(Beifall bei der SPD)

Das ist auch notwendig. Eine Stadt, die so sehr eine Ankunftsstadt ist, in der so viele ihr Glück suchen, in der sie nach einer Zukunft für sich und ihre Familien und den Anschluss an die Mittelschicht suchen, eine solche Stadt muss viel mehr für Bildung ausgeben. Deshalb ist es richtig, dass wir in Konsequenz der Vereinbarung der letzten Legislaturperiode die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer in dieser Stadt ausweiten. Das gehört zu einer modernen Zukunft unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings gehört zu einer modernen Stadt der Zukunft auch, eine seriöse Debatte zu führen. Wenn die Lehrer- und Lehrerinnenzahlen mit solchen Steigerungsraten ausgeweitet werden und man gleichzeitig öffentlich so darüber diskutiert, als fände gerade das Gegenteil statt, dann glaubt das einem keiner mehr. Deshalb mein Rat an alle hier: Sagen Sie, was Sie wollen, und kritisieren Sie, aber sehen Sie zu, dass Ihnen noch einer glauben kann. Über diese Expansion im Bildungsbereich, die wir organisieren und für die wir riesige finanzielle Kraftanstrengungen unternehmen, kann man nicht so reden, als ob das Gegenteil der Fall wäre.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt dabei richtigerweise genügend schwierige Probleme zu diskutieren. Aber wir sollten das immer so tun, dass man uns glaubt, dass wir an den Themen und den Problemen dran sind, die in dieser Stadt existieren. Sie sollten sich nicht in einer Welt bewegen, die sich völlig abhebt von der Realität und in der es um andere Dinge als Hamburg geht, und darauf bauen, dass sich möglicherweise niemand so genau auskennt und man nicht merkt, dass Sie über etwas anderes als Hamburg reden.

Einen Satz von Herr Kerstan will ich noch aufgreifen, und ich möchte ihn bitten, sich das noch ein-

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

mal zu überlegen. Ich mache es ganz höflich, das könnte man auch anders machen.

(Dietrich Wersich CDU: Dann machen Sie es doch mal anders!)

Die Stadtteilschulen und das Projekt, das sich damit verbindet, sind etwas, was die Politikerinnen und Politiker unserer beider Parteien eigentlich immer richtig gefunden haben. Dazu gehört auch, dass man sie nicht schlechtredet, Herr Kerstan. Darum möchte ich Sie ausdrücklich bitten.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss sagen, dass es mir wichtig ist, dass eine Stadt wie unsere immer für den Zusammenhalt sorgt, der auch funktionieren muss, wenn so viele Menschen sehr unterschiedlicher Herkunft hier ihr Glück suchen. Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass wir dies mit der Einbürgerungskampagne, dem Brief an die Bürgerinnen und Bürger, die sich einbürgern lassen sollen, und mit dem Staatsvertrag mit den muslimischen Verbänden und den Aleviten hinkommen haben. Das ist ein guter Beitrag zur Integration und zum Glück in dieser Stadt. Dazu gehört auch, dass wir dort, wo wir dies alleine nicht bewältigen können – im Rahmen der Bundesgesetzgebung –, dafür Sorge tragen, dass diejenigen, die sich Mühe geben und zum Beispiel gut in der Schule sind, auch eine Aufenthaltsperspektive bekommen, selbst wenn die Ausgangsvoraussetzung nicht richtig war.

(Zuruf von Christiane Schneider DIE LINKE)

All das gehört zusammen. Hamburg ist eine Stadt mit guter Zukunft für diejenigen, die hier leben und für sich und ihre Familien ein besseres Leben suchen. Wir sollten gemeinsam dazu beitragen. – Schönen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Ich sage das einmal für unsere Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die sich möglicherweise erst jetzt zugeschaltet haben: Der Applaus galt nicht Herrn Dr. Kluth, sondern dem Ersten Bürgermeister.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Kluth, Sie haben das Wort.

(Zuruf von Heike Sudmann DIE LINKE)

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das mit dem Beifall ist zwar bedauerlich, und ich hoffe, dass das nicht von meiner Redezeit abgeht, aber, Herr Bürgermeister, die für Ihre Verhältnisse fast aufgeregte, um nicht zu sagen emotionale Reaktion auf die durchaus berechtigte Frage des Kollegen Wersich lässt eigentlich nur eine Schlussfolgerung zu, und diese lautet: wunder Punkt getroffen.

(Beifall bei der FDP und der CDU und einzeln bei den GRÜNEN)

Noch eines ist in dieser Debatte sehr deutlich geworden: Was der Bürgermeister eben, aber auch am 19. Februar in der Öffentlichkeit vorgestellt hat, war alles andere als eine Halbbilanz, denn für Bilanzen gelten die Grundsätze der Klarheit und Wahrheit. Was Sie aber hier vorgestellt haben, war weder klar noch wahr.

(Beifall bei der FDP und einzeln bei der CDU)

Und schließlich, Herr Bürgermeister, gilt für eine Bilanz auch der Grundsatz der Vollständigkeit.

(Dirk Kienscherf SPD: Bei der kurzen Redezeit geht das nicht!)

Das ist bei Ihrer Halbbilanz ein besonders spannender Punkt, denn wenn man sich die von Ihnen am 19. Februar vorgelegte Halbbilanz sorgfältig durchliest, dann fällt zum Thema Vollständigkeit Folgendes auf: Erhöhung der Beteiligung bei Hapag-Lloyd, immerhin 420 Millionen Euro – kein Wort. Ausfall der als sicher eingeplanten Dividende zur Finanzierung der neuen Schulden – auch kein Wort. Höhe des Kapitaldienstes, also Zinsen und Tilgungen zulasten aller anderen Bereiche, also auch Schulen, Hochschule oder Kultur – ebenfalls nichts. Herr Bürgermeister, wahrscheinlich ist Ihnen diese politische Fehlentscheidung inzwischen selbst so peinlich, dass Sie sie in Ihrer Halbbilanz schlicht unter den Tisch fallen lassen.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Und schließlich die HSH Nordbank, immerhin das historisch größte Haushaltsrisiko in der Geschichte: Vorstandsvorsitzender ausgewechselt, Aufsichtsratsvorsitzender ausgewechselt, halber Vorstand ausgewechselt, aber in der Halbbilanz kein Wort davon.

(Dr. Martin Schäfer SPD: Was?)

Insgesamt macht sich der Senat in Sachen HSH Nordbank nach Auffassung unserer Fraktion einen sehr schlanken Fuß. Er erweckt den Eindruck, als wären die Probleme mit der Bank geerbt.

(Dr. Martin Schäfer SPD: Sind sie auch!)

Das ist aber nur zum Teil richtig, denn warum reden wir heute über eine Erhöhung der Garantien der Länder auf 10 Milliarden Euro? Und warum stehen wir damit am Beginn eines neuen EU-Beihilfverfahrens, bei dem das gesamte Geschäftsmodell der Bank erneut auf den Tisch kommen wird und das möglicherweise mit neuen Auflagen und schlimmstenfalls auch mit der Abwicklung der Bank endet? Weil man es zugelassen hat, dass in den Jahren 2011 und 2012 die Garantien schrittweise auf 7 Milliarden Euro zurückgefahren wor-

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

den sind. Und wer regierte zu dieser Zeit? Derselbe Senat, der heute regiert, und damit trägt niemand anderes als der jetzige Senat die politische Verantwortung für das nun erforderlich werdende neue Beihilfeverfahren und alle sich daraus ergebenden Folgen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Überhaupt hat man bei der HSH Nordbank nicht den Eindruck, dass die Stadt Hauptanteilseigner der Bank ist und damit maßgeblichen Einfluss nehmen kann. Wir wissen inzwischen, dass der Senat von den Klagen zweier Flowers-Investorengruppen vor dem Europäischen Gerichtshof eher zufällig erfahren hat. Obgleich der Senat nach eigenem Bekunden mit einer Klage rechnete, trifft ihn das Erwartete nun offensichtlich unvorbereitet. Der Senat hat keine Vorstellung und keinen blassen Schimmer davon, welche Auswirkungen die Klage auf den Verlauf und vor allen Dingen auch die Dauer des neuen, nun notwendig werdenden Beihilfeverfahrens haben wird.

So ähnlich verhält es sich auch bei der Elbvertiefung. Mindestens dreimal hat Senator Horch den Beginn der Baggerarbeiten öffentlich angekündigt und sich dann anschließend korrigiert. Mindestens dreimal hat Senator Horch damit das Vertrauen in die Verlässlichkeit und das Beurteilungsvermögen des Senats beschädigt, aber gelernt hat er daraus offenbar nichts, denn wie heißt es in der Halbzeitbilanz – Zitat –:

"Möglicherweise kann das Verfahren [vor dem Bundesverwaltungsgericht] noch in diesem Jahr abgeschlossen werden."

– Zitatende.

Das wäre schön, Herr Horch, aber woher wissen Sie das eigentlich und wer soll Ihnen das vor allem noch glauben?

(Beifall bei der FDP)

Ohnehin weiß auf der politischen Ebene Ihrer Behörde – ich rede jetzt ausdrücklich nicht von den Fachbeamten – offensichtlich die eine Hand nicht, was die andere tut. Einerseits lobt sich der Senat in der Halbzeitbilanz – ich zitiere –:

"Hamburg ist eine Gründermetropole."

Andererseits wollen Sie die erfolgreiche Struktur der Gründungsberatung mit der Investitions- und Förderbank zerschlagen. Einerseits heißt es in der Halbzeitbilanz, Nachhaltigkeit sei vor allen Dingen eine Frage der Innovationsfähigkeit, andererseits lösen Sie die Innovationsstiftung auf.

(Glocke)

Die Verfälschung von Bilanzen ist ein schweres Vergehen, rechtlich und auch politisch, und der Wähler wird den Senat am Ende der Legislaturpe-

riode für dieses Vergehen zur Verantwortung ziehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Ich bin gebeten worden, noch einmal zu sagen, wie lange der Erste Bürgermeister eben gesprochen hat. Er hat eine Viertelstunde gesprochen und damit die den Abgeordneten zur Verfügung stehende Zeit um das Doppelte überschritten.

Jetzt hat Herr Quast das Wort.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kluth, wer am Ende der Legislaturperiode zu welcher Rechenschaft gezogen wird, das werden wir dann sehen, wenn es so weit ist. Ich glaube jedenfalls, dass der SPD-Senat und die SPD-Fraktion auf einem sehr guten Weg sind, um auch in der nächsten Legislaturperiode ein gutes Startergebnis zu bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Ihr ceterum censeo, Herr Dr. Kluth, die HSH Nordbank, verlässt uns auch in dieser Debatte nicht. Wir haben nun schon fast jede Aktuelle Stunde genutzt, um dieses Thema zu bewegen, deswegen will ich gar nicht tief einsteigen. Entscheidend ist: Wir tun hier das Nötige, das erforderlich ist, um diese Bank zu retten, um sicherzustellen, dass Risiken, die in dieser Bank stecken, für den Hamburger Haushalt nicht umgesetzt werden, und um sicherzustellen, dass wir auch in der nächsten Legislaturperiode Gestaltungsspielräume im Haushalt haben, und wir würden da gerne auf Ihre Unterstützung zählen und nicht auf Ihre kleinteilige Kritik, Herr Dr. Kluth.

(Beifall bei der SPD)

Was wir brauchen, um eine gute Politik für diese Stadt zu machen, sind solide Finanzen, und zu diesen soliden Finanzen hat sich die SPD-Fraktion schon im Regierungsprogramm bekannt, indem wir dort eine klare Strategie für die Erreichung der Schuldenbremse spätestens 2020 niedergelegt haben und diese auch konsequent einhalten. Wir haben die Schuldenbremse in der Hamburgischen Verfassung verankert, auch Mithilfe der GRÜNEN und der FDP-Fraktion, und das ist ein wichtiger Meilenstein für einen Haushalt, der 2020 ohne neue Schulden auskommen soll.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in den Haushaltsplänen 2011 bis 2014 deswegen auch konsequent den Ausgabenanstieg auf 1 Prozent begrenzt. Und das, was hier verschiedentlich hinsichtlich der Ausgaben 2012 beklagt wird – der Bürgermeister hat einiges dazu gesagt –, ist genau im Plan. Wir haben beschlossen, für das Jahr 2012 11,678 Milliarden Euro auszuge-

(Jan Quast)

ben, und es sind 11,694 Milliarden Euro geworden, also fast eine Punktlandung, wie sie selten ist in der Haushaltspolitik in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Versprechen gehalten und kein wunder Punkt: Es ärgert die Opposition, dass wir hier eine Punktlandung geschafft haben, aber das ist kein Grund für die Aussagen, Herr Wersich, die Sie hier gemacht haben. Auch das Defizit können wir reduzieren, das ist eine gute Nachricht. Die Neuverschuldung wird im Jahr 2012 deutlich unter der Planung bleiben, weniger als halb so viele neue Schulden sind nötig als ursprünglich geplant.

Die SPD-Politik bewährt sich. Wir haben auch für die Zukunft einen Vorsichtsabschlag im Haushalt eingeplant, und wer die Steuerprognose und ihre Halbwertszeit betrachtet, die sie heute nur noch hat, der weiß, dass es ein sehr vernünftiger Schritt ist, den Vorsichtsabschlag für die nächsten Haushalte einzuplanen.

(Beifall bei der SPD)

Dabei verlieren wir auch die Einnahmeseite nicht aus den Augen, Frau Heyenn. Wir haben mit Ihrer Unterstützung hier die Vermögensteuerinitiative des Senats auf Bundesebene beschlossen. Die SPD setzt sich für höhere Einkommensteuersätze ein; das ist ein ganz wichtiger Eckpfeiler für eine solide Finanzpolitik in Deutschland insgesamt. Auch Hamburg verlieren wir nicht aus den Augen, liebe Frau Heyenn, denn wir haben gerade im Bereich Betriebsprüfer in der Steuerverwaltung einige Beschlüsse gefasst – da waren Sie übrigens dabei –, um dort in Zukunft einen besseren Steuervollzug sicherzustellen. Und das wird sicherlich nicht der letzte Schritt gewesen sein, den wir in diesem Bereich unternehmen, liebe Kollegin.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Wersich, Sie haben uns im Bereich Personalabbau vorgehalten, wir würden dort unsere Versprechen nicht einhalten. Herr Dr. Dressel hat schon einiges dazu ausgeführt. Was hätten Sie uns denn vorgehalten, wenn wir den Schulfrieden in Hamburg nicht einhalten würden und keine kleineren Klassen schaffen würden, wie wir sie versprochen haben? Was würden Sie uns vorhalten – da gab es auch Schriftliche Kleine Anfragen von der Opposition –, wenn wir nicht die 120 Kräfte aus dem Bildungs- und Teilhabepaket eingestellt hätten? Sie würden doch Zeter und Mordio schreien und nicht loben, was wir machen.

Das Gleiche gilt für die Feuerwehr und die Polizei. Wir setzen heute darauf, dass Nachwuchskräfte ausreichend vorhanden sind, wenn in den nächsten Jahren überdurchschnittlich viele Polizei- und Feuerwehrvollzugskräfte in Pension gehen. Das ist

also ein wichtiges Zukunftssignal auch an dieser Stelle für die Stadt Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich könnte noch weiter ausführen, aber meine Redezeit geht leider dem Ende entgegen, und ich möchte mich an diese halten. – Danke.

(*Olaf Ohlsen CDU: Gott sei Dank! Das reicht auch!*)

Präsidentin Carola Veit: Vielen Dank, Herr Quast. – Das Wort hat nun Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich fand, das war ein skurriler Auftritt des Bürgermeisters.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Was haben wir aus dieser Rede mitgenommen? Wir, die SPD, wir, der Erste Bürgermeister, können alles außer Wetter. Bitte haben Sie Verständnis, Herr Bürgermeister, dass nicht auch noch die Opposition in diesem Hause Ihnen huldigt. Und bitte haben Sie Verständnis dafür, dass, wenn 51 Prozent der Menschen sagen, sie wollten Sie wählen, dann 49 Prozent der Menschen sagen, sie wollten Sie nicht wählen. Für diese Menschen reden wir, und diese Menschen werden jeden Tag mehr, wenn Sie politisch so weitermachen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN – Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Natürlich könnten Sie zur Halbzeit eine Regierungserklärung abgeben. Dann bekommen wir eine faire Debatte mit entsprechenden Redezeiten. Dann müssen Sie sich aber nicht in dieser überheblichen Weise in der Aktuellen Stunde hinstellen und sagen, die Geschäftsordnung begrenze Ihre Redezeit nicht; das geht nicht.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN, der LINKEN und bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*)

Ich habe von der SPD in den letzten Tagen häufiger gehört, dass Sie sich Sorgen um unsere 23 Prozent in den Umfragen machen. Die 23 Prozent sind so ziemlich genau das Ergebnis der SPD bei der letzten Bundestagswahl. Und welche Konsequenz zieht der Bürgermeister daraus? Er hält sich nicht zurück, sondern er stellt sich mit dem SPD-Kanzlerkandidaten in einer Wahlkampfaktion auf den Rathausbalkon und lässt sich für die "Bild"-Zeitung ablichten. Das haben wir auch noch nicht gehabt. Und auch das spricht weder für den Stil noch für eine Zurückhaltung,

(*Dirk Kienscherf SPD: Über Stil müssen Sie nicht reden! Sie haben keinen Stil!*)

(Dietrich Wersich)

wenn man bundesweit irgendwo bei 20 Prozent liegt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie dann auf meine klare Frage, wie Sie den Menschen diesen Rekordanstieg der Ausgaben im Hamburger Haushalt erklären, mit griechischer Philosophie und Sophismus antworten, dann kann ich nur sagen, dass der alte Satz gilt: Wer mit dem Finger auf andere zeigt, der muss wissen, dass drei Finger zurückweisen.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind die Antwort schuldig geblieben, denn machen wir uns doch nichts vor: Die Überprüfung politischen Erfolgs misst sich weder an den Motiven noch an den Plänen, sie misst sich an der Realität. Und ein Bürgermeister, der sich nicht der Realität stellt und den Menschen die Realität nicht erklären kann, der ist auf dem absteigenden Ast.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen müssen Sie auch die Kritik in diesem Haus ertragen. Die Schüler, die Schulen, die Lehrer und die Eltern sagen, sie seien von dieser überhasteten Einführung der Inklusion mit zu wenig bereitgestellten Ressourcen überfordert.

(Dirk Kienscherf SPD: Das haben Sie doch mitbeschlossen!)

Da können Sie doch nicht sagen, die Schulen sollten nicht schlechtgeredet werden. Aber wir weisen auf die Probleme hin, wo dringend etwas passieren muss.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Und der Vorwurf ist berechtigt. Sie lassen die belasteten Stadtteile hängen. Sie haben Sozialprojekte geschlossen, Sie haben 10 Prozent bei der Jugend- und Familienförderung gekürzt. Sie lassen aber auch die Menschen mit sozialen Problemen hängen. Sie haben 20 Millionen Euro Mittel zurückgegeben an den Bund, die eigentlich für die Förderung der Langzeitarbeitslosen da waren, 20 Millionen Euro, die nicht diesen Menschen zugutegekommen sind. Und da sagen Sie, das sei gutes Regieren. Nein, meine Damen und Herren, damit kommen Sie nicht durch, diese Kritik müssen Sie sich anhören. Deswegen kann ich nur sagen, dass Bescheidenheit bei sich selbst anfängt, Hochmut kommt vor dem Fall.

(Dirk Kienscherf SPD: Da sehen Sie mal! Das sollten Sie mal beachten, Herr Wersich!)

Das reicht nicht, und Ihre Zustimmung in der Stadt wird in den kommenden zwei Jahren jeden Tag sinken, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat nun Frau Hajduk.

Anja Hajduk GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, Sie haben gesagt, wir sollten zur Sache sprechen, also geht es jetzt zur Sache. Ich fange mit dem Thema Haushalt an. Das ist doch auch ein Thema, das Sie gern an die erste Stelle Ihrer Bilanz setzen. Da ist die Bilanz viel, viel magerer, als Sie sich das so hinreden. Schauen wir uns doch einmal die nackten Zahlen im Jahr 2012 an.

Die Steigerung im Haushalt – darauf ist hingewiesen worden – liegt bei über 1,5 bis 2 Prozent. Wir können zugestehen, dass die SPD ihr Versprechen der 1-Prozent-Regel auf die Planzahlen bezogen hat.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Richtig!)

Das stimmt.

(Jens Kerstan GRÜNE: Das war schlau, denn die waren nämlich zu hoch!)

Aber ich sage Ihnen jetzt, warum Sie sich im Sinne der Sache nicht hinter den Planzahlen verstecken dürfen, und da hören Sie einmal zu.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist der arrogante Ton der GRÜNEN!)

Wenn man weiß, dass im Jahr 2012 die Zinsbelastung um 142 Millionen Euro geringer war als geplant, und wenn man dann hinsieht, was mit dem Haushalt passiert ist, dann hatten Sie im Jahr 2012 – weil Sie die 1-Prozent-Regel noch ein bisschen nach oben gebrochen haben – mehr als doppelt so viel Geld zum Ausgeben, und das haben Sie auch kräftig getan. Deswegen gerät der Haushalt weiter strukturell in eine Schiefelage. Und so viel Verstand darf man im Senat und in der SPD-Fraktion auch erwarten, dass Sie dieses Problem analysieren und erkennen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Wenn man dann noch weiß, Herr Bürgermeister – und Sie sind doch auch einer, der sich gern in die Akten frisst, dann ist Ihnen diese Situation wahrscheinlich geläufig –, was es eigentlich heißt, wenn der Personalkostenansatz um 3 Prozent gestiegen ist und man keine zentrale Vorsorge mehr für die jetzt anstehende Tarifrunde hat und die teurer werden wird, dann sieht man, dass die strukturelle Lage dieses Haushalts sich verschlechtern wird. Hören Sie auf mit dieser Selbstzufriedenheit. Wenn Sie sachliche Ansprüche an sich haben, dann halten Sie sie selbst ein.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Dietrich Wersich CDU* und *Robert Bläsing FDP*)

(Anja Hajduk)

Deswegen ist es auch eine Absage an gute Haushaltspolitik, Herr Scholz, wenn Sie sagen, "pay as you go" gelte nicht mehr, Klammer auf, habe ich doch gar nicht gesagt, was aber eine Falschaussage ist, oder habe ich doch nicht so gemeint, was dann jedoch bedenklich ist. Die 1-Prozent-Quote sichert nicht die strukturelle Gesundung des Haushalts, wenn Sie Mitnahmeeffekte wie die Zinsen einfach einkassieren für dauerhaft höhere Ausgaben.

Jetzt möchte ich noch etwas zur Halbzeitbilanz sagen. Woran sollte man sich messen lassen? Ich glaube, es ist richtig, dass man sich an seinen Versprechen messen lassen soll. Aber Regierungskunst heißt auch, mit unvorhergesehenen, schwierigen Herausforderungen umzugehen. Wenn wir da hinschauen, dann hat Herr Kluth zu Recht gesagt, dass die Rückführung der Garantien bei der HSH Nordbank in Ihrer Regierungszeit ein Fehler war, und das bringt uns jetzt in große Schwierigkeiten. Ich bin noch etwas genauer. Die erste Milliarde Euro ist zurückgeführt worden, als der Bürgermeister erst einen Tag im Amt war. Da würde ich ihm nicht den Vorwurf machen, dass man das sofort hätte bremsen können. Aber hören Sie auf mit dem Märchen, dass das ein Automatismus sei. Sie hatten im nächsten halben Jahr, als die nächsten beiden Milliarden Euro zurückgeführt worden sind, als Anteilseigner über Ihren Aufsichtsratsplatz die Verantwortung, diese Garantierückführung abzuwägen, und das haben Sie anscheinend fehlerhaft getan.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Und das ist keine Senatsentscheidung, sondern die des Aufsichtsrats, der den Anteilseigner Hamburg vertritt.

Ihr Hapag-Lloyd-Engagement ist abenteuerlich, das zeigt sich jetzt. Und, Herr Bürgermeister, machen Sie es sich nicht so einfach, die angekündigten 200 Millionen Euro mehr bei der Elbphilharmonie einfach in die Schuhe der Vorgänger zu schieben. Das ist Ihr Ergebnis, das Sie vorschlagen. Diese 200 Millionen Euro verantworten Sie schön selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP – *Dirk Kienscherf SPD* Nee! – *Dr. Andreas Dressel SPD*: So einfach ist das nicht!)

Ich mache es mir nicht ganz so einfach, denn wir werden abwägen, dass es natürlich auch wichtig ist, die Rechtskonstruktion anzufassen, aber 200 Millionen Euro einfach obendrauf und jegliche Rechtsansprüche der Stadt dabei fallen zu lassen, das müssen Sie verantworten, und wir werden offen prüfen, wie gut das dann wirklich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Glocke)

Ein letzter Satz. Mein Kollege Kerstan hat das Thema angesprochen, welche Folgen wir bei der Inklusion haben, die nicht mit genügend Mitteln begleitet wird. Herr Bürgermeister, in diesem Sinne hat Herr Kerstan eine Sorge angesprochen. Und Herr Rabe darf die Stadtteilschulen bei der Inklusion nicht dermaßen allein lassen.

(*Karin Timmermann SPD*: Das hat Herr Kerstan gar nicht so gesagt!)

Das ist zugegebenermaßen eine große Herausforderung.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Sonderschulen hat er gesagt!)

Aber gute Stadtteilschulen brauchen auch Unterstützung. – Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Schneider hat das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident, Herr Bürgermeister! Sie kennen die Geschichte vom Ochsenfrosch, der imponieren will und sich aufbläst. Dass er platzt, ist die Tragik des Ochsenfrosches. Aber dass er sich aufbläst, ist Gift für die Stadt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte mich auf Ihre Rede vor dem Übersee-Club beziehen, auf Ihre große Erzählung von der smarten Stadt. Hier will ich nur auf einen, für uns LINKE allerdings zentralen, Aspekt eingehen – ich zitiere –:

"[...] alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt brauchen das Versprechen, dass sich ihre Anstrengung lohnt, dass sie ihr Leben verbessern können und dass wir niemanden am Wegesrand zurücklassen."

– Zitatende.

Alle Bürgerinnen und Bürger brauchen das Versprechen, dass sich ihre Anstrengung lohnt. Nun, es gibt die Erfahrung, und zwar nicht als Einzelerfahrung, sondern als massenhafte Erfahrung, dass man sich abrackern und abstrampeln kann, wie man will, und dass das bessere Leben, die auch nur halbwegs gesicherte Existenz, unerreichbar bleibt. 36 000 Hamburgerinnen und Hamburger, mehr als ein Viertel aller ALG-II-Bezieherinnen, müssen trotz Arbeit aufstocken, weil sie nur Minijobs finden, weil sie bei Vollzeit miserabel bezahlt werden. Wie viele stocken nicht auf, obwohl sie einen Anspruch hätten? Wie viele arbeiten sechs oder sieben Tage die Woche oder bis zu 260 Stunden im Monat, weil sie eben nicht aufstocken wollen? Wir kennen solche Menschen. Die SPD hat sie lange aus dem Blick verloren.

(Christiane Schneider)

(Beifall bei der LINKEN)

Und es sind keineswegs nur schlecht Qualifizierte oder Menschen mit besonderen Problemlagen, für die das Versprechen eines besseren Lebens durch eigene Anstrengungen höhnisch klingen muss – ich zitiere einen Blogger –:

"Heutzutage reichen nicht mal mehr Abitur, Studium, Auslandsaufenthalt und Praktika, um eine adäquate Beschäftigung zu finden, ohne ausgebeutet zu werden oder Scharlatanen aufzusitzen, die keine Löhne zahlen."

– Zitatende.

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes, die Sie seinerzeit in der Bundesregierung maßgeblich vorangetrieben haben, hat für unzählige Menschen das bessere Leben durch eigene Anstrengung, das Sie jetzt versprechen, in unerreichbare Ferne gerückt.

(Jan Quast SPD: Oh, Frau Schneider!)

Und Sie haben als Bürgermeister, als Senat, wenig unternommen, um diese Situation in Hamburg zu ändern. Ihr Mindestlohngesetz ist unzureichend, eine eigene Arbeitsmarktpolitik ist nicht erkennbar.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Andreas Dressel SPD: Stimmt doch überhaupt nicht!)

Es gibt nicht nur Armut in der Stadt, sondern es gibt eine Verfestigung von Armut. Es gibt das Phänomen, dass Menschen und ganze Quartiere regelrecht abgehängt sind. Das scheinen Sie von der SPD nicht einmal mehr im Blick zu haben.

(Jan Quast SPD: Unverschämt!)

Und dann Ihr Versprechen, niemanden am Wegesrand zurückzulassen. Das stimmt zum Teil, leider auf eine böse Weise. Ich spreche vom Hauptbahnhof. Da dürfen sich die Obdachlosen nicht einmal mehr am Wegesrand aufhalten.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist doch Blödsinn!)

Sie schwärmen in Ihrer Rede vor dem Übersee-Club vom Hauptbahnhof als Nummer eins der Personenbahnhöfe in Deutschland. Es ist der Superlativ, der Sie interessiert, da stören unliebsame Personengruppen. Die Übertragung des Hausrechts für den überdachten Vorplatz auf die Deutsche Bahn ist ein Schandfleck für den SPD-Senat.

(Beifall bei der LINKEN – Dirk Kienscherf SPD: Überhaupt nicht!)

Es ist übrigens auch rechtswidrig. Diese Übertragung geschah aus keinem anderen Grund als dem, Obdachlose und Trinker zu vertreiben.

In dieser Gesellschaft, in der die Konkurrenz ein herrschendes Prinzip ist, wird es immer Gruppen von Menschen geben, die nicht mithalten können, die, aus welchen Gründen auch immer, scheitern, die vielleicht auch so leben wollen, wie sie leben,

weil sie im Hamsterrad nicht mitlaufen wollen. Wir LINKE sind mit vielen anderen Menschen in dieser Stadt der Auffassung, dass diese Menschen ihren Platz in der Gesellschaft und auch in der Öffentlichkeit haben wie jedes andere Gesellschaftsmitglied.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie brauchen solidarische Unterstützung, aber sie gehören so, wie sie sind, dazu. Ihr Senat jedoch zieht eine Grenze. Und damit enthüllen Sie den knallharten Kern Ihres Versprechens vom besseren Leben durch eigene Anstrengung. Wem die Anstrengung abgesprochen wird oder wessen Anstrengungen in Ihren Augen keine Gnade findet, der fällt durchs Raster, der wird ausgegrenzt.

Ihre Vision von der smarten Stadt ist, auf den ersten Blick, faszinierend, vielleicht auch, weil sie etwas größenwahnsinnig ist. Aber es ist kein Zufall, dass in der gesamten langen Rede des Bürgermeisters vor dem Übersee-Club und auch heute der Begriff der Solidarität in Bezug auf die Stadt und auf die Stadtgesellschaft nicht ein einziges Mal fällt. Ihre Zukunftsvision der smarten Stadt ist vom Verlust der Solidarität geprägt. Davon haben Sie in den ersten beiden Jahren Ihrer Amtszeit einen ersten Geschmack gegeben.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Finanzsenator Dr. Tschentscher.

(Dietrich Wersich CDU: Jetzt wird wieder alles schöngeredet!)

Senator Dr. Peter Tschentscher:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht darf ich in dieser Generaldebatte noch einmal einen Punkt herausgreifen, der eine besondere Bedeutung hat, nämlich die Haushaltskonsolidierung. Frau Hajduk hat die Diskussion gerade eben ein bisschen auf eine vernünftige Basis gestellt. Aber die Qualität der Vorwürfe lässt sich doch schon daran ablesen, dass die größte Oppositionsfraktion Mitte Januar, vor gut einem Monat, dem Senat vorwarf, er habe 500 Millionen Euro mehr Geld ausgegeben als im letzten Jahr. Zwei Wochen später war es die gleiche Oppositionsfraktion und die gleiche Pressemitteilung, der Senat habe 300 Millionen Euro mehr ausgegeben als im vergangenen Jahr. Wieder zwei Wochen später haben Sie eine neue Zahl.

(Dietrich Wersich CDU: Aber das sind doch jetzt Ihre Abschlusszahlen gewesen!)

Frau Suding nennt auf einmal eine 2-Prozent-Steigerung. Auch dieser Wert ist falsch. Sie rechnen 5,8 Prozent über zwei Jahre,

(Dietrich Wersich CDU: Das ist die Realität!)

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

das ist alles ein großes Durcheinander, und es ist keine finanzpolitische Oppositionsstrategie, sondern ein großes Durcheinander mit falschen Zahlen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen auch sagen, Herr Wersich, warum Sie dieses Durcheinander machen,

(Dietrich Wersich CDU: Aber das sind Ihre Zahlen!)

denn Sie betrachten Aus- und Einzahlung zu einem bestimmten Buchungsstand, und zwar vergleichen Sie unterschiedliche Stichtage und Sie vergleichen Aus- und Einzahlung,

(Jens Kerstan GRÜNE: Aber die Zahlen von Frau Hajduk stimmen!)

indem Sie verschiedene Effekte schlicht nicht beachten, nämlich den Effekt, dass ein Investitionsprojekt, das Sie beschlossen haben, das sich verzögert,

(Dietrich Wersich CDU: Ihr Jahresabschluss!)

in späteren Jahren zur Auszahlung führen kann, die Sie nicht beeinflussen können.

(Dietrich Wersich CDU: Hat's doch immer gegeben!)

Und Sie beachten auch einen Effekt nicht, den wir Ihnen immer wieder erklären, nämlich dass wir bei dieser Betrachtung immer wieder Mittel haben, Hochschulpaktmittel des Bundes zum Beispiel, die wir erhalten und die wir nur weiter auszahlen und den Universitäten geben. Dies wollen Sie uns jetzt zur Last legen. Es ist ein großes Durcheinander, das Sie anstellen, und es ist keine besonders kluge Kritik an einer Finanzpolitik. Es hat vor allem nichts zu tun mit den Versprechen und dem Finanzkonzept, das der Senat Ihnen dargelegt hat.

(Beifall bei der SPD)

Frau Hajduk, dass wir weniger Zinsen haben als geplant, liegt im Übrigen auch daran, dass wir nicht in zwei Jahren 1,8 Milliarden Euro neue Schulden machen.

(Anja Hajduk GRÜNE: Das ist aber nicht der Teilbetrag!)

Das darf man auch bedenken, Frau Hajduk. Insofern ist das in der gesamten Planung genauso, wie Herr Quast es dargestellt hat. 2012 war eine Punktlandung, im Vollzug eher zufällig, das hätte auch anders ausgehen können. Aber 2012 war der Haushaltsvollzug eine Punktlandung gegenüber dem Plan.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings haben wir auch in den Haushaltsfragen die Probleme zu beachten, die Sie genannt haben,

wie die Elbphilharmonie und die Risiken der HSH Nordbank. Auch hier ist übrigens die Rückführung der Garantie ein Automatismus, der in dem Garantievertrag angelegt ist; Frau Hajduk, Sie wissen das. Sanierungsstau, Verschuldung in den Nebenhaushalten, das alles sind die alten Themen, die wir bearbeiten und abbauen, die man aber eben hat und die durch den Rücktritt eines Vorgängersenaats auch nicht ungeschehen gemacht werden.

Deshalb stehen die neuen Themen wie Wohnungsbau, Kita, Sanierung der Schulen, Verbesserung der Hafeninfrastuktur, Elektromobilität und vieles andere unter der Begrenzung der finanziellen Ressourcen und der Schuldenspirale, in die uns die früheren Regierungsjahre mit Volldampf getrieben haben.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist eine gute Halbzeitbilanz kein Grund anzunehmen, dass die Arbeit schon erledigt ist. Wir müssen – und Sie müssen es übrigens auch – weiter klug und konzentriert an den Themen arbeiten, an den alten Risiken, aber auch an den neuen Themen, die die Stadt voranbringen. – Vielen Dank für Ihre Mithilfe.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das war unter fünf Minuten. – Und jetzt kommt Frau von Treuenfels.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Herr Rabe Schulsenator wurde, da fand er ein schlüssiges Konzept der selbstverantworteten Schule vor. Jetzt, zwei Jahre später, muss man bilanzieren: Was haben Sie daraus gemacht? Sie haben daraus eine sich selbst überlassene Schule gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Sich selbst überlassen sind Schulen gleich in mehrfacher Hinsicht. Es beginnt, wie heute schon angesprochen, mit der Inklusion, deren etwas verstopfte Einführung mittlerweile die erfolgreiche Etablierung der Stadtteilschule infrage stellt, wenn nicht sogar gefährdet. Die Brandbriefe der Stadtteilschulleiter aus sozial schwachen Quartieren häufen sich, die Zahl der zu betreuenden Kinder, besonders die der LSE-Schüler, steigt rapide. Die Ressourcen zur Betreuung dieser Kinder verteilen Sie aber, gegen den gesamten Rat der Opposition, einfach per Gießkanne flächendeckend, statt dort besonders zu investieren, wo es brennt. Auch wenn Bildungspolitik, Herr Senator Rabe, in Jahresringen funktioniert, ist das doch eine fahrlässig langsame Reaktion, ein von Anfang an absehbares Problem.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels)

(Beifall bei der FDP)

Dieses Problem führt dann gleich zum nächsten. Weil nämlich die Stadtteilschulen derart mit großer Heterogenität ihrer Schülerschaft und vor allen Dingen mangelnden Mitteln für die Inklusion zu kämpfen haben, sind viele Eltern in der Auswahl nach Klasse 4 nicht in der Lage, ihre Kindern dahin zu bringen, denn sie ist ihnen einfach nicht attraktiv genug. Sie, Herr Senator, stellen damit auf eine bestimmte Art und Weise die langfristig erfolgreiche Etablierung des Zwei-Säulen-Modells infrage, und das, obwohl Sie ständig die Treue zu diesem Modell betonen. Sie bauen auf instabilen Säulen, und so kann man keine vernünftige Schulpolitik machen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Durch die Vernachlässigung der Stadtteilschule

(*Sören Schumacher SPD: Ist das eine schulpolitische Debatte?*)

drängt mehr als die Hälfte der Schüler auf das achtjährige Gymnasium. Unter ihnen sind sicherlich einige Schüler, die für die Stadtteilschule eher geeignet wären und eigentlich lieber in neun Jahren ihr Abitur machen möchten. Diese Schüler geraten auf dem achtjährigen Gymnasium dann besonders schnell unter Druck. Aber schon in den siebten und achten Klassen sind Curricula und Stundenpläne im Gymnasium übervoll. Zwei Jahre haben Sie auch an diesem Punkt die Schulen sich selbst überlassen und denken erst jetzt über die Reduzierung nach – viel zu spät. Und es ist wieder auf Druck, dieses Mal durch eine Elterninitiative.

Säumig bis untätig sind Sie auch beim Thema "Nachhilfeförderung statt Sitzenbleiben". Diese Neuerung wurde in Hamburg quasi über Nacht eingeführt, im Zuge der Bewältigung des Primarschulchaos. Sie ist wenig diskutiert worden und auch unausgereift gelöst worden. Wir hören aus vielen Schulen, dass gerade hier viel Unterricht ausfällt, dass ältere Schüler jüngere unterrichten sollen, kurz, dass das Ganze, wenn überhaupt, in fragwürdiger Qualität stattfindet.

Dazu kommt die Erkenntnis, dass die Zahl der Wiederholer ab Klasse 10 plötzlich steigt, vielleicht deshalb, weil mangels Sitzenbleiben und mangels vernünftiger Nachhilfeförderung dann das böse Erwachen kommt. Wir finden das sehr fragwürdig.

(Beifall bei der FDP)

Herr Senator Rabe, die FDP-Fraktion wird nicht weiter zuschauen, wie die Schulen sich selbst überlassen werden. Wir werden in den nächsten Wochen Vorschläge unterbreiten, die die ziemlich apodiktische Abschaffung des Sitzenbleibens zurücknimmt.

Vorschläge und Taten sind es auch, die Eltern und Lehrer von Ihnen in Sachen Schulbau erwarten. Es befinden sich nach wie vor rund 10 000 Schüler in 1000 Containern statt in sanierten oder neuen Schulgebäuden. Das ist eine eher etwas traurige Bilanz nach zwei Jahren und einem vollmundig angekündigten Milliardenprogramm der Schulerneuerung.

Alles in allem ist es eine etwas magere Halbzeitbilanz Ihres Wirkens. Das sehen vielleicht auch einige Ihrer Genossen aus der SPD-Fraktion so. Deshalb hat die SPD-Fraktion unserer Initiative zur breiten Veröffentlichung der Schulinspektionen zugestimmt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Übrigens in Abstimmung mit dem Senat!*)

Deshalb hat die SPD unserer Initiative für ein Recht auf Halbtagsbeschulung oder für eine Weiterführung des Projekts Schulmanager der wirklich bürokratiegeplagten Lehrer – darüber werden wir bestimmt noch viel reden müssen – auch zugestimmt. Und deshalb hat die SPD-Fraktion unserem Antrag zur Wiedereinführung der Durchlässigkeit vom Gymnasium nach Klasse 10 zur Stadtteilschule zugestimmt. Immerhin, das war sehr konstruktiv.

Aber trotzdem müssen wir feststellen, dass diese ganze Bilanz symptomatisch ist für sich selbst überlassene Schulen. Sie handeln entweder gar nicht oder zu spät oder erst, wenn andere Sie zum Jagen tragen. Und das reicht nicht angesichts der drastischen Probleme in Hamburgs Schulen.

(Beifall bei der FDP)

Wir können Sie nur dringend auffordern, endlich aktiv zu handeln. Überwinden Sie Ihre – man könnte sagen – Trägheit oder vielleicht auch Zögerlichkeit,

(*Dirk Kienscherf SPD: Ein bisschen mehr Geld, was?*)

die Ihre Politik in den letzten zwei Jahren gekennzeichnet hat. Überlassen Sie die Schulen nicht weiter sich selbst, sondern stärken Sie ihre Grundlagen für eine endlich gelingende Selbstverantwortung. Nur dann können wir Schulpolitik wirklich gut machen. Nur so können Sie übrigens auch aufkeimende Systemdiskussionen überwinden, denn sonst werden wir nur Grabenkämpfe führen, die zu einer endlosen Reformitis führen. Das wollen wir alle nicht. – Vielen Dank.

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Holster hat das Wort.

Lars Holster SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kerstan, unser Bürgermeister hat es ziemlich nett ausgedrückt, ich will es lieber ein bisschen deutlicher sagen. Wer in

(Lars Holster)

der Bürgerschaft behauptet, dass die Stadtteilschulen zu Sonderschulen verkommen, hat von Schulpolitik keine Ahnung.

(Dirk Kienscherf SPD: Und auch den Sonderschulen! – Jens Kerstan GRÜNE: Ich hab's doch nie infrage gestellt!)

Und diese Diffamierung der Stadtteilschulen und der Sonderschulen weisen wir entschieden zurück.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen einmal die Fakten der guten Schulpolitik in Hamburg benennen. Hamburgs Grundschüler bekommen eine verlässliche Betreuung. Schwarz-Grün hatte die Idee, aber keinen Plan, keine solide Finanzierung, und die Nachfrage der Eltern haben Sie völlig unterschätzt. Jetzt wird GBS im Sommer vollständig umgesetzt, das ist solides Regierungshandeln.

(Beifall bei der SPD)

Und dann die unendliche Geschichte Schulbau. Nach zwei Jahren sind alle Schulen in einem Rahmenplan Schulbau erfasst. Planungsbeginn, Baubeginn, Baufertigstellung und die Kosten, alles liegt transparent vor und wird jetzt umgesetzt. Ganz wichtig ist, dass es dies in der Vergangenheit nicht gegeben hat.

(Beifall bei der SPD – Thilo Kleibauer CDU: Ach, Quatsch!)

Liebe Frau Schneider, unsere Schulpolitik ist auch gute Sozialpolitik.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Richtig!)

In Hamburg wird kein Jugendlicher mehr zurückgelassen. Unsere Einführung der Jugendberufsagentur hat Vorbildcharakter in ganz Deutschland.

(Beifall bei der SPD – Dora Heyenn DIE LINKE: Also das ist doch nun das Letzte!)

Auch in der Schulpolitik haben wir unpopuläre Themen angesprochen. Es war Senator Rabe, der deutliche Worte gesprochen hat und den Unterrichtsausfall an allen allgemeinbildenden Schulen erstmals offengelegt hat. Erst eine ordentliche Erfassung durchführen, dann diese Daten genau analysieren und abschließend gezielte Maßnahmen ergreifen, das ist gute Schulpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich gebe Ihnen in vielen Dingen auch recht. Sie haben es angesprochen, Frau von Treuenfels, und auch Frau von Berg spricht es immer wieder an: Sie beklagen, dass das Essen in der Schule nicht immer so schmeckt wie zu Hause, und

(Dr. Andreas Dressel SPD: Manchmal auch besser!)

dass die Lehrerinnen und Lehrer teilweise sehr hoch belastet sind. Frau Heyenn, Sie haben angesprochen, dass die Inklusion eine riesige Herausforderung ist, der wir uns stellen müssen. Aber ich kann nur an alle appellieren, keine neue Schulstrukturdebatte zu führen, sondern das Thema in den Fokus zu nehmen, was eigentlich eine Schule ausmachen soll, nämlich guten Unterricht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man dann beobachtet, wie sich in der CDU-Fraktion die beiden schulpolitischen Sprecher in der Öffentlichkeit äußern, dann ist das nichts anderes als Realsatire. Um 9 Uhr schreibt Herr Dr. Scheuerl, wie furchtbar das G8 an den Gymnasien sei, um 12 Uhr muss dann Herr Heinemann das Ganze wieder geradebiegen, um 14 Uhr legt Herr Dr. Scheuerl noch einmal nach, und Herr Wersich will dann abends um 20 Uhr bei Schalthoff Live nichts davon gehört haben. Was für ein Chaos in der CDU-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir haben keine Zeit für neue Grabenkämpfe in der Schulpolitik. Wir sind es den Schülerinnen und Schülern in unserer Stadt schuldig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Heintze hat das Wort.

Roland Heintze CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin begeistert darüber, dass auch Herr Holster gerade eben noch einmal das Grundmuster des SPD-Regierens dargestellt hat. Zuerst wird mehr oder minder realistisch etwas geplant, dann wird – darin ist der Schulsenator ein Held, aber der Finanzsenator kann das auch ganz gut und der Bürgermeister übrigens auch – mit großartiger Rhetorik medial verkauft, wie toll das alles ist. Danach hält man sich nicht daran und Informationen darüber werden verweigert. Schließlich kommt es irgendwie doch heraus und dann wird sich bei der Opposition beschwert, dass man sich nicht an seine eigenen Versprechen gehalten hat und wie schrecklich es doch sei, dass Zahlen offengelegt werden, von denen man lieber nichts gehört hätte. Wenn das Ihr Regierungsstil ist, und der zieht sich durch alle Bereiche, dann haben Sie es bisher relativ gut geschafft, diesen Stil durchzuhalten. Der Stadt hat es leider in keinem der Bereiche etwas gebracht und es würde uns sehr helfen, wenn Sie weniger verkaufen und sich mehr an Ihre Versprechen halten würden. Das würde die Stadt ungemein weiterbringen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Finanzsenator, es tut mir leid, dass wir immer mal wieder mit Fragen und Zahlen dazwischenfun-

(Roland Heintze)

ken, denn eines funktioniert zum Glück nicht: Weder Opposition ist planbar noch Transparenz ist planbar.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Opposition ist planlos!)

Sich darüber zu beschweren, dass die Opposition sich nicht an Ihre Planungen hält und auf Transparenz dringt und dabei auch Zahlen veröffentlicht, die vom Bund kommen und die Sie noch nicht geliefert haben, ist sehr, sehr schlechter Stil. Das hat nichts mit Transparenz in der Haushaltspolitik zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Nun kommt der Erste Bürgermeister und sagt: Bleiben Sie mir mit Ihren Fantasien vom Halse. Dazu muss ich sagen, dass der Erste Bürgermeister anscheinend nicht zugehört hat, wenn er so reagiert. Es wurde hier sehr ernsthaft von Bildungspolitik, Haushaltspolitik, Umweltpolitik, Wirtschaftspolitik gesprochen und darüber, was die SPD in diesen zwei Jahren dazu veranstaltet hat und was Sie, Herr Dressel, eben nicht geliefert haben. Ich muss sagen, Herr Bürgermeister, bleiben Sie uns doch bitte mit Ihren Phrasen vom Hals, als da wären "pay as you go", 0,88 Prozent Neuverschuldung und "I want my money back". Uns wäre es deutlich lieber, wenn Sie sich weniger an Rhetorik und mehr an der Realität orientieren würden. Sie können uns nicht vorwerfen, Herr Finanzsenator, dass wir das in der Haushaltspolitik nicht getan hätten. Wir haben uns nicht an den großen rhetorischen Aufschlägen der SPD orientiert, sondern wir haben uns an der Realität orientiert. Die Realität ist schmerzhaft. Realität ist, dass Sie 500 Millionen Euro weniger hätten ausgeben können, wenn Sie sich an den Ist-Zahlen des Haushalts orientiert hätten und nicht an Ihren Planungen. Mir wäre als Hamburger Steuerzahler die Ist-Orientierung deutlich lieber gewesen als die Plan-Orientierung. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie weg von Ihren Planungen und zurück in die Realität kommen, wenn Sie in der Haushaltspolitik beim Ist bleiben und nicht bei dem, was Sie sich theoretisch bis zum Jahr 2020 wünschen. Dann wäre der Stadt geholfen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist aber nicht gewollt. Es gibt, besonders beim Bürgermeister, eine Mentalität, die stark an Scheckbuch-Mentalität erinnert. Er redet über 1 Prozent Neuverschuldung, gibt aber 4,5 Prozent mehr aus, und niemand weiß so genau, wo das Geld hingegangen ist. Wenn man sich die Politik der vergangenen zwei Jahre einmal ansieht, dann kann man das relativ gut belegen. Es ist als Erstes zu Hapag-Lloyd gegangen. Zu einem unnötigen Preis und einem unnötigen Zeitpunkt wurden Anteile gekauft und, Entschuldigung, Herr Bürgermeister, die Garantiedividende ist 2012 auch aus-

geblieben. Ich frage mich, warum Sie das Garantiedividende genannt haben, wenn sie dann doch nicht ausgezahlt wird. Das Geld ist auch in 25,1 Prozent der Energienetze gegangen. Bis heute hat uns niemand erklärt, wie der Kaufpreis zustande gekommen ist, weil man das nicht wirklich kann. Auch hier hat man sich auf eine Garantiezahlung verständigt, die maximal die Zinszahlungen deckt. Auch das ist Scheckbuch-Politik und diese Scheckbuch-Politik erleben wir jetzt wieder bei der Elbphilharmonie mit 200 Millionen Euro Mehrausgaben und dem Verzicht auf Regressforderungen. Herr Bürgermeister, reden Sie doch einfach darüber, was Sie tun. Das wäre eine deutlich ehrlichere Bilanz, als wenn Sie ständig darüber reden, was Sie planen, allerdings leider dann doch nicht tun. Mehr Geld auszugeben als Sie müssen, das ist verantwortungslos.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU würde sich freuen, wenn Sie anstatt über Ideen zu reden und die Opposition für andere Ideen zu kritisieren, einfach einmal aus dem Verwaltungssessel hochkommen und mit Regieren und Gestalten in dieser Stadt beginnen. Hamburgs Stärke liegt nicht darin, verwaltet zu werden. Sie liegt darin, dass politisch Verantwortliche Ideen entwickeln, die Hamburg im Wettbewerb nach vorn bringen, die es ermöglichen, in dieser Stadt das Wohlstandsniveau für alle, die hier leben, auf dem jetzigen Stand zu halten. Das erreicht man nicht durch mittelmäßiges Verwalten, sondern das erreicht man nur durch gutes Regieren. In der Halbjahresbilanz sehe ich diesbezüglich eine deutliche Fehlanzeige, hier müssen Sie nachbessern.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Dr. von Berg hat das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Schule ist tatsächlich ein sehr, sehr wichtiges in der Halbjahresbilanz. Das lässt sich daran messen, wie oft es hier gerade genannt wurde. Im Zentrum unserer Kritik steht nach wie vor das Thema Inklusion. Wir erkennen an, dass Inklusion eine große Herausforderung ist. Wir wussten in der vergangenen Legislaturperiode durchaus, dass noch mehr auf uns zukommt, auch ressourcenmäßig. Doch sich immer hinzustellen und zu sagen, wir hätten die Inklusion damals schon nicht richtig ausgestattet – daran bemisst sich Regierungshandeln nicht, meine Damen und Herren. Die Qualität von Regierungshandeln bemisst sich daran, wie man mit den aktuellen politischen Herausforderungen umgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Karin Prien CDU)

(Dr. Stefanie von Berg)

Und da ist Fehlanzeige. Was im Moment in den Stadtteilschulen passiert – und wir reden beim Thema Inklusion immer über Stadtteilschulen –, ist, dass einige Stadtteilschulen, hier muss man sehr genau differenzieren, zu Notstandsgebieten werden. Davor können wir nicht die Augen verschließen, und Herr Senator Rabe tut dies.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte dringend darauf hinweisen – Herr Bürgermeister Scholz, hier spreche ich Sie persönlich an –, das dies mittlerweile Chefsache ist.

(Dirk Kienscherf SPD: Schon wieder!)

Wir erwarten, dass sich der Chef persönlich um die Stadtteilschulen und um Inklusion kümmert.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Wir können doch nicht die Augen davor verschließen, dass die GEW auf die Straße geht, dass ver.di auf die Straße geht. Wir können doch nicht die Augen davor verschließen, dass Brandbriefe aus Wilhelmsburg kommen. Ich sage Ihnen noch einmal: Das wird erst der Anfang sein. Wir können doch nicht so tun, als ob in der Schulpolitik alles in Ordnung ist. Wir haben hier ein ernstes Problem und das ist Chefsache. Ich spreche hier wirklich Bürgermeister Scholz persönlich an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben im Rahmen der Haushaltsberatungen einen Vorschlag gemacht. Wir haben den Notstand gesehen und vorgeschlagen, einen Inklusionsfonds einzurichten. Die SPD ignoriert es. Sie ignoriert die Probleme in dieser Stadt. Die tolle Schulform Stadtteilschule, und es ist eine tolle Schulform, wird systematisch zugrunde gerichtet durch viele kleine Maßnahmen, die auch Herr Rabe vorgenommen hat. Die Abschaffung des besonderen Anmeldeverfahrens zum Beispiel bricht den Stadtteilschulen, die wirklich gute Arbeit machen und eine starke heterogene Schule sind, das Genick. Aber der Dreh- und Angelpunkt ist Inklusion, und solange wir hier nicht umsteuern, solange wir nicht auch die Gymnasien mit in die Verpflichtung nehmen, solange wir vor allen Dingen nicht mehr Ressourcen reinstecken, wird sie nicht gelingen. Ich fordere die SPD-Fraktion auf, das anzuerkennen und zu unterstützen und den Chef dabei zu unterstützen, seine Arbeit zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, vereinzelt bei der CDU und bei Finn-Ole Ritter FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Heyenn hat das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Eigentlich wollte ich heute nichts zur Schulpolitik sagen, aber das muss ich wohl.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – Beifall bei Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

Gute Ideen haben bekanntlich viele Väter. Für die Schulabgangsstatistik sind wir die Mutter, um das einmal deutlich zu sagen. Die Jugendberufsagentur ist ein Versuch; wir sehen das kritisch.

(Finn-Ole Ritter FDP: Versuch macht klug!)

Wir warten auf den Beweis, dass es dadurch mehr Ausbildungsplätze gibt und dass kein Jugendlicher zurückbleibt. Fakt ist, das haben wir durch eine Anfrage herausbekommen, dass zurzeit 25 Prozent aller Schulabgänger aus der 8. und 9. Klasse einen Ausbildungsplatz bekommen, die anderen nicht. Dazu kann ich nur in der Verbalakrobatik der SPD sagen: Versprechen gebrochen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Schule entwickelt sich leider nicht so, wie auch wir das gern hätten. Frau von Berg hat die Brandbriefe angesprochen. Die müssen wir zur Kenntnis nehmen, die können wir nicht einfach ignorieren. Wir sind von der Idee, dass wir in Hamburg zwei gleichberechtigte Säulen im Schulsystem haben, weiter entfernt als vor einigen Jahren. Wir haben drei Gesetzesinitiativen im Parlament gehabt, die das Schulgesetz geändert haben und alle drei gingen zulasten der Stadtteilschule. Es ist verstärkt so, dass die soziale Herkunft in Hamburg für den Schulerfolg oder Schulmisserfolg von Jugendlichen entscheidend ist. Das muss dringend geändert werden, die Stadtteilschulen müssen gestärkt werden, und dabei haben Sie uns an Ihrer Seite.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Bürgermeister hat in seiner bemerkenswerten Rede der neuen Sachlichkeit darauf hingewiesen, dass er mit der Opposition gern viel gemeinsam machen würde und dass er uns immer wieder auffordern würde, ihn zu unterstützen. Ich möchte den Spieß jetzt einmal umdrehen und darstellen, wie eigentlich der Umgang dieses Senats mit der Opposition ist.

Erstens: Das Parlament wird häufig vor vollendete Tatsachen gestellt, zum Beispiel bei den Verträgen mit Vattenfall und E.ON. Unter Zeitdruck, und zwar nach dem Zeitplan von Vattenfall, mussten wir die Beratungen in den Ausschüssen durchführen. Es wurde immer gesagt, dass Vattenfall zurücktritt, wenn es bis zu dem und dem Zeitpunkt nicht funktioniert. Das ist kein ordentlicher Umgang mit der Opposition.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt keinen Senat, der in so kurzer Zeit so viele Anträge auf Aktenvorlageersuchen hatte. Die Informationspolitik dieses Senats gegenüber dem Parlament ist schlecht.

(Dora Heyenn)

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das könnte auch damit etwas zu tun haben, dass wir vier Oppositionsparteien haben!)

Zweitens: Die Antworten auf die Schriftlichen Kleinen Anfragen. Es haben in so kurzer Zeit noch nie so viele Beschwerdebriefe die Präsidentin darüber erreicht, dass der Senat die Anfragen nicht ordentlich beantwortet. Wir erwarten vom Senat und von Ihnen, Herr Bürgermeister, dass sich das ändert, dass die Informationspolitik besser wird, dass die Opposition ernster genommen wird und dass wir in unserer Arbeit nicht behindert werden.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Andreas Dressel SPD: Wir sind so nett zu euch! So nett!)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Meine Damen und Herren! Damit ist die Aktuelle Stunde beendet. Wir werden sie morgen mit dem zweiten und fünften Thema fortsetzen.

Wir kommen dann zu Tagesordnungspunkt 2, Drucksache 20/6862: Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts.

**[Senatsmitteilung:
Wahl eines Mitgliedes des Hamburgischen Verfassungsgerichts
– Drs 20/6862 –]**

Da das Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht in seinem Paragraphen 4 eine geheime Wahl vorschreibt, findet die Wahl in Wahlkabinen statt. Wir verfahren so, dass Herr Hakverdi und Herr Wankum abwechselnd die Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und dort Ihren Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Mit dem Stimmzettel gehen Sie bitte in eine der Wahlkabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Ich bitte, den Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Herrn Hakverdi, bei dem die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich darf nun Herrn Hakverdi bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf und die Wahlhandlung werden vorgenommen.)

Meine Damen und Herren! Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? – Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind

und die Stimmabgabe abgeschlossen ist. Damit erkläre ich die Wahlhandlung für geschlossen.

Ich bitte nun, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 16.54 Uhr

Wiederbeginn: 17.05 Uhr

Erster Vizepräsident Frank Schira: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Wahl bekannt:

Bei der Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind 115 Stimmzettel abgegeben worden, davon waren null Stimmzettel ungültig und somit 115 Stimmzettel gültig. Frau Marianne Schulze erhielt 99 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Damit ist Frau Schulze zum Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt worden.

Ich bitte Sie nun, Frau Schulze, hier nach vorne in unsere Mitte zu kommen.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Frau Schulze, die Bürgerschaft hat Sie soeben zum Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt. Dazu darf ich Ihnen die Glückwünsche des Hauses aussprechen. Ich habe Sie nun zu fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Frau Schulze: Ich nehme die Wahl an.

Erster Vizepräsident Frank Schira: Als bisheriges vertretendes Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts haben Sie den Eid nach Paragraph 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht vor der Bürgerschaft bereits geleistet. Eine erneute Vereidigung ist nicht erforderlich.

Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen nun als Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts weiter eine glückliche Hand in der Amtsführung, alles Gute, Glück und auch Befriedigung bei der Ausübung Ihrer Aufgabe.

(Beifall bei allen Fraktionen – Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren mit der Tagesordnung fort und kommen zu Punkt 31, Drucksache 20/6894, Antrag der SPD-Fraktion: Hamburg als Zentrum für den Tagungs- und Kongressmarkt stärken.

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Hamburg als Zentrum für den Tagungs- und
Kongressmarkt stärken
– Drs 20/6894 –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksache 20/7038 in der Neufassung, 20/7051 und 20/7053 Anträge der Fraktionen der LINKEN, der CDU und der GRÜNEN vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Tagungen, Kongresse und Messen in Hamburg
– Privatisierung verhindern, die Messehallen
sind für alle da!
– Drs 20/7038 (Neufassung) –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Hamburg Convention Bureau neu aufstellen
– Hamburg zur führenden Tagungs- und Kon-
gressmetropole ausbauen
– Drs 20/7051 –]**

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Hamburg braucht ein modernes und nachhalti-
ges Tagungs- und Kongresskonzept
– Drs 20/7053 –]**

Die CDU-Fraktion möchte alle vier Drucksachen an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Balcke, bitte.

Jan Balcke SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir wollen Hamburg zu einem der führenden Tagungs- und Kongressmärkte in Deutschland entwickeln. Hamburg bietet dafür als herausragende Tagungs- und Kongressmetropole sehr günstige Voraussetzungen. Alleine die Zahlen für 2012 sprechen für sich: 350 Veranstaltungen im Bereich der Hamburg Messe und Congress GmbH, 1,2 Millionen Besucher und gesamtstädtisch eine Steigerung der Übernachtungszahlen auf insgesamt 10,6 Millionen, was eine Steigerung um 11,6 Prozent bedeutet, davon 250 000 Übernachtungen allein durch Tagungen und Kongresse. Erstmals ist Hamburg in die Top Ten der europäischen Reiseziele vorgerückt. Das ist ein gutes Signal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Der Kongressmarkt, insbesondere für Wissenschafts- und Verbandstagungen sowie für Corporate Business, wird national und international weiter wachsen, und Hamburg bietet gute Ausgangsbedingungen, um daran teilzuhaben. Wir wollen, dass Hamburg an diesem Markt partizipiert, zumal jeder Euro, der von den Kongressteilnehmern ausgegeben wird, mit circa dem Faktor 15 multipliziert der Wirtschaft Hamburgs zugutekommt. Dabei geht es vor allem um die Ausrichtung von Tagungen und Kongresse mit bis zu 1000 Teilnehmern, und der

Schwerpunkt soll im Bereich Wissenschafts- und Verbandstagungen liegen.

Gerade die weichen Standortfaktoren sind besonders ausgeprägt in unserer Stadt. Die Nähe des CCH zu den Shopping-Hotspots sei hier zu nennen, die vielfältigen und breit aufgestellten Kulturangebote und die attraktiven und ausgefallenen Event-Locations. 2014 wird ein neues Theater der Stage Entertainment im Hafen eröffnen und das Unternehmen "Mehr! Entertainment GmbH" plant für 2015 ein Musical in den Großmarkthallen.

Eine sehr gute und leistungsfähige Hotelinfrastruktur haben wir ebenfalls vorzuweisen, auch für mehrere parallel stattfindende Großveranstaltungen. Die Zimmerauslastung lag 2009 bei knapp 75 Prozent und bis 2014 werden 18 weitere Hotels am Standort gebaut sein. Auch das sind gute Signale.

(Beifall bei der SPD)

Um dieses Potenzial aber tatsächlich auch ausschöpfen zu können, brauchen wir eine Strategie, die den Geschäftstourismus als Teil des Stadtmarketings begreift und Hamburgs wirtschaftliche Stärken und besonderen Standortfaktoren aufzeigt und gezielt nutzt. Eine Verknüpfung und enge Verzahnung zwischen Geschäftstourismus und den Aktivitäten der Hamburg Marketing GmbH ist aus unserer Sicht unerlässlich. Vor allem sind die zahlreichen Aktivitäten der Cluster zu berücksichtigen und in einen Standortmarketingansatz zu integrieren. Bisher gibt es zwar viele gute Ansätze und durchaus erfolgreiche Aktivitäten, ohne dass aber ein roter Faden erkennbar ist. Die Vernetzung der örtlichen Akteure, die Koordinierung der einzelnen Aktivitäten und deren Einbettung in ein Gesamtkonzept sind noch unzureichend ausgestaltet. Hamburg braucht eine zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für Tagungen und Kongresse.

(Beifall bei der SPD)

Hamburg braucht ein sogenanntes First-Stop-Office, das Aktivitäten bündelt, als Ansprechpartner fungiert und Know-how zur Verfügung stellt, das aber auch aktiv auf die Cluster, auf einzelne Unternehmen, Verbände und andere Akteure zugeht. Das Büro soll regionale, nationale und internationale Netzwerkaktivitäten unterstützen und gleichfalls initiieren. Bestehende sogenannte MICE-Veranstaltungen werden auf Zielsetzung, Zielgruppen und ihren Wertschöpfungsbeitrag überprüft. Bei einem Vorlauf von bis zu sechs Jahren bei der Planung von Kongressen müssen wir uns heute um die Kongresse von morgen bemühen.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Unglaublich! Das sind ja ganz neue Erkenntnisse!)

Um mehr Aufschluss über die wirtschaftliche Bedeutung des Tagungs- und Kongressgeschäfts für die Freie und Hansestadt zu bekommen, soll zusätzlich ein Kontroll- und Monitoring-System eta-

(Jan Balcke)

bliert werden. Der Geschäftstourismus spielt für Hamburgs Wirtschaft eine enorm wichtige Rolle. Die Bedeutung für die Hotellerie habe ich erwähnt, aber auch Gastronomie, Zulieferer, Einzelhandel und weitere Wertschöpfungsweige profitieren. Wir wollen es aber genau wissen, um zukünftig erfolgreicher steuern zu können. Welche Relevanz haben die einzelnen Tagungen, Kongresse, Incentives und ähnliche Veranstaltungen auf die Wertschöpfung der Stadt? Ein Monitoring kann uns hierbei wertvolle Hinweise geben.

(Beifall bei der SPD)

Uns geht es darum, Aktivitäten zu bündeln und die Potenziale Hamburgs auszuschöpfen. Wir werden Hamburg zu einem der führenden Tagungs- und Kongressstandorte in Deutschland entwickeln. Zu den Anträgen der anderen Fraktionen kann ich sagen, dass sie die Bestätigung unseres Kurses sind. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Prien.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Jan Balcke, wir sind uns völlig einig und begrüßen genau wie Sie, dass Hamburg im vergangenen Jahr in die Top Ten der Messe- und Kongressstädte aufgerückt ist. Wir unterstützen auch die in der langwierigen Prosa Ihres Antrags dargelegte Zielsetzung für Hamburg als Messe- und Kongressstadt. Allerdings habe ich mir die Augen reiben müssen, als ich den Antrag gelesen habe, denn das, was Sie jetzt fordern, nämlich eine Strategie vorzulegen, um – ich zitiere –

"[...] die inhaltlichen und strukturellen Voraussetzungen zu schaffen, um Hamburg zu einem der führenden Tagungs- und Kongressstandorte in Deutschland zu entwickeln [...]"

und

"[...] eine zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle nach dem Prinzip 'First-stop-office' als Teil der Stadtmarketing-Struktur zu schaffen" [...],

das haben wir doch schon seit 2008; ich weiß gar nicht, worüber Sie hier reden.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen aber gerne ein bisschen auf die Sprünge helfen. 2008 wurde das Hamburg Convention Bureau gegründet, eine Public Privat Partnership zwischen der Hamburg Messe und Congress GmbH, einer rein städtischen Gesellschaft, und der Hamburg Tourismus GmbH, die bekanntermaßen als Gesellschafter den DEHOGA und den Hamburger Tourismusverband hat. Diese Ge-

sellschafter im Hamburg Convention Bureau betreiben die von Ihnen völlig zu Recht angesprochenen MICE-Aktivitäten, und zwar sehr erfolgreich, wie Sie dargelegt haben. Sie, lieber Herr Senator Horch, haben dieses Convention Bureau 2010 auf einer Veranstaltung in der Handelskammer – damals noch als ihr Präses – über den grünen Klee gelobt. Da fragt man sich, was dieser Antrag soll. Wollen wir jetzt parallele Strukturen in der Stadt schaffen? Soll das Hamburg Convention Bureau umstrukturiert werden? Ich weiß es nicht, man versteht es nicht so recht. Das Ganze ist insofern besonders bemerkenswert, als wir gestern in der Zeitung lesen konnten, dass das CCH teilprivatisiert werden soll. Beim CCH wollen wir also ein bisschen privatisieren, beim Hamburg Convention Bureau lieber raus aus der Beteiligung der Privaten. Konsistent ist diese Politik nicht.

(Beifall bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter* FDP)

Was an Ihrem Antrag noch mehr verwundert: Bekanntermaßen haben die Gesellschafter eine Evaluation der Arbeit des Hamburg Convention Bureau nach drei Jahren vereinbart, und der alte Senat hatte Anfang 2011 ein entsprechendes Evaluierungsgutachten in Auftrag gegeben. Nun raten Sie einmal, seit wann dieses Gutachten vorliegt? Es liegt seit Sommer 2011 vor. Da fragt sich der geneigte Beobachter, warum eigentlich, lieber Herr Senator Horch, seitdem nichts passiert ist und wir jetzt, anderthalb Jahre später, einen solchen Antrag vorgelegt bekommen. Wenn es darum geht, dem Senat auf die Sprünge zu helfen und dafür zu sorgen, dass endlich etwas passiert in Sachen Hamburg Convention Bureau, dann sind wir bei Ihnen und unterstützen dieses Anliegen.

(Beifall bei der CDU)

Allerdings unterstützen wir dieses Anliegen selbstverständlich nur dann, wenn Sie das Hamburg Convention Bureau, die Aufbauarbeit, die dort geleistet worden ist, und die strategischen Partner, die dieses Anliegen unterstützen, mit einbeziehen. Das Ganze im luftleeren Raum zu machen, möglicherweise auch noch ohne Berücksichtigung des Evaluierungsgutachtens, scheint mir kein solides Regieren zu sein, und die Sinnhaftigkeit eines solchen Vorgehens haben Sie, lieber Herr Balcke, mir auch nicht vermitteln können.

Meine Damen und Herren! Am Ende des Tages geht es darum, dass gute Wirtschaftspolitik in dieser Stadt traditionell und seit vielen hundert Jahren im Einvernehmen zwischen Unternehmen, Verbänden und dem Senat gemacht wird. Diese gute Tradition sollten Sie aufrechterhalten und nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Tjarks.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg braucht ein vernünftiges Tagungs- und Kongresskonzept, und wer wollte dem Antrag – Frau Prien hat es schon zitiert –, die inhaltlichen und strukturellen Voraussetzungen zu schaffen, um Hamburg zu einem der führenden Tagungs- und Kongressstandorte in Deutschland zu entwickeln, widersprechen? Insofern ist unsere Fraktion in weiten Teilen mit diesem Antrag zufrieden; wir können ihm zustimmen.

Zu meinem ersten Punkt, dem First-Stop-Office. Das ist in der Fachwelt diskutiert worden. Im Moment haben wir die Situation, dass die Hamburg Messe und Congress GmbH (HMC), Hamburg Marketing GmbH oder das Hamburg Convention Bureau (HCB) dieses First-Stop-Office sein können. Ich glaube aber, dass von der Eigentümerstruktur her – Sie haben es eben dargelegt – nur das Hamburg Convention Bureau ein echtes First-Stop-Office sein kann, und insofern hoffe ich, dass Sie darauf abzielen.

Der zweite Punkt. Eine cluster-basierte Kongressstrategie zu entwickeln, halten wir ebenfalls für richtig. Wir würden uns da am Bürgermeister orientieren, der vor dem Übersee-Club relativ deutlich gesagt hat, dass die erneuerbaren Energien das dynamischste Cluster in dieser Stadt sind. Deswegen glauben wir auch, dass Hamburg in der Lage sein muss, in diesem Bereich Kongresse auszurichten. Das heißt, Hamburg muss in der Lage sein, große Kongresse auszurichten, die am Ende CO₂-neutral sind. Dafür muss man die Tagungs- und Kongressstruktur bereitstellen. Deswegen geht unser Antrag in Richtung Ihres Antrags, ist aber an dieser Stelle ein wenig weitergehend. Natürlich ist uns klar, dass man die finanziellen Zuwendungen an das HCB an den Erfolg knüpft.

Besonders bemerkenswert finde ich aber, einen Antrag mit "Hamburg als Zentrum für den Tagungs- und Kongressmarkt stärken" zu überschreiben, wenn nichts davon in ihm zu lesen ist. Letzte Woche konnten wir in der Zeitung lesen, dass das CCH jetzt teilprivatisiert werden soll, und zu diesem Sachverhalt steht in diesem Antrag überhaupt nichts. Ich finde, es geht nicht, dass Sie das in der Öffentlichkeit verkünden und sagen, wir machen jetzt eine Kongressstrategie, sich dazu aber in der Bürgerschaft überhaupt nicht äußern. Es geht um einen dreistelligen Millionenbetrag, und da müssen wir ganz genau schauen, wie das funktionieren kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bilanz des CCH war in den letzten Jahren nämlich eher bescheiden. VW hat das Congress Center Hamburg verlassen; wir haben dort nur

noch Hauptversammlungen Hamburger Unternehmen. Das CCH macht bei einem Umsatz von 10,3 Millionen Euro fast 5 Millionen Euro Verlust, und nach einem Gutachten von 2006 muss es mit 100 Millionen Euro saniert werden. Das ist, wenn man ehrlich ist, eine sehr konservative und vorläufige Schätzung. In Wahrheit wird diese Revitalisierung oder Sanierung – nennen Sie es, wie Sie wollen – sehr viel teurer werden. Und wenn man ein Modell wählt, das nur annähernd dem der Messe ähnelt, wird das CCH diese Kosten niemals aus eigenen Erlösen bestreiten können. Deswegen muss man genau darauf achten, dass man hier kostensparsam arbeitet, und dafür muss der Senat eine Vorlage liefern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das würde die HMC selber wahrscheinlich auch gar nicht bestreiten, aber sie sagt dann immer, es gäbe dafür so eine tolle Stadtrendite: Bei einem Euro rein kämen 15 Euro raus; Herr Balcke, Sie haben es auch erwähnt. Das wollen wir im Kern auch nicht bestreiten, das Problem dieser Stadrendite ist nur, dass sie mit den Zahlen von Hamburg Messe und Congress GmbH errechnet worden ist, also der Institution, die ein Interesse daran hat, möglichst viel Geld zu bekommen. Da muss eine unabhängige Überprüfung her, um wirklich bewerten zu können, wie viel uns dieses neue Kongresszentrum am Ende wert sein soll und inwiefern diese Teilprivatisierung dann auch sinnvoll ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Grundsätzlich sind wir eher skeptisch, was eine Teilprivatisierung an Chancen mit sich bringen kann. Das sage ich insbesondere vor dem Hintergrund, dass diese Teilprivatisierung von einer Firma beraten wird, die ein Interesse daran hat, zu privatisieren. Wir glauben aber auch, dass es für das CCH im Kongressmarkt durchaus ein Potenzial gibt. Darum hoffen wir, dass Sie uns möglichst bald eine Vorlage liefern. Wir alle wissen – Sie sagten es, Herr Balcke –, dass Kongresse sechs Jahre im Voraus akquiriert werden müssen. Die Schließungszeiträume stehen fest, insofern kommen wir in Zeitnot. Die Bürgerschaft muss auch beschließen, und sie sollte möglichst sparsam beschließen. Der Senat muss darlegen, warum er wie viel Geld ausgibt. Es geht hier um mindestens 100 Millionen Euro, wahrscheinlich um deutlich mehr, deshalb sollte man ein Auge darauf haben. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Kluth.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Auch die FDP-

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

Fraktion begrüßt die Intention des vorliegenden Antrags. Wir halten es für richtig, Herr Balcke, den Tagungs- und Kongressstandort Hamburg zu stärken, und dazu bedarf es einer strukturellen Neuausrichtung. Nach unserer Auffassung bezieht sich der Innovationsbedarf dabei insbesondere auf das Messewesen. Hamburg muss sich nach Auffassung der FDP-Fraktion als Messe- und Kongressstadt noch internationaler orientieren und wissenschaftliche Fachtagungen gezielter akquirieren. Messen und Kongresse, die einen hohen Anteil an ausländischen Besuchern verzeichnen, sind für die Stadt von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung. Sie stärken insbesondere das Beherbergungsgewerbe, die Gastronomie, aber auch den Einzelhandel, und vor allen Dingen steigern sie den internationalen Bekanntheitsgrad Hamburgs. Messen, Kongresse und sonstige Events sind für Hamburg zurzeit mit etwa 565 000 Übernachtungen verbunden. Hamburg generiert aus Veranstaltungen, Messen und Events pro Jahr etwa 13,5 Millionen Euro Steuereinnahmen. Aber Hamburg profitiert auch in anderer Weise von dem Kongresstourismus. So fällt durch die nationale und internationale Medienberichterstattung das Interesse auf die Stadt, und das schafft einen Imagegewinn für Hamburg. Auch um Hamburg als Innovationshauptstadt stärker zu promoten, müsste der Anteil der in Hamburg stattfindenden wissenschaftlichen Tagungen deutlich erhöht werden.

Dies vorausgeschickt, halte ich die Intention des Antrags für einen guten Vorstoß. Die Konkretisierung und die spezifischen Vorschläge sind es jedoch nicht. Die Schaffung einer weiteren städtischen Institution – Frau Prien hat das bereits zu Recht angesprochen – zur Koordinierung von Stadtmarketingmaßnahmen ist von der Sache her fraglich, kostenmäßig unvernünftig und schafft nur neue Verwaltung und Personalaufwuchs.

(Beifall bei der FDP)

Hamburg verfügt mit der Hamburg Marketing GmbH bereits über ein öffentliches Unternehmen, das für die Vermarktung der Stadt und in diesem Zusammenhang auch für die Vermarktung des Tagungs- und Kongressstandorts Hamburg zuständig ist. Anstatt über ein neues Verwaltungskonstrukt nachzudenken, sollten wir zusehen, wie wir diese bestehende Gesellschaft noch effizienter und wirksamer machen können. Bei Ziffer 4 Ihres Antrags fällt zudem auf – das betrifft die Finanzierung –, dass sich die SPD-Fraktion von dem Prinzip "pay as you go" offensichtlich völlig verabschiedet hat.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP-Fraktion fordert den Senat daher auf, ein Konzept zur Stärkung des Messe-, Tagungs- und Kongressstandorts Hamburg vorzulegen. Dies sollte insbesondere die Akquise nationaler und internationaler Veranstaltungen und wissenschaftlicher Fachtagungen stärker in den Fokus nehmen und

auch die Zukunft des Congress Center Hamburg beinhalten. Trotz rückläufiger Besucherzahlen in den letzten zehn Jahren ist dieses CCH immer noch von ganz enormer Bedeutung für die Stadt, Herr Tjarks. Übrigens wollte der Senat auch hierzu bereits Anfang 2013 ein Konzept vorlegen. Die Vorlage steht allerdings – ich sage einmal: fast erwartungsgemäß – aus. Nach wie vor hält die FDP-Fraktion ein Public-Privat-Partnership-Modell für die am besten geeignete Finanzierung. Daher begrüßen wir auch, was wir gestern dazu im "Hamburger Abendblatt" lesen durften.

Die FDP-Fraktion wird den Ziffern 1, 2 und 5 des SPD-Antrags zustimmen, den Ziffern 3 und 4 aus den eben genannten Gründen jedoch nicht. Dem Zusatzantrag und dem Überweisungsantrag der CDU-Kollegen werden wir ebenfalls zustimmen, dem Zusatzantrag der GRÜNEN nicht. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Herr Balcke, Ihre Rede bestätigt unsere Bedenken und Kritik. Nach dem SPD-Antrag sind Tagungen und Kongresse ein unverzichtbarer Bestandteil für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Hamburg. Zudem würden allein im Bereich der Hamburg Messe und Congress GmbH mehr als 350 Veranstaltungen stattfinden. Wir teilen die Einschätzung, dass Messen, Tagungen und Kongresse wichtig für die Stadt sind, aber man sollte trotzdem sorgsam überlegen, welche Maßnahmen ergriffen und welche Schlüsse daraus gezogen werden.

In den vergangenen Jahren haben laut den Geschäftsberichten der Messegesellschaft pro Jahr zwischen 41 und 48 Veranstaltungen stattgefunden, nach den aktuellsten Angaben waren es 2011 insgesamt 44 Messen und Ausstellungen. Die übrigen Veranstaltungen fanden immer nur im Congress Center statt. Die Messehallen stehen häufig leer, was aber finanziell nicht schlimm sein soll, wie ich zumindest Herrn Aufderheide verstanden habe, als er vor einiger Zeit im Wirtschaftsausschuss gesprochen hat. Hamburg ist in der Bundesrepublik Deutschland die zweitgrößte Messestadt und steht nicht vor dem Problem, dass ihr die Messen abhandenkommen, zumal das ICC in Berlin demnächst umfangreich saniert wird. 2012 soll sogar das beste Jahr seit Gründung von Hamburg Messe und Congress GmbH gewesen sein. Zeiten, in denen die Messehallen leer stehen, müssen demnach nicht den entsprechenden Deckungsbeitrag wieder hereinholen.

Was ist also der Hintergrund Ihres Antrags? Wir haben gestern in der Zeitung gelesen – das haben

(Kersten Artus)

meine Vorredner bereits erwähnt –, dass die Wirtschaftsbehörde an ihrem Ziel festhält, das CCH teilzuprivatisieren. Warum? Das CCH steht einerseits exemplarisch für die in den vergangenen 20 Jahren praktizierte Politik der Vernachlässigung städtischer Infrastruktur und Gebäude. Der Bau aus dem Jahr 1973 ist wegen ausgebliebener Erhaltungsinvestitionen dringend sanierungsbedürftig; 100 Millionen Euro müssen wohl investiert werden, wahrscheinlich noch mehr. Das Ergebnis der CDU-Politik ist eine marode öffentliche Infrastruktur,

(Olaf Ohlsen CDU: Na, na, na!)

der Abbau und die Verschlechterung sozialer Dienstleistungen und nicht zuletzt ein deutlicher Steuerungsverlust auf die Stadtentwicklung.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch die unter Schwarz-Grün praktizierte sogenannte intelligente Privatisierung, die über ÖPP-Projekte privaten Investoren entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der städtischen Infrastruktur gegeben hat, hat nur die Taschen der Kapitalgeber gefüllt und der Stadt die Steuerung der Entwicklung in den betroffenen Bereichen genommen.

(Dirk Kienscherf SPD: Schlimm, schlimm, schlimm!)

Aber wer die Politik der verschiedenen CDU-Senate, liebe SPD-Fraktion, jetzt fortführt, eine Politik der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und städtischer Vermögen, macht es nicht anders, oder im SPD-Duktus gesprochen, nicht ordentlicher als die Vorgänger.

(Beifall bei der LINKEN – Olaf Ohlsen CDU: Die macht das genauso gut!)

Sehr geehrte Herren und Damen! DIE LINKE ist strikt gegen Privatisierung und fordert Sie auf, keinen Ausverkauf der Messe vorzunehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wohl aber sind wir dafür, die Wirtschaft an den Kosten zu beteiligen, denn sie haben doch einen großen Nutzen von einem florierenden Messemanagement, aber nicht in Form von Privatisierung oder Teilprivatisierung. DIE LINKE fordert eine Abkehr von der Privatisierungspolitik und gleichzeitig eine Behebung des Investitionsstaus.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wäre fatal, wenn der SPD-Senat mit dem Argument der notwendigen Haushaltskonsolidierung auf gescheiterte Politikmodelle zurückgreifen würde. Investitionen in die städtische Infrastruktur sind Investitionen in das öffentliche Vermögen und damit in die Zukunft der Stadt. Dies rechtfertigt auch eine teilweise Kreditfinanzierung. Es muss also einiges dringend hinterfragt werden. Hierzu dient un-

ser Antrag und wir fordern Sie auf, ihn zu überweisen, damit wir das Thema im Wirtschaftsausschuss erneut vertiefen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Senator Horch.

Senator Frank Horch:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Hamburg hat, wie wir heute schon gehört haben, im vergangenen Jahr wieder einen Rekord bei Städtetouristen zu verzeichnen. Viele Besucher aus dem In- und Ausland werden von der Attraktivität unserer Stadt angezogen, und immer mehr Unternehmen und Veranstalter organisieren Reisen nach Hamburg und in die Metropolregion. Das ist gut für die Beschäftigung in Hamburg, das ist gut für den Wohlstand, und wir haben dadurch ein hohes Wachstum zu verzeichnen. Auch der Tagungs- und Kongressmarkt ist in Hamburg ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Hiervon profitieren nicht nur zahlreiche damit verbundene regionale Dienstleister wie die Hotellerie, die Gastronomie, der Einzelhandel und kulturelle Veranstalter, sondern auch die gesamte Hamburger Wirtschaft und Wissenschaft, insbesondere die Innovationsinitiativen sowie die Clusterpolitik. Sie alle profitieren sehr von den Tagungen und Kongressen und dem einhergehenden Meinungs-austausch und Wissenstransfer, der auf dieser Ebene abläuft. Das ist übrigens auch das Ziel unserer Wirtschaftspolitik. Internationale Kontakte und Verbindungen in Handel und Industrie haben Hamburg schon immer Impulse gegeben und somit für Beschäftigung und Wohlstand in der Stadt gesorgt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wenn wir über Wirtschaft sprechen, dann sprechen wir natürlich auch über Geld, über Umsatz und vieles mehr, was damit im Zusammenhang steht. Allein das CCH, das sei noch einmal deutlich ausgedrückt, bringt über 80 Millionen Euro Kaufkraft in unsere Stadt. Dies sind nur die Zahlen des CCH; darüber hinaus gibt es noch wesentlich mehr Veranstaltungen, die in Hotels oder an anderen Orten in Hamburg durchgeführt werden. Fragt man die Fachleute der Branche, hat Hamburg hier aber noch gewisse Schwächen oder, besser ausgedrückt, Entwicklungspotenziale aufzuzeigen. Dieser Markt ist bisher nicht transparent genug. Das ist ein entscheidender Punkt vielleicht auch dieses Antrags und insgesamt schwer zu präsentieren. Die Vielfalt der Angebote, ihre Attraktivität und Qualität muss künftig noch besser an Veranstalter, an Unternehmen, an Verbände und auch an wissenschaftliche Vereinigungen vermittelt werden. Dies gehört – das ist das Entscheidende und der vorliegende Antrag greift diesen Punkt auf – zum Aufgabenbereich

(Senator Frank Horch)

des Hamburger Convention Bureau, welches leider bisher nicht unter optimalen Bedingungen hat arbeiten können und letztendlich auch, das gebe ich zu, unterfinanziert ist. Der Antrag fordert zudem, dies zu ändern, und genau das wollen wir auch tun. Mein Haus arbeitet zurzeit an einer Drucksache, mit der wir die Bürgerschaft über unsere Planungen und über die zu treffenden Maßnahmen bis spätestens Ende Mai informieren und dies entsprechend vorlegen wollen. An dieser Stelle sei nur so viel gesagt: Die Finanzierung des HCB soll auf eine dauerhaft verlässliche Basis gestellt werden.

Mein Damen und Herren! Für die internationale Bedeutung und Wahrnehmung Hamburgs sind Großkongresse von ausschlaggebender Bedeutung, gerade wenn wir auf die Entwicklung der Metropolen in der Zukunft schauen. Das CCH ist für diesen Markt, das haben wir heute auch schon gehört, nicht mehr optimal aufgestellt; das wissen wir aber seit Langem. Die technische Gebäudeausstattung des alten CCH muss nach 40 Jahren dringend erneuert und den heutigen Standards, auch Sicherheitsstandards, angepasst werden. Das CCH war und ist, das möchte ich deutlich sagen, auch heute erfolgreich, aber es wird von Jahr zu Jahr schwieriger, sich im intensiven und auch internationalen Wettbewerb zu behaupten. Hierüber wird seit Jahren diskutiert, wir wollen jetzt konsequent handeln. Eine internationale Marketingerkundung ist bereits mit sehr guter Resonanz ange laufen und muss nach Abschluss ausgewertet werden. Wir werden auch eine wirtschaftlich vertretbare Lösung anstreben, denn, Herr Dr. Tjarks, kostenstabiles Bauen wird hier im Vordergrund stehen. Auch hierzu werden wir der Bürgerschaft nach der Sommerpause und unserem Markterkundungsverfahren ausführlich berichten.

Wir wollen Hamburgs Position in diesem wachsenden Tagungs- und Kongressmarkt ausbauen und unsere Stadt als Treffpunkt von Wissenschaft, Wirtschaft, Unternehmensveranstaltungen, Hauptversammlungen oder Medizinkongressen national und international deutlich stärken. Die Attraktivität Hamburgs ist extrem hoch, auch im Städtevergleich. Gerade heute hat die HWF bei unserer Pressekonferenz deutlich gemacht, dass wir mit allen großen Städten in Deutschland absolut mithalten können, und bei den Steigerungsraten lagen wir in den vergangenen Jahren vorn.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir aber im Wettbewerb mit Barcelona, mit Wien oder mit Berlin Erfolg haben wollen, dann müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern. Das gehen wir jetzt aktiv und sehr intensiv an.

Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass das Thema von der Bürgerschaft insgesamt aufgegriffen worden ist. Lassen Sie uns, das ist eine gute Chance, an einem Strang ziehen und fraktions-

übergreifend und im Konsens daran arbeiten.
– Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Karl-Heinz Warnholz CDU*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, sodass wir zur Abstimmung kommen können.

Wer einer Überweisung der Drucksachen 20/6894, 20/7038 in der Neufassung, 20/7051 und 20/7053 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Dann lasse ich über die Anträge in der Sache abstimmen. Wir beginnen mit dem Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 20/6894. Die Fraktionen der GRÜNEN und der FDP möchten die Ziffern 3 und 4 dieses Antrags separat abstimmen lassen.

Wer nun dem SPD-Antrag aus der Drucksache 20/6894 mit Ausnahme der Ziffern 3 und 4 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer die Ziffer 3 des Antrags annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 3 ist mit Mehrheit angenommen.

Wer sich sodann Ziffer 4 anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 4 ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 20/7038 in der Neufassung.

Wer diesen annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 20/7051.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen schließlich zum Antrag der GRÜNEN Fraktion aus der Drucksache 20/7053.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann kommen wir zum Punkt 34, Drucksache 20/6903, Antrag der CDU-Fraktion: Ausbau der Ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

– Fortsetzung der Hortbetreuung während der Umstellungsphase.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Ausbau der Ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen (GBS) – Fortsetzung der Hortbetreuung während der Umstellungsphase
– Drs 20/6903 –]**

Diese Drucksache möchte die GRÜNEN Fraktion federführend an den Schulausschuss und mitberatend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort. – Herr Dr. Scheuerl.

Dr. Walter Scheuerl CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, die Sie nun hier die entscheidende Mehrheit haben.

(Sören Schumacher SPD: Ja, das ist der Wählerauftrag!)

Sie haben die Möglichkeit, gleich in einem akuten, wichtigen Problem, das viele Tausend Kinder und viele Tausend Eltern draußen betrifft, gestaltende, gute Politik zu machen. Worum geht es bei unserem Antrag? Es geht darum, dass 14 000 Schülerinnen und Schüler, im Regelfall kleine Kinder an den Grundschulen, nachmittags in der Hortbetreuung sind, zurzeit mit Kita-Gutschein. Und es geht darum, dass weitere 1300 Kleinkinder in den Vorschulen nachmittags an der Hortbetreuung teilnehmen, auch mit Kita-Gutschein, und nach dem Vormittagsunterricht noch den Rest dieses Schuljahres in den Hort gehen, dort in vertrauter, guter Atmosphäre ein gutes Mittagessen bekommen und nachmittags gut betreut werden.

Nun haben wir folgende Situation. Schulsenator Rabe hat vor rund einem Jahr in einer Pressekonferenz angekündigt, dass alle Grundschulen Ganztagschulen werden sollen. Er hat Gas gegeben und gleichzeitig verkündet und angeordnet, dass das Kita-Gutschein-System zum Sommer dieses Jahres abgeschafft wird. Dahinter steckt die Überlegung des Senators, dass die Kinder dann in die Ganztagschulen gehen. Das Problem ist nur – und das wissen wir alle und im Detail spätestens seit der Senatsantwort auf unsere Anfrage vom Dezember –, dass nur in einem Bruchteil der Schulen wirklich eine vernünftige Mittagsverpflegung für die Kinder angeboten wird. Nur in einem Bruchteil der Schulen sind Räume da, wo es den Kindern im Moment zuzumuten ist, mittags zu bleiben und zu essen und nachmittags betreut zu werden. Mehr ist einfach nicht fertig.

Wir müssen uns fragen, ob wir die Kinder jetzt in Baustellen schicken wollen, ob wir ihnen sagen wollen: Ihr müsst in der Schule bleiben, ihr dürft

künftig nachmittags nicht mehr in euren Hort gehen, wo ihr eure Bezugspersonen habt, wo ihr gutes Essen bekommt, wo ihr nachmittags gut betreut werdet. Wir müssen uns fragen, ob wir 15 300 Kinder, das sind reale, kleine Kinder, nach den Sommerferien in Grundschulen schicken wollen, die auf die Nachmittagsbetreuung überwiegend noch nicht vorbereitet sind.

Dazu gibt es zwei interessante Unterlagen, zum einen die Qualitätsstandards für die Schulverpflegung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung – ich zitiere –:

"Für die Ausgabe und den Verzehr der Speisen wird ein gesonderter Raum zur Verfügung gestellt. Das schließt die Einnahme der Mittagsmahlzeit, zum Beispiel in Klassen- und Pausenräumen, Pausenhallen und Fluren aus."

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung sagt uns weiter:

"Die Essatmosphäre wird sehr stark durch den Geräuschpegel beeinflusst. Um diesen möglichst gering zu halten, ist der Raum entsprechend zu gestalten und zu dämmen."

(Lars Holster SPD: Die Horte haben alle Produktionsküchen?)

Auch die Schulbehörde, die im Moment für ihr Ganztagsmodell wirbt, schreibt auf ihrer Webseite:

"Die Mittagspause ist für Kinder sehr wichtig. Sie sollte nicht nur genutzt werden, um schnell zu essen und anschließend wieder in den Unterricht zu gehen, sondern sie soll den Kindern eine intensive Regenerationsphase bieten, die ihnen ermöglicht, vom Unterricht zu entspannen."

Hier bin ich einmal mit dem, was die Schulbehörde uns sagt, völlig einverstanden und unterstütze das. Nur die Realität sieht, wie gesagt, anders aus. Damit diese 15 300 Kinder nicht morgen oder in den nächsten Wochen gesagt bekommen, verabschiedet euch von eurem Hort, verabschiedet euch von eurem Mittagessen, verabschiedet euch von eurer guten Nachmittagsbetreuung, ihr müsst nach den Sommerferien in der Grundschule bleiben, appelliere ich an Sie, liebe Abgeordnete der SPD-Fraktion insbesondere, aber auch an das ganze Haus: Stimmen Sie unserem Antrag zu, der darauf gerichtet ist – und das ist wirklich akzeptabel, auch für die SPD –, dass Herr Senator Rabe und die Behörde umgehend mit den Kita-Trägern und Vereinen sprechen, umgehend selbst erheben, in welchen Grundschulen die Verhältnisse räumlich und qualitativ so sind, dass man es den Kindern zumuten kann, dort zu bleiben. Überall dort, wo das nicht gewährleistet ist, fordern wir eine Übergangsregelung. Meine Damen und Herren, es ist unbestreitbar, dass es viele Schulen sind, mindestens

(Dr. Walter Scheuerl)

fünfzig, wenn nicht hundert, von denen wir heute nicht sagen können, dass es dort zumutbare Mittags- und Nachmittagsverhältnisse gibt. Stimmen Sie dafür, wie in unserem Antrag gefordert, dass mindestens eine Übergangsregelung für das Kita-Gutschein-System eingerichtet wird, damit die Kinder – und das sind konkrete Kinder, konkrete Familien –, bis die Schulen fertig sind, weiter in ihren Hort gehen können. Das ist zumutbar.

Herr Senator Rabe, Sie haben für morgen wieder eine Pressekonferenz angekündigt; die betrifft eigentlich das Sitzenbleiben, also ein anderes Thema. Sie sind doch aber ein Meister darin, mit schnellen, positiven Botschaften Schlagzeilen zu setzen. Nehmen Sie diesen 15 300 Kindern, das sind kleine Kinder, die im Moment nicht wissen, wie es nach den Sommerferien weitergeht, und deren ungefähr 30 000 Eltern die Sorge. Sagen Sie: Wir stellen ein Übergangssystem sicher, das gilt vielleicht für ein Jahr oder für zwei Jahre, aber wir machen einen sauberen, qualitativ hochwertigen Übergang. Das haben die Kinder verdient, das haben Hamburgs Schulen verdient und die Kita-Träger haben es auch verdient. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Jürgens.

Hildegard Jürgens SPD:* Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Eine von Ihnen geforderte Parallelförderung, Herr Scheuerl, ist nicht umsetzbar. Bereits 2010 und 2012 wurden neue Ganztagsangebote eingerichtet und keine Horte geschlossen. Eine Verlängerung über den Sommer 2013 hinaus wird es nicht geben. Diese Umstellung ist seit Anfang 2012 bekannt. In diesem Zusammenhang von einer Zeit der Ungewissheit zu sprechen, ist unehrenhaft.

(Beifall bei der SPD)

Leider steht uns auch kein Zauberer mit seinen Fähigkeiten und keine Jeannie mit Augenzwinkern zur Umsetzung und Finanzierung zur Verfügung. So sind wir aufgefordert, eine Umstrukturierung im Hortbereich vorzunehmen. Für den Hortbereich gab es bis jetzt einen Kita-Gutschein. In die Ganztagschule kann jedes Kind gehen. Diese neuen Angebote werden von vielen Kindern genutzt, die bisher keinen Hortplatz hatten, die Betreuung aber unbedingt benötigen. Es handelt sich hierbei nicht um 50, sondern um 15 000 Kinder. Durch die Nutzung der am Nachmittag leerstehenden Schulgebäude durch die Hortträger verringern sich die Gebäudekosten wesentlich. Diese sogenannten faktischen Einsparungen werden genutzt, um mehr Nachmittagsangebote zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Gleichzeitig hat Herr Senator Rabe statt der 80 Millionen Euro des Vorgängersenaats 115 Millionen Euro für die Ganztagsangebote und Horte an den Schulen zur Verfügung gestellt. Dieses Geld wird verwendet für sozial gestaffelte Zuschüsse zum Mittagessen statt fester Preise, den Stellenausbau zur Planung und Organisation der Ganztagsangebote in den Schulen, mehr Erzieher pro Gruppe und den Neubau von Kantinen. Auf diese Weise können statt 20 000 Kinder künftig 30 000 Kinder, also 10 000 Kinder mehr, in den Genuss von Ganztagsangeboten kommen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion lehnt die Überweisung Ihres Antrags ab, wie auch den Antrag selbst. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verehrte Frau Jürgens, wissen Sie, was ich schade finde? Dass Sie krampfhaft versuchen, alles erst einmal schönzureden.

(*Sören Schumacher SPD:* Ich find's gut, dass Sie hier Kopfnote verteilen!)

Sie kommen wieder mit den Geldern, die in die Ganztagsbetreuung investiert werden.

(*Urs Tabbert SPD:* Und Sie reden hier alles schlecht!)

Es geht doch nicht darum, dass wir gegen die Ganztägige Bildung und Betreuung sind. Es geht darum, wie die Situation im Moment real aussieht. Ich finde es schade, dass Sie die Sorgen der Eltern nicht ansprechen und als SPD nicht ernst nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Dr. Walter Scheuerl CDU*)

Bei der Halbzeitbilanz haben wir am Ende auch den Schlenker zur Schulpolitik gefunden, und dazu gehört natürlich die Ganztägige Bildung und Betreuung. Man muss hier wirklich feststellen, dass der SPD-Senat nach zwei Jahren noch keine voll überzeugende Leistung abgeliefert hat.

(*Sylvia Wowretzko SPD:* Das müssen Sie aber erst einmal aufbauen!)

– Es ist erst im Aufbau, genau, Sie sagen es doch selbst. Dann sehen Sie aber auch, dass es dort noch Lücken gibt.

Deswegen ist der CDU-Antrag in seiner Intention durchaus berechtigt, weil die Eltern Sorgen haben, wo und vor allen Dingen wie ihre Kinder ab August nachmittags betreut werden sollen. Die Baustellen

(Christiane Blömeke)

zur Umsetzung dieser Ganztägigen Bildung und Betreuung sind groß und die Taten des Senats, wie ich und meine Fraktion meinen, noch zu klein. Viele Eltern haben sich gerade in der jüngsten Vergangenheit, und zwar bei den Hortträgern, über das Mittagessen und über die räumliche Situation beklagt. Wir wissen alle, und das weiß auch die SPD-Fraktion, dass die Umbauten ihren Planungen weit hinterherhinken und dass abzusehen ist, dass im Sommer etliche Schulen noch nicht so umgebaut sind, wie wir es uns sicherlich alle wünschen. Es gibt aber eine noch größere Schwierigkeit, und die will ich auch deutlich erwähnen, das ist die Betreuung der Kinder am Nachmittag. Es fehlt dermaßen an Erzieherinnen und Erziehern, dass manche Schulen jetzt schon zu dem Notnagel greifen und Eltern für Honorar zur Betreuung der Kinder in die Schulen holen. Das macht deutlich, dass der Senat gefordert ist, wirklich Lösungen zu entwickeln. Die Eltern wollen bei der Nachmittagsbetreuung nicht das Gefühl haben, dass ihre Kinder nur aufbewahrt werden. Sie wollen wissen, dass es ihren Kindern gut geht, und sie wollen auch mit einem guten Gefühl zur Arbeit gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN, vereinzelt bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Eine Lösung für die Übergangsphase ist daher eine durchaus berechtigte Forderung, denn in der Übergangsphase sieht es noch nicht rosig aus. Das, Frau Jürgens, hätte ich bei aller Vehemenz, mit der Sie die Investitionen für die Ganztägige Bildung und Betreuung dargestellt haben, von Ihnen auch einmal gern gehört.

Ich kann aber auch nicht mit dem CDU-Antrag einverstanden sein. Der CDU-Antrag zeigt Lösungen auf, die nicht im Sinne der GRÜNEN sind oder aber der Faktenlage nicht entsprechen. Deswegen ist dieser Antrag – darauf komme ich gleich noch im Einzelnen – im weitesten Sinne für uns nicht zustimmungsfähig.

(*Sören Schumacher SPD*: Ach, Mensch!)

Unter anderem fordert die CDU neue Verhandlungen der Behörde mit den Kita-Trägern, damit bei räumlichen Problemen weiterhin Horte der benachbarten Schulen, also die benachbarten Kitas, genutzt werden können. Das hat Herr Dr. Scheuerl eben ausgeführt, aber das ist bereits Vertragslage. Ein Blick in den Landesrahmenvertrag zeigt, dass Paragraph 4 genau das aussagt. In Paragraph 4 steht nämlich, dass dort, wo die räumliche Situation noch nicht ausreichend umgesetzt ist, die Schulen zur Kooperation mit den benachbarten Kitas aufgefordert sind beziehungsweise dazu, Räume zu nutzen, die in der Nachbarschaft der Schule liegen. So muss ich leider der CDU-Fraktion attestieren, dass sie den Rahmenvertrag anscheinend nicht richtig gelesen hat. Dieser Antragspunkt ist deswegen überflüssig.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Nun komme ich noch zum dritten Punkt des CDU-Antrags. Eine Fortsetzung des Gutscheinsystems am Nachmittag lehnen wir ebenfalls ab. Wenn die Umbauten der Schulen noch nicht beendet sind und die Kinder weiterhin die Horträume ihrer Kita oder des anderen Trägers nutzen, dann erfordert das nicht die Vergabe von Gutscheinen, sondern die Finanzen aus dem Schuletat können dafür eingesetzt werden. Das Geld für die Kita-Träger kommt dann von der Schulbehörde. So haben wir es verstanden. Deswegen ist auch dieser dritte Punkt des CDU-Antrags fachlich einfach nicht richtig.

Von daher macht der CDU-Antrag zwar eine wichtige Debatte auf und zeigt auch deutlich, dass der Senat hier noch nicht zufriedenstellend gearbeitet hat, aber es macht nur Sinn, der ersten Forderung der CDU zuzustimmen, nämlich zu prüfen, an welchen Schulen bis zum Sommer die baulichen Voraussetzungen erfüllt sind und an welchen nicht. Bei den anderen beiden Punkten hat die CDU leider nicht sauber gearbeitet, und daher können wir nur Punkt 1 zustimmen. Die Debatte aber ist sehr wohl richtig, und die müssen wir auch weiterführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau von Treuenfels.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Angebote steigen auf Rekordniveau, hieß es vergangene Woche aus Ihrer Behörde, Herr Senator Rabe. Rekordniveau stimmt, nur leider auf andere Weise, als Sie das wahrscheinlich meinen, denn Quantität sagt noch lange nichts über Qualität aus. Es besteht ein Rekordniveau in Bezug auf Schulen, die noch keine Kantine haben und in denen die Kinder in Schichten teilweise auf dem Flur essen. Es besteht auch ein Rekordniveau in Bezug auf Schulen, die noch gar nicht die notwendigen Räumlichkeiten haben, um eine Nachmittagsbetreuung vernünftig durchzuführen. Und es besteht ein Rekordniveau bei der Unzufriedenheit der Eltern, die nicht nur befürchten, sondern auch oftmals schon erleben, dass die Nachmittagsbetreuung an Schulen schlechter ist als im Hort. Nun hören wir immer wieder von Ihnen, Herr Senator Rabe, die Eltern seien so unglaublich zufrieden. Die Anmeldezahlen würden das bestätigen, doch die Anmeldezahlen geben Ihnen nur vordergründig recht, denn die Eltern haben schlichtweg keine andere Wahl mehr. Wer sein Kind an einer GBS-Schule angemeldet hat, hat schon jetzt keinen Anspruch mehr auf einen Kita-Gutschein. Für alle anderen gilt, dass es ab dem nächsten Schuljahr die Horte wohl gar nicht mehr geben wird.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels)

Der Ausbau der Ganztagsangebote an Schulen entspricht den Wünschen vieler Eltern. Elternwunsch ist aber auch, dass ihre Kinder nachmittags gut betreut sind. Offenbar haben daran viele Eltern noch Zweifel, und zwar sehr berechnete, wie wir finden. Wenn Eltern aber sicher sein können, dass es nachmittags ein zufriedenstellendes Angebot gibt, dann werden sie diese Angebote auch annehmen. Ich denke, dass wir uns hier alle einig sind, wir wollen einen qualitativ guten Ausbau der Ganztagschule. Dafür müssen aber zunächst die Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine gute und qualitative Nachmittagsbetreuung garantieren. Deshalb unterstützt die FDP-Fraktion den Vorschlag der CDU, für einen Übergangszeitraum die Horte offenzuhalten und Kita-Gutscheine zu genehmigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Schwarz-Grün das Thema GBS im Innenausschuss diskutiert hat, waren wir LINKE bezüglich der Umsetzung die Ersten,

(*André Trepoll* CDU: Sie waren noch nie die Ersten!)

die darauf hingewiesen haben, dass es ein wichtiges Konzept ist und dass es, wie es damals Schwarz-Grün vorhatte, ohne zusätzliche Mittel nicht umsetzbar ist. Auf Druck der Öffentlichkeit, der Eltern und der Beschäftigten, des Hort-Bündnisses und auch von uns LINKEN hat der SPD-Senat umgesteuert, was ich auch für wichtig gehalten habe, wenn es auch nicht so war, wie wir es uns alle gewünscht haben. Was ich aber kritisch sehe, das gilt auch bezogen auf den CDU-Antrag, dass der Senat wie zu Beginn die Träger, den Sozialraum, die Betroffenen nicht ganz mitnimmt, sondern in der Regel Dinge ankündigt, ohne sie mit denen abzusprechen.

Bezüglich der Frage, an welchen Standorten Ganztägige Bildung und Betreuung noch nicht umsetzbar ist, möchte ich nach Informationen, die ich habe, folgende Schulen erwähnen.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

In der Anna-Susanna-Stieg-Schule, der Albert-Schweitzer-Schule, der Schule Rotenhäuser Damm, der Schule Neuland oder in Altrahlstedt sind noch keine konkreten GBS-bezogenen Konzepte umsetzbar. Der Senat hatte sich vorgenommen, alles schnell umzusetzen, um gleichzeitig die Ungerechtigkeit beim Kita-Gutschein-System, wo Berufstätigkeit der Eltern bei der Vergabe von Hortplätzen im Vordergrund steht, abzubauen.

Jetzt tauchen zwei Probleme auf. Erstens: Ich bin nicht ein Fan von Herrn Scheuerl

(*Dora Heyenn* DIE LINKE: Nein? – *Olaf Ohlssen* CDU: Warum das denn nicht?)

oder von CDU-Anträgen,

(Beifall bei der LINKEN)

aber in einem Punkt muss ich dem CDU-Antrag recht geben. Der Senat hat mit den betroffenen Trägern keine Gespräche geführt, aber das Ergebnis offengelassen. Die Träger müssen aber Sicherheit und die Möglichkeit haben, Hortplätze langfristig einplanen zu können.

Zweitens soll die GBS alle Kinder mitnehmen, was ich für richtig halte, aber das Problem ist, dass in den Schulen, die noch keine GBS haben, Gutscheine nur vergeben werden, wenn beide Elternteile berufstätig sind. Herr Rabe und der Bürgermeister haben erwähnt, dass man allen Kindern die gleichen Chancen gibt, aber hier werden Kinder, bei denen ein Elternteil nicht berufstätig ist, immer noch ausgegrenzt. Daher fordern wir den Senat auf, eine Lösung zu finden, damit auch diese Kinder eine Ganztagsbetreuung über das Gutscheinsystem genießen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist wichtig, schnell mit den Trägern und den betroffenen Eltern zu sprechen, um zu einer Lösung zu kommen. Wie Sie wissen, haben Sie unsere Unterstützung, wenn es um Menschen und etwas Gutes geht, aber diese beiden Punkte werden wir kritisch begleiten und das nicht einfach so stehen lassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau von Berg, Sie haben das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Vorbereitung auf die heutige Debatte habe ich mir die Mühe gemacht, noch einmal ein bisschen in alten Anfragen aus der letzten Legislaturperiode zu stöbern. Der damalige Abgeordnete und jetzige Senator Rabe – er wird sich noch gut daran erinnern – hat damals sehr viele Anfragen zur Ganztägigen Bildung und Betreuung gestellt, die ja ein schwarz-grünes Projekt war. Er hat unter anderem die überhastete Einführung und dadurch einen Mangel an Qualität, schlechtes Essen, unklare Essensversorgung und zu wenig Räumlichkeiten moniert und auch, dass die Lehrkräfte nicht am Essen teilnehmen. Das Ganze stand unter der Überschrift GABI oder: GAnz Billig; wir erinnern uns alle noch daran.

(*Dr. Melanie Leonhard* SPD: Und deswegen gibt es jetzt schon 30 Millionen Euro mehr!)

(Dr. Stefanie von Berg)

Ich habe mittlerweile mit einer ganz anderen – wie Herr Scheuerl so schön sagen würde: real existierenden – Gabi gesprochen, nämlich mit einer Mutter, mit Gabriele Ellerbeck; vielleicht erinnern Sie sich noch an die öffentliche Anhörung. Sie hat stellvertretend für alle Eltern über die Situation an der Schule Lutterothstraße gesprochen. Ich kann noch einmal wiederholen, welche Probleme wir zurzeit haben. Es sind exakt die Probleme, die der damalige Abgeordnete Rabe aufgezählt hat, die er als Senator jedoch genau so in die Schulen geholt hat: Fachkräftemangel – Frau Blömeke hat es schon angesprochen –, große Unzufriedenheit mit dem Essen, die im Zentrum der Kritik steht, ungenügende Räumlichkeiten und unklare Betreuungsverhältnisse. Ein weiteres hausgemachtes Problem ist hinzugekommen, dass nämlich die Eltern sich viel zu früh festlegen müssen, wie sie die Betreuungssituation regeln wollen.

Meine Damen und Herren! Hier zeigt sich die mangelnde Qualität des Umsetzens der aktuellen Herausforderungen in der Politik. Das, was an Problemen in der letzten Legislaturperiode aufgezeigt wurde, wird in dieser Legislaturperiode überhaupt nicht umgesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Dr. Melanie Leonhard SPD*: Das stimmt ja gar nicht!)

Die politische Gefahr dabei ist, dass es ein Rollback geben wird, ein Zurückgehen der Akzeptanz von Ganztagschulen. Wir als GRÜNE stehen fest zu den Ganztagschulen und unterstützen diesen Weg auch. Das Problem ist aber, dass durch die schlechte Qualität in den Schulen mit Ganztägiger Bildung und Betreuung die Akzeptanz sinkt. Ganztagschulen sind ein wichtiges Instrument zur Herstellung von Bildungsgerechtigkeit. Für uns GRÜNE zählt nicht die Herkunft, sondern für uns zählt die Zukunft der Kinder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses Ziel kann jedoch nicht erreicht werden, wenn die Ganztagschulen pervertiert werden zu vormittags Unterricht, nachmittags Aufbewahrung. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/6903 federführend an den Schulausschuss und mitberatend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Die Fraktion der GRÜNEN möchte diesen Antrag zifferweise abstimmen.

Wer möchte sodann Ziffer 1 des CDU-Antrags aus Drucksache 20/6903 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 2 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 2 abgelehnt.

Wer möchte sich Ziffer 3 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 3 abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 4 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 4 abgelehnt.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 12 auf, das ist die Drucksache 20/6863, Senatsantrag: Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherungsverwahrung und der Therapieunterbringung.

[Senatsantrag:

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherungsverwahrung und der Therapieunterbringung – Drs 20/6863 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung überweisen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Tabbert, Sie haben es.

Urs Tabbert SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da meine Fraktion, wie sich das bei einem Gesetz gehört, ohnehin die Verweisung an den Justizausschuss beantragt, wo wir noch ausreichend Zeit für intensive Fachdebatten haben werden, möchte ich mich heute nur auf einige wesentliche Punkte beschränken.

Mit der Umsetzung des Staatsvertrags zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherungsverwahrung und der Therapieunterbringung wird das gemacht, was politisch im Grundsatz von fast allen Seiten gefordert wird. Es ist ein weiterer erfolgreicher Schritt in Richtung Nordkooperation.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesem Schritt tragen wir den Notwendigkeiten Rechnung, die sich aus der in diesem Hause schon vielfach diskutierten Bundesverfassungsgerichtsentscheidung vom 11. Mai 2011 ergeben. Das heißt, wir erzeugen damit Synergieeffekte, die

(Urs Tabbert)

sowohl im Interesse Hamburgs als auch im Interesse Schleswig-Holsteins sind.

(Olaf Ohlsen CDU: Gilt das auch für die Mitmenschen?)

Am Ende des Tages machen wir übrigens auch das, was zum Beispiel die CDU-Fraktion in der Drucksache 20/623 in dieser Legislaturperiode gefordert hat, nämlich die Einrichtung einer länderübergreifenden Anstalt zur Sicherungsverwahrung.

(Beifall bei der SPD)

– Da dürfen Sie auch klatschen.

Im Hinblick auf die heutige Debatte habe ich mir auch die Reden im Schleswig-Holsteinischen Landtag zu diesem Thema angeschaut und zu meiner Freude festgestellt, dass die Mehrheit der Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag das Zustandekommen des Staatsvertrags ausdrücklich begrüßt. Im Übrigen tut das auch Ihr Parteikollege Herr Peters, lieber Herr Müller; das sage ich an dieser Stelle schon einmal präventiv.

Worum geht es in der Sache? Hamburg stellt dem Land Schleswig-Holstein zunächst bis zu elf – im Übrigen bereits vorhandene – Plätze für den Vollzug der Sicherungsverwahrung für männliche erwachsene Personen im Hamburger Vollzug zur Verfügung, wobei die hier in Hamburg Untergebrachten aus Schleswig-Holstein grundsätzlich nach Schleswig-Holstein entlassen werden. Das heißt auch, dass sie vor der endgültigen Entlassung in eine Einrichtung des Landes Schleswig-Holstein zurückverlegt werden. Auch für entlassene Sicherungsverwahrte aus Hamburg soll unter bestimmten Voraussetzungen diese Möglichkeit eröffnet werden. Für die Kosten der für die schleswig-holsteinischen Sicherungsverwahrten vorgehaltenen Plätze – diese werden bisher von Hamburg finanziert – muss auch, wenn diese nicht belegt sind, in Zukunft das Land Schleswig-Holstein aufkommen, wobei Schleswig-Holstein dadurch mehrere Millionen Euro für den Bau einer eigenen Einrichtung spart.

Allerdings drängt die Zeit, denn das Bundesverfassungsgericht hat uns in der bereits zitierten Entscheidung zum Abstandsgebot, das zwischen Sicherungsverwahrten und normalen Gefangenen einzuhalten ist, nur bis zum 31. Mai 2013 Zeit gegeben.

(Antje Möller GRÜNE: Das ist doch schon anderthalb Jahre her!)

Bis dahin ist es nicht mehr lange, und ich hoffe von daher, dass auch die Opposition diese wichtige gesamtgesellschaftliche Frage konstruktiv begleitet.

(Beifall bei der SPD)

Letztlich geht es darum, zeitgerecht die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen und vor allem auch darum, das Land Schleswig-Hol-

stein nicht im Regen stehen zu lassen. Denn kommen wir nicht zu einer Umsetzung des Staatsvertrags bis zum 31. Mai 2013, wäre völlig unklar, was mit den Sicherungsverwahrten aus Schleswig-Holstein geschehen sollte. Eine alternative verfassungskonforme Unterbringung wäre dann jedenfalls nicht sicher gewährleistet.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das fällt Ihnen aber spät ein!)

Das sei auch denjenigen Zweiflern und Mahnern gesagt, die die Verfassungsmäßigkeit der Einrichtung für Sicherungsverwahrte in Fuhlsbüttel mit einem Fragezeichen versehen. Im Wesentlichen geht die heutige Unterbringung der Sicherungsverwahrten auf dem Gelände der JVA Fuhlsbüttel auf schwarz-grüne Regierungszeiten zurück und wurde von einem Justizsenator der CDU eingeweiht. Das ist natürlich noch keine Garantie dafür, dass alles verfassungskonform geplant und umgesetzt wurde,

(Farid Müller GRÜNE: Sie wissen es doch besser! – Antje Möller GRÜNE: Sie hatten zwei Jahre Zeit!)

aber die kritischen Fragen aus Richtung Schwarz-Grün sollten doch vor diesem Hintergrund des eigenen Handelns bewertet werden.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn immer wieder auf einen Beschluss des sachsen-anhaltinischen OLG Naumburg verwiesen wird, in dem in einem Obiter Dictum – für Nichtjuristen: das ist eine rechtlich nicht bindende Aussage – weder für Sachsen-Anhalt noch für uns in Hamburg Anregungen zur Raumgröße gemacht werden, so muss alleinige Messlatte für die Verfassungsmäßigkeit der Unterbringung Sicherungsverwahrter in Hamburg die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sein. Unserer Ansicht nach ist jedenfalls derzeit das Abstandsgebot in Fuhlsbüttel eingehalten. Davon konnten wir uns als Justizausschuss im Jahre 2011, also nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, bereits gemeinsam vor Ort ein Bild machen. Wir haben doppelt so große Räumlichkeiten wie im Strafvollzug vorgefunden, einen eigenen Sanitärbereich und großräumige Küchen. All das war vorhanden, und ich habe damals auch nicht den Eindruck gehabt, dass einer der Kollegen ernsthafte Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit hatte.

Wenn nun von Teilen der Opposition gefordert wird, vor der Umsetzung des Staatsvertrags müsse noch eine gemeinsame Justizausschusssitzung mit den Kollegen aus Schleswig-Holstein stattfinden, möglichst begleitet durch eine Expertenanhörung, dann habe ich damit nicht nur vor dem Hintergrund der vom Bundesverfassungsgericht gesetzten Umsetzungsfrist ein Problem, sondern auch im Hinblick auf die Sinnhaftigkeit eines solchen Vorgehens. Allein maßgeblich nach dem hier diskutierten

(Urs Tabbert)

Staatsvertrag ist nämlich hamburgisches Landesrecht, und deswegen werden wir genau dieses geplante Landesrecht im Justizausschuss der Bürgerschaft einer Expertenanhörung unterziehen. Ein millimetergenauer Abgleich zweier Landesgesetze, die ohnehin für unterschiedliche Gebiete gelten, bringt uns aber nicht wirklich weiter und kostet nur wertvolle Zeit.

(Beifall bei der SPD)

Unser Vorschlag ist daher auch, den schleswig-holsteinischen Kollegen einen Besuch in der Unterbringung Fuhlsbüttel zu ermöglichen und sich dort gemeinsam mit ihnen ein Bild vor Ort zu machen; wir haben das schon gemacht, Herr Müller.

(Farid Müller GRÜNE: Ach so!)

Und eines ist doch klar: Sollte sich die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ändern, die im Übrigen bisher keine Angaben zur Raumgröße gemacht hat, werden wir die entsprechenden Vorgaben natürlich umsetzen, aber derzeit können wir Anregungen, wie sie das OLG Naumburg gemacht hat, der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht entnehmen.

Alle Kritiker des von mir nun vorgeschlagenen Vorgehens mögen dann gleich aufzeigen, welche Alternativen sie dafür bereithalten, fristgerecht bis zum 31. Mai 2013 den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts auf dem Gebiet der Sicherungsverwahrung zu entsprechen; Realitätsverweigerung ist jedenfalls keine Alternative. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Trepoll, Sie haben das Wort.

André Trepoll CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Fast zwei Jahre ist es her, dass das Bundesverfassungsgericht die bis dahin praktizierte Unterbringung von Sicherungsverwahrten mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärt hat. Es hat gleichzeitig Bund und Länder aufgefordert, Regelungen zur Wahrung des Abstandsgebots zu schaffen. Hamburg hat daraufhin entschieden, in Fuhlsbüttel einen Trakt so umzubauen, dass das Abstandsgebot eingehalten werden kann. Ich konnte mir davon in der letzten Woche auch noch einmal persönlich einen Eindruck verschaffen. Das wurde gut, ausreichend und vor allen Dingen rechtzeitig umgesetzt – das Lob von Ihnen, Herr Tabbert, nehme ich dankend entgegen. Die Zellen sind in etwa doppelt so groß und auch besser ausgestattet als im normalen Strafvollzug. Die teilweise überzogenen Forderungen der Sicherungsverwahrten sind aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar und entbehren hoffentlich auch zukünftig jeder rechtlichen Grundlage.

Meine Damen und Herren! Der jetzt vom Senat vorgelegte Entwurf über das Gesetz zum Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherungsverwahrung und der Therapieunterbringung ist jedoch wahrlich kein großer Wurf. Viele Fragen sind aus unserer Sicht noch offen. Dazu kommt, dass dieser Staatsvertrag vom Senat – das liegt in der Natur der Sache – ausgehandelt wurde, ohne die Bürgerschaft im Vorwege zu beteiligen. Die Bürgerschaft muss dem Vertrag zwar noch zustimmen, Änderungen sind aber eher unwahrscheinlich. Besonders misslich ist natürlich, dass das Gesetz, nach dem die Unterbringungen stattfinden sollen, erst noch im Ausschuss beraten werden muss. Anders wäre es aber wahrscheinlich auch gar nicht möglich; das gehört zur Wahrheit auch dazu. Dabei gibt es mehrere Punkte, bei denen man das Verhandlungsergebnis zumindest hinterfragen kann, und das werden wir im Ausschuss auch tun. Eine Überweisung an den Justizausschuss zur weiteren Beratung ist sinnvoll und aus meiner Sicht auch geboten.

Schleswig-Holstein hat also eine für sich günstige Lösung gefunden, ihre Sicherungsverwahrten in Hamburg unterzubringen, denn ansonsten hätten Sie mindestens 7 Millionen Euro aufwenden müssen, um selbst eine Unterbringung zu schaffen und dabei dem Abstandsgebot zu entsprechen. Da ist es schon auch unsere Aufgabe, einmal die Frage zu stellen, warum sich Schleswig-Holstein dann nicht an den für Hamburg anfallenden Umbaukosten beteiligen wird. Ich finde, dass wir auch die Frage stellen müssen, ob die mit Schleswig-Holstein vereinbarten Kostenpauschalen wirklich ausreichen, um die bereits entstandenen Kosten – damit meine ich die Kosten für den Umbau – und die zusätzlich anfallenden Kosten ausreichend auszugleichen, oder ob dann Hamburgs Steuerzahler künftig für die Unterbringung der Sicherungsverwahrten aus Schleswig-Holstein mitbezahlen dürfen. Ich habe, genauso wie Sie, Herr Tabbert, die Debatte in Schleswig-Holstein verfolgt und auch noch einmal das Protokoll durchgelesen. Es ist schon interessant, dass bei dieser wichtigen Frage keine Fraktion im Landtag in Kiel gesagt hat, das wäre zu teuer. Da muss man als Hamburger dann schon einmal nachfragen. Es ist ein recht bemerkenswerter Vorgang, wenn sich dort keiner beschwert, dass wir ihnen das zu preisintensiv anbieten würden.

(Urs Tabbert SPD: Ja, weil sie 7 Millionen gespart haben; das haben Sie doch gesagt!)

Da müssen wir noch einmal schauen, ob dort richtig kalkuliert wurde.

Wieso wird Hamburg nicht an der Entscheidung beteiligt, welche Sicherungsverwahrten aus Schleswig-Holstein zukünftig in Hamburg unterge-

(André Trepoll)

bracht werden, und wieso hat Hamburg dabei kein Vetorecht? Vor einem Jahr hat das Ministerium in Schleswig-Holstein als Prognose für die Zahl der Plätze der Sicherungsverwahrten noch 20 genannt, jetzt haben wir elf. Da müssen wir also auch noch einmal nacharbeiten, was passiert, wenn ein höherer Bedarf da ist, und wie das dann abzulaufen hat. Am Ende stellt sich natürlich auch die Frage – Sie haben es angesprochen –, wie sicher es aus Sicht des Senats eigentlich ist, dass das vom Bundesverfassungsgericht verlangte Abstandsgebot den Gegebenheiten in Fuhlsbüttel entspricht – wir werden das mit dem zuständigen Gesetz beraten – und welche Vorkehrungen für den Fall getroffen sind, dass dies nicht so ist. Ein weiterer Punkt ist auch die Verteilung der Häftlinge. Schleswig-Holstein behält sich vor, einige in der Sozialtherapie in Lübeck unterzubringen, andere in der Sicherungsstation der JVA in Lübeck und wieder andere in Hamburg. Ich würde gerne wissen, nach welchen Kriterien da verteilt wird. Das müssen wir als Hamburger wissen, weil diese Menschen dann unter unserer Obhut stehen.

Es sind einige Fragen offen, und es gibt noch viele weitere, die vom Senat beantwortet werden müssen. Bevor wir endgültig entscheiden, werden wir den vorgelegten Staatsvertrag am Ende der Ausschussberatung bewerten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Müller, Sie haben das Wort.

Farid Müller GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir GRÜNE unterstützen eine verstärkte Kooperation mit Schleswig-Holstein, auch im justizpolitischen Bereich.

(Beifall bei *Antje Möller GRÜNE* und *Urs Tabbert SPD*)

Das ist durchaus keine Sache, die man immer gut hinbekommt mit den Nachbarländern.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Gib doch mal ein Beispiel!)

Wir halten allerdings den Staatsvertrag für verfrüht, und ich sage Ihnen auch, warum.

(*Urs Tabbert SPD:* Ihr Kollege nicht in Schleswig-Holstein!)

– Es mag sein, dass er aus schleswig-holsteiner Sicht gewisse Vorteile hat, aber wir müssen auch aus Hamburger Sicht beraten.

Ich sage Ihnen, warum wir den Staatsvertrag für verfrüht halten. Tatsächlich ist es so, dass die Unterkünfte in Fuhlsbüttel umgebaut wurden nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs, aber vor dem Urteil in Karlsruhe.

(*Urs Tabbert SPD:* Das steht da so nicht!)

Das Urteil in Karlsruhe hat sehr genau noch einmal definiert, was es vom Gesetzgeber in puncto Abstandsgebot erwartet. Das heißt, viele Regelungen konnten gar nicht vorhergesehen werden in diesem Ausmaß.

(*Urs Tabbert SPD:* Welche denn?)

Deswegen glauben wir, dass die juristische Sicherheit, die man damals beim Umbau hatte, heute per se gar nicht gegeben ist; ob das alles im Sinne von Karlsruhe war, werden wir noch sehen. Vor dem Hintergrund, dass dann auch noch mit der inzwischen beim Oberlandesgericht gelandeten Klage der Sicherungsverwahrten in puncto Ausstattung Sanitärbereich – so nennt es Schleswig-Holstein, wir haben es anders genannt im Gesetz – eine offene Frage im Raum steht, die kostenintensiv sein könnte, hat man schon einmal eine kleine Vorstellung davon, weshalb dieser Staatsvertrag in einigen seiner Regelungen tatsächlich verfrüht sein könnte. Es gibt Hinweise darauf – das finde ich wiederum gut –, dass dieser Staatsvertrag immerhin jährlich kündbar sein soll, und es gibt auch Verwaltungsvereinbarungen, die uns noch nicht vorliegen. Ich würde darum bitten, dass wir diese im Ausschuss beraten können, damit wir den Staatsvertrag im Falle entsprechender Urteile nicht mit einer Änderungskündigung beenden müssen, sondern das auf andere Weise korrigiert werden kann und wir in Hamburg im Zweifel nicht auf den Kosten sitzen bleiben.

Es gibt also viele Fragen. Deswegen ist es richtig, dass dieses Gesetz an den Justizausschuss überwiesen wird. Wegen der Verquickung mit dem Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz macht es Sinn, das mit einer Expertenanhörung zu verbinden. Das haben wir bisher im Ausschuss noch nicht beschlossen, ich würde aber dringend anraten, dass wir uns das gemeinsam mit Experten anschauen und nicht alleine.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *André Trepoll CDU*)

Eines noch zum Schluss. Erklärungsbedürftig ist ein Punkt – Herr Tabbert hat ihn angeführt und er steht auch so im Gesetz –, dass nämlich die Entlassung der Sicherungsverwahrten in Richtung Schleswig-Holstein erfolgen soll. Wir erinnern uns noch an die Debatten, die wir im alten Jahr zum Thema Unterkünfte für ehemalige Sicherungsverwahrte in Moorburg hatten. Es besteht Erklärungsbedarf seitens des Senats, was aus Moorburg werden soll, angefangen mit dem umgebauten Haus. Da sind viele Fragen und ich denke, nicht nur die Moorburger verdienen Antworten.

Ich freue mich auf die Ausschussberatung. Die Anregung, das mit Schleswig-Holstein gemeinsam zu beraten, habe ich ernst gemeint. Wenn man wirklich will, dass man in einer Frage, die beide Länder

(Farid Müller)

betrifft, kooperiert, dann kann man auch noch eine gemeinsame Expertenanhörung hinbekommen oder parallele Ausschusssitzungen für die Auswertung machen. Da gibt auch das Argument nichts her, es sei ega, was Schleswig-Holstein mache, weil wir ein eigenes Gesetz hätten, nach dem die Sicherungsverwahrten auch verwahrt werden. So einfach kann man es sich nicht machen, denn natürlich möchte der schleswig-holsteinische Gesetzgeber nicht, dass die ihm anvertrauten Sicherungsverwahrten in Schleswig-Holstein anders behandelt werden als die, die er nach Hamburg gibt. Wenn Sie das so in den Raum stellen würden, würde ich mich sehr wundern; das hätte dann nichts mehr mit einer positiven Nordkooperation zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau von Treuenfels, Sie haben das Wort.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eines ist bei diesem Staatsvertrag zur Sicherungsverwahrung sicher, nämlich dass ziemlich viel noch unsicher ist zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Das beginnt schon bei der Zahl der in Hamburg unterzubringenden Sicherungsverwahrten. Die ist naturgemäß nicht genau planbar, weswegen Hamburg in der JVA Fuhlsbüttel seit 2011 immerhin 31 Plätze vorhält. Was dieser Staatsvertrag jedoch nicht sicher regelt, sind die zwei zwingenden Folgefragen: Was passiert, wenn nicht nur 18 Plätze belegt sind wie zurzeit, sondern alle? Wer hat das Erstunterbringungsrecht, wenn beide Länder mehr Unterbringungsbedarf haben, Hamburg, wie es vielleicht normal wäre, oder Schleswig-Holstein? Alles unsicher, alles ungeklärt in diesem Vertrag.

Genauso verhält es sich mit den Kosten. 250 Euro werden Schleswig-Holstein für genutzte und 230 Euro für nicht genutzte, sozusagen reservierte Plätze berechnet. Dies ist aber nur eine Teilkostenregelung, wie der Senat selbst in einer Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage der FDP-Fraktion mitteilt. Was ist mit den Vollkosten? Was ist mit besonderen Fällen, die zusätzliche Kosten verursachen? Das werde im Einzelfall verhandelt, sagt der Senat, und lässt damit offen – also im Unsicheren –, ob Hamburg am Ende nicht für die Sicherungsverwahrten aus Schleswig-Holstein zuzahlen muss.

So unvorteilhaft für Hamburg sieht es auch bei der Auswahl der Untergebrachten aus, die Schleswig-Holstein hierher schickt. Kiel entscheidet, wer kommen soll; Hamburg kann nur hinnehmen.

In diesem etwas nachteiligen Stil der Unsicherheit geht es weiter bis hin zu der schon im "Hamburger Abendblatt" öffentlich diskutierten Frage, welche

Standards gelten müssen. Zellen mit Dusche oder ohne, auch das ist zwischen Kiel und Hamburg offenbar nicht geregelt. Das ist aber keine Petitesse; natürlich ist das für die Unterzubringenden höchst relevant. Deshalb hat auch schon eine juristische Auseinandersetzung begonnen, deren Ausgang unsicher ist, so unsicher wie die generelle Beurteilung der Ausgestaltung der Sicherungsverwahrung, besonders bezogen auf das Abstandsgebot. Auch hier werden am Ende wohl Gerichte urteilen – der nächste Unsicherheitsfaktor.

(*Urs Tabbert SPD:* Sollen wir das abwarten?)

Deshalb bleibt der FDP-Fraktion nur das Resümee: Viele Punkte sind offen und müssen geklärt werden. Und wieder unsere Bitte: Beteiligen Sie das Parlament doch rechtzeitig und nicht erst gegen Ende des Prozesses. Das fordert die FDP bei allen Staatsverträgen immer wieder und es bewahrheitet sich auch hier. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Schneider, Sie haben das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Herr Tabbert, Sie brauchen sich nicht zu beschweren, dass die Zeit pressiert; Sie hätten das alles ein bisschen früher regeln können. Und schieben Sie das bitte nicht auf die Bundesebene, da war Hamburg die ganze Zeit in der Verantwortung.

Wenn Sie, also Senat und Mehrheitsfraktion, das aber nun schon so spät machen, verstehe ich ehrlich gesagt nicht, warum wir heute den zweiten Schritt vor dem ersten machen sollen. Wir diskutieren jetzt im Plenum den Staatsvertrag mit Schleswig-Holstein über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherungsverwahrung und Therapieunterbringung, der im Wesentlichen vorsieht, dass bis zu elf Sicherungsverwahrte aus Schleswig-Holstein in der JVA Fuhlsbüttel verwahrt werden. Wir haben den Gesetzentwurf über den Vollzug der Sicherungsverwahrung und die entsprechende Anpassung an die verschiedenen Justizvollzugsgesetze bereits an den Justizausschuss überwiesen und werden das dort auch hoffentlich gründlich diskutieren. Ich weiß also nicht, was die heutige Debatte eigentlich klären soll, weil wir über die Bedingungen, unter denen die Sicherungsverwahrung in Hamburg künftig stattfinden soll, überhaupt noch nicht gesprochen haben. Wie können wir denn heute sinnvoll über das Für und Wider der Aufnahme von Sicherungsverwahrten aus Schleswig-Holstein sprechen? Bevor wir darüber reden, ist doch zu klären, ob der Vollzug der Sicherungsverwahrung zukünftig so ausgerichtet werden wird, wie es das Bundesverfassungsgericht fordert, nämlich therapieorientiert und freiheitsorientiert. Werden,

(Christiane Schneider)

wie es der Rechtsanspruch eines jeden Sicherungsverwahrten ist, speziell auf ihn zugeschnittene Therapieangebote gemacht? Wie wird das für Menschen sichergestellt, die aus Schleswig-Holstein kommen und nicht aus dem Hamburger Strafvollzug, die man daher auch nicht lange kennt? Wie wird der Personalschlüssel aussehen? Wird es ausreichend gut qualifiziertes und hoch motiviertes Personal geben? Wird es feste multidisziplinäre Teams geben, die die notwendige Arbeit mit den betroffenen Personen leisten? Wie wird das gewährleistet? Das sind Fragen, die zuallererst interessieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Werden die Mittel der Sozialtherapeutischen Anstalt verstärkt oder wird die Aufnahme von Sicherungsverwahrten aus Schleswig-Holstein zulasten von Hamburger Strafgefangenen geschehen? Auch diese Frage interessiert.

Vielleicht können Sie, Frau Senatorin, falls Sie gleich sprechen sollten, davon berichten, wie sich die Verhandlungen nicht nur mit Schleswig-Holstein, sondern auch mit Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg über einen Behandlungsverbund in der Sicherungsverwahrung entwickeln. Wie man lesen konnte, werden nämlich Verhandlungen mit dem Ziel geführt, in den beteiligten Ländern Behandlungsschwerpunkte zu bilden, in denen Sicherungsverwahrte mit entsprechendem Bedarf aus dem Verbund zusammengefasst werden. Das erscheint uns durchaus sinnvoll, aber welche Auswirkungen hätte ein solches Ergebnis auf den Staatsvertrag? Das will ich nur einmal am Rande angemerkt haben.

Unmittelbar interessiert mich aber, wie das Leben in der Sicherungsverwahrung konkret den allgemeinen Lebensverhältnissen angepasst wird. Natürlich können wir uns gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus Schleswig-Holstein gerne noch einmal vor Ort über Größe und Ausstattung der Zellen und das Abstandsgebot informieren, aber ich sage gleich: Mit der Größe und einem gewissen Mindeststandard bei der Ausstattung der Zellen ist es bei Weitem nicht getan, was die Angleichung des Lebens in der Sicherungsverwahrung an die allgemeinen Lebensverhältnisse betrifft.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Ich glaube, Sie stören die anderen beim Reden! – Gegenruf von Olaf Ohlsen CDU: Was ist denn jetzt los?)

– Das ist jetzt wirklich heftig, Herr Ohlsen. Ich freue mich, dass Sie wieder zuhören.

(Olaf Ohlsen CDU: Immer gerne!)

Für die Sicherungsverwahrten soll dem Gesetzentwurf über den Vollzug zufolge die Arbeitspflicht abgeschafft werden; das ist gut. Sie sollen aber die

Möglichkeit zu sinnvoller Beschäftigung erhalten; das ist auch gut. Zugegebenermaßen ist die Beschäftigungsquote in der JVA Fuhlsbüttel mit 75 Prozent vergleichsweise gut; in Billwerder zum Beispiel beträgt sie nur 47 Prozent. Trotzdem stellt sich für uns die Frage, ob mit der Übernahme von Sicherungsverwahrten aus Schleswig-Holstein auch zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten in entsprechendem Umfang geschaffen werden oder ob die beabsichtigte Regelung sich zulasten von Strafgefangenen in Hamburg auswirkt.

Es gibt eine ganze Reihe solcher Fragen, die hier gar nicht erörtert werden können, die aber für eine wohlüberlegte Entscheidung für oder gegen den Staatsvertrag von zentraler Bedeutung sind. Deswegen freue ich mich, dass der Antrag an den Ausschuss überwiesen wird, und ich frage mich, warum Sie das unbedingt hier diskutieren wollten. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/6863 an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dem Überweisungsbegehren stattgegeben.

Ich rufe nun den Punkt 37 auf, das ist die Drucksache 20/6906, Antrag der CDU-Fraktion: Sonderaufbahn für IT-Experten bei der Polizei.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Sonderaufbahn für IT-Experten bei der Polizei
– Drs 20/6906 –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der GRÜNEN und der FDP an den Innenausschuss überweisen. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass die Debatte gestrichen wird. Wir kommen also ohne Debatte zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/6906 an den Innenausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so geschehen.

Nun rufe ich den Punkt 45 auf, das ist die Drucksache 20/6929, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Rezeptfreie "Pille danach".

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Rezeptfreie "Pille danach"
– Drs 20/6929 –]**

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)

Meine Damen und Herren! Ich kann das wirklich nur dann so aufrufen, dass Sie es auch verstehen, wenn Sie mir zuhören. Ich bitte also das Hohe Haus um Ruhe und die Abgeordneten in den Ecken, auch wenn da noch so wichtige Leute stehen sollten, nach draußen zu gehen, wenn Sie sich unterhalten wollen, und ansonsten der Debatte zu folgen.

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/7067 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Pille danach – rezeptfrei zugänglich machen
– Drs 20/7067 –]**

Beide Drucksachen möchte die FDP-Fraktion an den Gesundheitsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Schmitt, Sie haben es.

Heidrun Schmitt GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In 28 europäischen Ländern ist die sogenannte "Pille danach" rezeptfrei in Apotheken erhältlich. Frauen haben in diesen Ländern im Bedarfsfall einen schnellen und unkomplizierten Zugang zur nachträglichen Verhütung. Das wollen wir in Deutschland auch.

(Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und bei *Gabi Dobusch* und *Annkathrin Kammeyer*, beide SPD)

Tatsächlich ist es in Deutschland aber noch so, dass für Frauen, die plötzlich vor der Sorge einer ungewollten Schwangerschaft stehen, ein Hindernislauf beginnt. Eine Ärztin oder ein Arzt muss gefunden, ein Termin vereinbart und lange Wartezeiten in der Praxis müssen in Kauf genommen werden. Am Wochenende oder abends muss die Notfallambulanz aufgesucht werden, und selbst wenn die dann erreicht ist, bedeutet das noch nicht, dass es eine schnelle Verschreibung des Medikaments gibt. Dass insbesondere in katholischen Häusern Schwierigkeiten auftreten können, ist erst vor Kurzem durch die Abweisung einer mutmaßlich vergewaltigten Frau in Köln überdeutlich geworden. Auch in Hamburg hat das Marienkrankenhaus erklärt, dass die Verschreibung der "Pille danach" nicht zur regulären Versorgung gehört, sondern nur in Ausnahmefällen vorkommt.

Auch unabhängig von der konfessionellen Zugehörigkeit kommt es immer wieder zu einer mangelnden Versorgung. Eine bundesweite Befragung von pro familia zeigt die Schwierigkeiten deutlich. 40 Prozent der Beratungsstellen berichten von Versorgungsproblemen am Wochenende, 70 Prozent gaben überlange Wartezeiten in den Klinikambulanzen an und 40 Prozent der Befragten berichteten über moralische und teilweise abschätzige Bemerkungen des medizinischen Personals. Fast die

Hälfte berichtet davon, dass das Präparat erst nach unnötigen gynäkologischen Untersuchungen oder einem Schwangerschaftstest verschrieben wird und dass diese Untersuchungen den betroffenen Frauen dann auch noch in Rechnung gestellt werden. Einem Drittel der Befragten wurde die Verschreibung der "Pille danach" aufgrund fehlender Kenntnisse in den Notdienstzentralen verweigert. Diese Situation muss beendet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Die Verschreibungspflicht der "Pille danach" führt in Deutschland zu einer regelhaften Verzögerung der Einnahme und wird oft als abschreckend und erniedrigend von den betroffenen Frauen empfunden. Dabei kommt es bei der "Pille danach" in erster Linie darauf an, dass das Medikament möglichst schnell eingenommen wird. Mit jeder Stunde Verzögerung nimmt die Wirksamkeit ab. Die Rezeptpflicht bedeutet also für die betroffenen Frauen eine unnötige Erhöhung des Risikos einer ungewollten Schwangerschaft.

Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt, den Wirkstoff Levonorgestrel Mädchen und Frauen unverzüglich zugänglich zu machen. Mehrere Punkte sprechen für dieses Medikament. Es wird seit mehr als 30 Jahren verwendet und ist arm an Nebenwirkungen. Ähnlich der regulären Pille wird der Eisprung unterdrückt. Liegt eine Schwangerschaft bereits vor, wird der Fötus nicht geschädigt oder abgetrieben. Es ist immer wieder wichtig zu betonen, dass es sich um keine Abtreibungspille handelt. Zudem ist die Anwendung unkompliziert und leicht verständlich. Eine ärztliche Beratung ist wirklich nicht erforderlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neben der WHO hat sich 2002 das EU-Parlament für die Rezeptfreiheit stark gemacht und den Mitgliedsstaaten empfohlen, die "Pille danach" rezeptfrei zugänglich zu machen. Im Jahr 2003 hat sich das Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte für eine Aufhebung der Rezeptpflicht ausgesprochen. Man fragt sich: Woran hapert es eigentlich? Die Umsetzung in Deutschland hat nicht geklappt, weil die entsprechende Mehrheit im Bundesrat dafür nicht gegeben war – ein Problem, das heute mit der rot-grünen Mehrheit im Bundesrat nicht mehr besteht, worüber wir uns sehr freuen können.

(*Christiane Schneider DIE LINKE: Rot-rot-grün!*)

– Rot-rot-grün, okay, der Vollständigkeit halber.

Das Bundesgesundheitsministerium muss aber natürlich trotzdem noch mitspielen. Daher bin ich gespannt auf den Beitrag der Hamburger FDP zu dem Thema, weil ich heute im "Hamburger Abendblatt" lesen konnte, dass anscheinend vonseiten

(Heidrun Schmitt)

der CDU und der FDP die ärztliche Beratung immer noch als unentbehrlich empfunden wird.

(Kersten Artus DIE LINKE: Die sind ja auch von gestern!)

Eine Beratungspflicht für die betroffenen Frauen stellt vor allem eines sicher, nämlich dass wertvolle Zeit verloren geht und eine unnötige Hürde aufgebaut wird.

(Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Es steht für uns als Fraktion außer Frage, dass jede Frau das Recht und die Möglichkeit haben muss, über die Verhütung von Schwangerschaften selbst zu entscheiden. Dazu gehört auch der unkomplizierte Zugang zur "Pille danach". Der Zugang zu einer wirksamen und gut verträglichen Verhütungsmethode darf nicht von der persönlichen Ausdauer der Betroffenen beim stundenlangen Warten in der Notfallambulanz und nicht von der Inkaufnahme unnötiger Untersuchungen oder einem dicken Fell gegenüber Moralurteilen abhängen. Die "Pille danach" ist auf Basis des Wirkstoffes Levonorgestrel eine sichere und erprobte Form der Notfallverhütung und bedarf keiner Rezeptpflicht. Ich freue mich, dass die SPD in Hamburg unseren Antrag unterstützt und wir beim Thema "Pille danach" an einem Strang ziehen. Das zeigt auch Ihr Zusatzantrag, der im Petikum eine andere Formulierung enthält, im Ergebnis aber zur gleichen Forderung kommt. Deswegen stimmen wir dem natürlich auch zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Steppat hat jetzt das Wort.

Sabine Steppat SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist Zeit, die "Pille danach" von der Verschreibungspflicht zu befreien. Sie sollte endlich rezeptfrei in Apotheken erhältlich werden. Diese Position vertritt die SPD seit Langem; so hat die SPD-Bundestagsfraktion in einem Antrag vom 17. Oktober vergangenen Jahres Entsprechendes gefordert.

(Antje Möller GRÜNE: Na, so lange ist das ja auch noch nicht her!)

Wie wichtig die Realisierung dieser seit langer Zeit erhobenen Forderung ist, wurde uns vor Augen geführt, als einer jungen Frau nach einer Vergewaltigung in zwei Kölner katholischen Krankenhäusern die Behandlung und somit ein Rezept für die "Pille danach" verwehrt wurden. Bei einer Rezeptfreiheit wäre ihr das nicht passiert.

Derzeit sind zwei Präparate mit unterschiedlichen Wirkstoffen auf dem Markt. Unsere Forderung nach Rezeptfreiheit bezieht sich allein auf die Pille mit dem Wirkstoff Levonorgestrel. Diese muss in-

nerhalb von 72 Stunden nach dem Geschlechtsverkehr eingenommen werden. Die Verhinderung der Ovulation ist der maßgebliche Wirkmechanismus der "Pille danach". Wird sie rechtzeitig vor dem Eisprung eingenommen, dann verhindert das Hormon Levonorgestrel die Weiterentwicklung und Reifung des Eibläschens und/oder den Eisprung selbst. Die "Pille danach" hat also das Ziel, ungewollte Schwangerschaften und somit Schwangerschaftsabbrüche zu verhindern. Mit einer Abtreibung hat das gar nichts zu tun. Ist der Eisprung bereits erfolgt, verhindert die Pille nicht die Befruchtung. Voraussetzung der Verhinderung einer Schwangerschaft ist, wie gesagt, dass die "Pille danach" so früh wie möglich eingenommen wird. Nur wenn die Einnahme rechtzeitig erfolgt, wirkt sie auch sicher.

Und da liegt das Problem. Laut Umfragen bei jungen Frauen und nach Aussagen von Ärztinnen sehen sich Frauen mit zahlreichen Hindernissen konfrontiert, um die "Pille danach" zu erhalten. Es ist für die Frauen oft schwierig, innerhalb dieses engen Zeitfensters einen Termin in einer gynäkologischen Praxis zu bekommen, insbesondere gilt das für das Wochenende. Die Folge ist, dass die Frauen oftmals unter Zeitstress geraten, ein Krankenhaus oder eine Notfallpraxis aufsuchen müssen, weil ihnen die Zeit sonst davonläuft. Dort haben sie sich kostspieligen Untersuchungen zu unterziehen, die zwischen 150 und 200 Euro kosten. Hinzu kommt eine Ultraschalluntersuchung zum Preis von 35 Euro. Zum Teil fallen, nach Berichten der Frauen, abschätzige Bemerkungen durch das Personal in den Klinikambulanzen.

In mehr als 79 Ländern der Welt ist die "Pille danach" auf der Basis des Hormons Levonorgestrel seit vielen Jahren frei verkäuflich oder über die Apotheke zu erhalten. In Frankreich beispielsweise gibt es die rezeptfreie Abgabe seit 1999. Gute Erfahrungen mit der rezeptfreien Zurverfügungstellung wurden in den vergangenen 13 Jahren in insgesamt 28 Ländern Europas gesammelt.

Die Forderung nach der Rezeptfreiheit hat eine lange Historie. So hat sich das Europäische Parlament im Jahr 2002 dafür eingesetzt und, wie Frau Schmitt ausführte, der Sachverständigenausschuss des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte hat die Aufhebung der Verschreibungspflicht empfohlen. Die WHO hat 2010 eine Bewertung der "Pille danach" vorgenommen und ausgeführt – Zitat –:

"Die Anwendung der Levonorgestrel-Methode ist einfach und eine ärztliche Betreuung ist für eine korrekte Anwendung nicht erforderlich. Studien haben gezeigt, dass sowohl erwachsene als auch jugendliche Frauen die Informationen zur Anwendung leicht verstehen. Die Nachverhütungsmethode [...] wirkt nicht schädigend auf eine bereits bestehen-

(Sabine Steppat)

de Schwangerschaft. Nebenwirkungen sind selten und verlaufen in der Regel mild."

– Zitatende.

Für die "Pille danach" mit dem Wirkstoff Levonorgestrel existiert eine umfangreiche valide Datengrundlage, die demonstriert, dass sich im Falle einer Schwangerschaft weder für die Mutter noch für den Fötus Nebenwirkungen ergeben. In Langzeitstudien wurde der Verlauf von Schwangerschaften nach Levonorgestrel-Einnahme mit Schwangerschaften ohne Anwendung der "Pille danach" verglichen. Es wurden keine Unterschiede bei der Häufigkeit von Fehlgeburten, beim Geburtsgewicht, bei Fehlbildungen oder bei der Geschlechterverteilung festgestellt. Ein Einfluss auf eine bereits bestehende Schwangerschaft und auf Folgeschwangerschaften war in den Untersuchungen nicht ersichtlich.

Kurzum: Die "Pille danach" wird weltweit als Verhütungsmethode eingestuft. Ihr Wirkstoff ist auch in normalen Antibabypillen enthalten. Die Anwendung der "Pille danach" dient der Prävention einer Schwangerschaft nach ungeschütztem Sexualkontakt oder einer Verhütungspanne. Da es sich um ein hormonhaltiges Präparat handelt, besteht in Deutschland die Apothekenpflicht. Wir halten das auch für sinnvoll. Auf diese Weise findet vor der rezeptfreien Abgabe eine Beratung in der Apotheke statt. Zudem erachten wir es für sinnvoll, dass der Umgang mit der "Pille danach" nach Aufhebung der Rezeptpflicht evaluiert wird. Auch die aktuelle Bundesregierung hat mittlerweile festgestellt, dass in Bezugnahme auf europäische Untersuchungen keine arzneimittelrechtlichen Gründe gegen die Aufhebung der Rezeptpflicht für die "Pille danach" sprechen. Somit haben wir die Hoffnung, dass wir es über Bundestag und Bundesrat schaffen werden, die Notfallverhütung für Frauen zu erleichtern. Sollte die jetzige Regierung dabei nicht mitspielen, wird dies hoffentlich unter einer neuen rot-grünen Bundesregierung unter Peer Steinbrück ab Herbst 2013 gelingen,

(Zurufe aus dem Plenum)

denn die freie Verfügbarkeit der "Pille danach" hat große Bedeutung für die sexuelle Selbstbestimmung der Frauen. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu den beiden Anträgen, dem der GRÜNEN und dem der SPD. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Stemmann, Sie haben das Wort.

Hjalmar Stemmann CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Um sich bei dieser sehr emotional geführten öffentlichen Diskussion um die sogenannte "Pille danach"

eine Meinung bilden zu können, ist es wichtig, die Fakten zu kennen. So sollte, davon war eben schon die Sprache, inzwischen jedem klar sein, dass die "Pille danach" keine Abtreibungspille ist. Es handelt sich um ein hochwirksames Hormonpräparat, das den Eisprung um einige Tage verzögert. Ein bereits befruchtetes Ei wird jedoch nicht gefährdet. Damit ist die "Pille danach" ein gutes Notfallmedikament, und genau dabei sollte es aus meiner Sicht auch bleiben. Woher Sie, liebe Frau Schmitt, eine Abnahme der Wirksamkeit nehmen, wäre allerdings schon allein eine Überweisung an den Gesundheitsausschuss wert.

(*Antje Möller GRÜNE:* Es geht um 72 Stunden!)

Ich halte eine ärztliche Beratung vor Abgabe der "Pille danach" für absolut notwendig, denn es gilt zu bedenken, dass aufgrund der hohen Hormondosis häufig starke Nebenwirkungen auftreten können. Außerdem kann sich neben Übelkeit und Kopfschmerzen auch der nächste Eisprung verzögern. Zudem sind derzeit mit Levonorgestrel und Ulipristal zwei sehr unterschiedliche Wirkstoffe auf dem Markt. Eine Abwägung, welcher Wirkstoff im Einzelfall geeignet ist, bedarf medizinischer Fachkenntnisse. Diese Medikamente sind keinesfalls austauschbar, wenn das eine gerade mal nicht in der Apotheke verfügbar ist. Hier greift der Antrag der GRÜNEN viel zu kurz. Von Unkenntnis zeugt auch, dass Sie, Frau Schmitt, im SPD-Antrag nur eine andere Wortwahl sehen. Nein, hier wird auf ein Präparat abgestellt.

(*Heidrun Schmitt GRÜNE:* Ja, haben wir ja auch!)

– Das habe ich in Ihrem Antrag nicht gefunden.

(*Antje Möller GRÜNE:* Lesen Sie doch mal richtig!)

– Es gilt nicht die Lyrik, es gilt das, was im Petition steht.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD:* Richtig!)

Bitte lassen Sie uns nicht vergessen: Die Pille danach ist kein Hustenbonbon. Es ist wichtig, dass beraten und aufgeklärt wird. Die häufig jungen Frauen müssen aber auch menschlich begleitet werden. Weder das eine noch das andere ist in der Atmosphäre einer Apotheke angemessen zu leisten. Eine Beratung, mit weiteren Apothekenbesuchen hinter einem, ist sicherlich angenehm, oder?

Eine Verweigerung der "Pille danach" aus religiösen Gründen halte ich im Übrigen für falsch. Dass sich die katholische Kirche in Deutschland im Rahmen der Frühjahrsvollversammlung der deutschen Bischöfe in der vergangenen Woche in Trier auf eine Erlaubnis der "Pille danach" für Vergewaltigungsoffer verständigt hat, ist ein guter Schritt in

(Hjalmar Stemann)

die richtige Richtung, aber das muss noch weiter gehen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und bei *Dr. Melanie Leonhard SPD – Jan Quast SPD*: Dann gehen Sie doch mal mit!)

Die "Pille danach" ersetzt keine wirksame Empfängnisverhütung im Sinne der Selbstverantwortung. Genau hier sollte auch eine verantwortungsvolle Politik ansetzen. Die Aufklärung an Schulen muss intensiviert werden, und auch über die kostenlose Abgabe von Kondomen an Schülerinnen und Schüler sollte man nachdenken. Verhütung ist nicht nur eine Sache der Frau, sondern eine partnerschaftliche. Über den Druck auf die Frauen bei freier Verfügbarkeit der "Pille danach" können wir uns auch noch einmal im Gesundheitsausschuss unterhalten, wenn die SPD die Überweisung akzeptiert. Ich spreche mich im Übrigen, wie auch die Hersteller, die die Risiken am besten einschätzen können, dafür aus, dass es bei der Rezeptpflicht bleibt. Das Rezept kann jeder Arzt ausstellen, nicht nur Gynäkologen. Hier ist sicherlich noch Aufklärung notwendig.

Die CDU-Fraktion lehnt daher die Anträge der GRÜNEN und der SPD ab. Einer Überweisung an den Gesundheitsausschuss stimmen wir zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Schinnenburg, Sie haben das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als ich diesen Antrag das erste Mal sah, habe ich ein bisschen geschmunzelt. Ausgerechnet die GRÜNEN wollen eine leichtere Verfügbarkeit von Hormonpräparaten, dieselben GRÜNEN, die sonst hinter jeder Ecke ein gefährliches Molekül vermuten; Hormone seien sogar besonders gefährlich, und übrigens müssten die Bürger auch vor sich selbst geschützt werden.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Schlechter Einstieg, Herr Schinnenburg! – *Antje Möller GRÜNE*: Am Thema vorbei! – *Jens Kerstan GRÜNE*: Es geht nicht um Massentierhaltung, Herr Schinnenburg!)

Es gibt zwei Argumente für die Abschaffung der Rezeptpflicht, die auch hier schon genannt wurden, die immer wieder genannt werden. Der eine Punkt betrifft die Eile. Man hat in der Tat nur begrenzt Zeit, die entsprechende Pille einzunehmen. Manche sprechen von 24 Stunden, die SPD nennt in ihrem Zusatzantrag 72 Stunden. Ich persönlich bin der Meinung, dass 72 Stunden eine etwas sehr lange Zeitspanne ist. Aus meiner Sicht ist es dringender erforderlich, deutlich weniger Zeit als 72 und sogar 24 Stunden vergehen zu lassen, nicht gerade ein bis zwei Stunden, aber selbst 24 Stunden

sind schon eine ganze Menge. Insofern wundert mich diese Formulierung im SPD-Antrag ein bisschen. Zeit ist also ein Argument, das auf jeden Fall zu beachten ist. Denken Sie aber bitte auch daran, dass in vielen Hamburger Krankenhäusern – dazu ist gerade eine Schriftliche Kleine Anfrage, Drucksache 20/6838, der Kolleginnen Schmitt und Dr. von Berg hereingekommen – viele Hundert Male im Jahr diese "Pille danach" vergeben wird, auch in Notfallsituationen. Das heißt, gerade in Hamburg ist es sicherlich kein Problem, innerhalb von 24 Stunden das Medikament zu bekommen; in ländlichen Regionen mag das anders sein. Nebenbei gesagt haben Apotheken auch nicht immer auf. Sie können am Wochenende nicht in jede Apotheke gehen, sondern müssen den Apothekennotdienst aufsuchen. Auch das ist nicht so ohne Weiteres möglich. Das heißt also, dass das erste Argument zwar die Sache trifft, aber doch zu relativieren ist.

Das zweite Argument, dass viele andere Länder es machen und die WHO und andere Institutionen es empfehlen, finde ich vergleichsweise schwach. Meine Damen und Herren, wir sind doch sonst immer sehr stolz auf unsere deutschen Sicherheitsstandards. Mit anderen Worten: Es gibt zwei Argumente für die Abschaffung der Rezeptpflicht, die beide aus meiner Sicht zu beachten, aber nicht zwingend sind.

Jetzt gibt es Argumente gegen die Abschaffung. Im Fall einer Vergewaltigung zum Beispiel kommt es darauf an, dass auch eine Untersuchung auf sexuell übertragbare Krankheiten stattfindet und dass Beweise gesichert werden, um den Täter zu finden und später bestrafen zu können. Es ist sinnvoll, dann einen Arzt einzuschalten, denn das würde in einer Apotheke natürlich nicht passieren. Im Fall einer Verhütungspanne wird immer wieder empfohlen, die Frau über künftig sichere Verhütung aufzuklären. Auch das kann nicht in der Apotheke geleistet werden, auch dazu brauchen wir einen Arzt. Es gibt nicht weniger als drei Alternativen im Falle einer bevorstehenden ungewollten Schwangerschaft. Es wurde schon gesagt, dass es zwei verschiedene Wirkstoffe gibt, darüber hinaus gibt es auch noch die Möglichkeit der Kupferspirale. Ich will gar nicht sagen, was besser ist. Ich glaube, dass jede Frau ein Anrecht darauf hat, beraten zu werden, welche dieser drei Möglichkeiten für sie im konkreten Fall das Beste ist. Auch das kann man nicht in der Apotheke bekommen, auch dazu braucht man einen Arzt, der berät.

Nur andeutungsweise wurden Nebenwirkungen erwähnt. Es gibt davon eine ganze Reihe, die man nicht kurzerhand vom Tisch wischen kann. Es treten Blutungen, Schwindel und vor allem Erbrechen auf. Wenn eine Frau sich nach Einnahme der Pille erbricht, ist das nicht nur für sie unangenehm, sondern die Wirkung der Pille ist dann wahrscheinlich auch weg. Die Frau muss also darüber aufgeklärt

(Dr. Wieland Schinnenburg)

werden, dass sie im Fall von Erbrechen erneut den Arzt oder das Krankenhaus aufsuchen muss, um eine weitere Pille zu bekommen.

Es besteht ein erhöhtes Risiko für eine Eileiterentzündung. Auch darüber muss die Frau aufgeklärt werden. Das ist kein Grund, das Medikament nicht zu geben, aber die Frau hat den Anspruch darauf, das zu erfahren.

(Dirk Kienscherf SPD: Da gibt es eine leichte Schräglage bei Ihnen!)

– Das ist keine Schräglage. Ich habe mich nur, wie Sie bemerken, sehr intensiv eingelesen, was möglicherweise der eine oder andere vorher nicht getan hat.

Weiter ist zu beachten, dass bei einem Gewicht von mehr als 70 Kilogramm die Wirksamkeit dieser Präparate deutlich verringert ist. Das spricht in vielen Fällen dann eher für eine Spirale. Bei einer gerade laufenden Antibiose ist die Wirksamkeit ebenfalls eingeschränkt. Es sind klassische Aufgaben für einen Arzt, alle diese Punkte zu bewerten.

(Sylvia Wowretzko SPD: Das ist so, wenn Männer über Themen reden, von denen sie nichts wissen!)

Aus diesem Grund spricht aus meiner Sicht im Moment mehr dafür, bei einer Rezeptpflicht zu bleiben. Das heißt aber nicht, dass wir diesen Punkt schon endgültig entschieden haben. Deshalb beantragen wir eine Überweisung an den Gesundheitsausschuss, um uns von Experten beraten zu lassen. Ich hoffe, dass Sie dem stattgeben. Wenn Sie dem nicht stattgeben sollten, dann werden wir den Antrag ablehnen, denn derzeit weist der Erkenntnisstand eher dahin, dass eine Rezeptpflicht beibehalten werden sollte. Geben Sie uns bitte die Chance, diesen Punkt von Fachleuten überprüfen und uns beraten zu lassen. Wenn die Argumente gut sind, dann ändern wir möglicherweise unsere Meinung. Ansonsten müssen wir leider beide Anträge ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Artus, Sie haben das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Die "Pille danach" ist eine wichtige Möglichkeit, Frauen aus einer Notlage zu befreien.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Daher ist es unverständlich, dass dieses Medikament immer noch nicht rezeptfrei ist, und das muss schnellstens möglich gemacht werden.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN – Dietrich Wersich CDU: Das ist doch nicht der Punkt!)

Was mich ärgert, das sind die Scheindebatten und Unterstellungen, die immer wieder hervorgekehrt werden und die sich gegen Frauen und ihr Sexualverhalten richten.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Mit der "Pille danach" wird nicht abgetrieben, es wird lediglich der Eisprung unterdrückt. Daher ist es umso wichtiger, dass die Einnahme so schnell wie möglich, möglichst innerhalb der schon genannten nächsten 24 Stunden, erfolgt und nicht erst, wenn Arzt oder Ärztin Sprechstunde haben. Die Zeit kann daher ebenfalls knapp werden, wenn man sich das Medikament über eine Internet-Apotheke bestellt. Bis es da ist, kann der Eisprung nämlich schon stattgefunden haben. Selbst wenn eine Schwangerschaft besteht, gefährdet das Medikament nicht den Fötus. Dieses Wissen ist nicht neu. DIE LINKE im Bundestag hat diese Erkenntnisse bereits 2010 mit einer Schriftlichen Kleinen Anfrage zutage befördert. Viele werden wissen oder auch nicht, dass ein Kondom reißen und die Pille vergessen werden kann. Ich finde es schlimm, dass hingegen den Frauen unterstellt wird, sie würden weniger oder gar nicht verhüten, wenn sie die "Pille danach" rezeptfrei erhalten.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Es gibt leider auch Männer, die Frauen bedrängen, ohne Kondom mit ihnen zu schlafen, völlig abgesehen von Vergewaltigungen. Nicht immer werden die sofort angezeigt, sodass dies äußerst tragische Folgen haben kann, die letztlich eine Abtreibung bedeuten. Eine Abtreibung ist aber eine wesentlich mehr belastende Angelegenheit als die Einnahme einer Tablette. Die oft vorgebrachten Positionen gegen die Pille danach wirken lächerlich, wenn Sie sich in anderen europäischen Ländern umschauen. Sie werden schnell sehen, dass sich dort im Verhütungsverhalten durch die Rezeptfreiheit überhaupt nichts verändert hat. Die Unterstellung, dass Frauen sodann verantwortungslos Sex praktizierten, ist schlichtweg frauen- und auch lustfeindlich, sehr geehrte Herren und Damen. Es entspricht nicht den Realitäten.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Riskant ist allein das Mauern durch die Ärzteschaft, das konservative Frauenbild von CDU und CSU sowie das Verhalten des Bundesgesundheitsministers, also in diesem Fall das der FDP, erst das von Herrn Rösler und jetzt das von Herrn Bahr.

(Olaf Ohlsen CDU: Ein Skandal ist das ja!)

In 28 Ländern Europas ist die "Pille danach" rezeptfrei. Auch dies wird gern von den Verhinderern

(Kersten Artus)

unterschlagen. Selbst in Ländern wie der Türkei und auch im katholisch geprägten Irland ist das so. Die Bundesrepublik Deutschland hinkt hinterher. Rückständig ist das, nichts anderes.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Die "Pille danach" ist die Verwirklichung eines Menschenrechts, das bereits 1968 bei der UN-Menschenrechtskonferenz in Teheran verabschiedet wurde. Jeder Mensch hat das Recht auf Zugang zu sicheren, gesundheitsschonenden und finanzierbaren Verhütungsmitteln. Es ist unfassbar, dass das in der Bundesrepublik immer noch nicht verwirklicht ist.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Daher unterstützen wir den Vorstoß von Hamburg und bedanken uns sehr bei pro familia, die die Landespolitik hierauf aufmerksam gemacht hat. Wir hoffen, dass dies die Entscheidung auf Bundesebene befördert. Wenn sich CDU/CSU und FDP nicht völlig blamieren und unglaubwürdig machen wollen, dann schaffen sie die Rezeptpflicht noch vor der Sommerpause ab.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Senatorin Prüfer-Storcks hat nun das Wort.

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schon von vielen Rednerinnen und Rednern gesagt worden, dass in der weit überwiegenden Zahl der europäischen Länder die "Pille danach" rezeptfrei zu erhalten ist. Warum das in Deutschland völlig anders aussieht, warum wir gerade in einer Situation, in der es wirklich schnell gehen muss, unnötige Barrieren aufbauen, ist mir persönlich unverständlich, denn die "Pille danach" hat in Deutschland keine anderen Risiken und Nebenwirkungen als in anderen europäischen Ländern.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Erfahrungsgemäß entsteht der Bedarf gerade zu Nachtzeiten oder am Wochenende, also zu Zeiten, in denen die Praxen regulär nicht geöffnet sind und Frauen auf den ärztlichen Notdienst mit den entsprechenden Wartezeiten verwiesen sind. Für Frauen, die nicht schwanger werden wollen, beginnt damit ein Wettlauf mit der Zeit, denn 72 Stunden sind es, binnen denen die "Pille danach" eingenommen werden muss, und je früher das passiert, desto zuverlässiger tritt die Wirkung ein. Mit der Beschaffung eines Rezeptes ist natürlich eine Verzögerung verbunden, und die kann zu einer Schwangerschaft führen, die mit der "Pille danach" nicht stattgefunden hätte.

Meine Damen und Herren! In Deutschland gab es im vergangenen Jahr mehr als 4 200 Geburten bei minderjährigen Frauen, und 92 Prozent dieser jungen Frauen sind ungeplant schwanger geworden. 50 bis 60 Prozent aller Schwangerschaften Minderjähriger enden mit einem Abbruch. Es ist relativ wahrscheinlich, internationale Studien zeigen das, dass ein großer Teil dieser Schwangerschaften und dieser Abbrüche mit einer rezeptfreien "Pille danach" zu verhindern wäre.

Die Erfahrungen der Nachbarländer haben auch gezeigt, dass eine ärztliche Verordnung und medizinische Betreuung nicht erforderlich ist; auch von der Apothekerschaft wird die rezeptfreie Abgabe befürwortet. Befürchtungen, dass mit einem leichteren Zugang möglicherweise ein riskantes Sexualverhalten gefördert würde, haben sich nicht bestätigt. Im Gegenteil, in mehreren Studien wurde ermittelt, dass die Zunahme der Verwendung von regulären Verhütungsmitteln einhergeht mit der Rezeptfreiheit der "Pille danach". Es findet also eine bessere Familienplanung statt. Studien belegen auch, dass Schwangerschaftsabbrüche in den Ländern, in denen die "Pille danach" rezeptfrei erhältlich ist, gesunken sind. Die "Pille danach" kommt nur in absoluten Not- und Ausnahmesituationen zur Anwendung. Regelverhütungsinstrumente soll sie nicht sein und ist sie auch in den anderen europäischen Ländern nicht geworden. Deshalb müssen wir an dieser Stelle auch nicht den Arztvorbehalt strapazieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die "Pille danach" auf der Basis von Levonorgestrel – und über diese "Pille danach" spreche ich – ist unbedenklich, sie ist einfach anzuwenden und sie wird als gut verträglich eingestuft. Es besteht keine Gefahr der Überdosierung.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Verzeihen Sie, Frau Senatorin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Scheuerl?

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks: Bitte.

Zwischenfrage von Dr. Walter Scheuerl CDU:* Frau Senatorin, können Sie dem Hohen Haus erklären, weshalb die normale Pille rezeptpflichtig bleiben soll, Sie sich aber für die "Pille danach" für die Rezeptfreiheit aussprechen?

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks (fortfahrend): Ich glaube, das kann ich. Die normale Pille ist ein Regelverhütungsinstrument, das in der Regel über viele Jahre eingenommen wird. Deshalb ist es auch sinnvoll, dass diese Einnahme kontrolliert

(Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks)

wird, dass kontrolliert wird, ob es Nebenwirkungen gibt und ob zum Beispiel Thrombosen entstehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die "Pille danach" ist nicht zur Regelanwendung vorgesehen, und die Frauen nutzen sie auch nicht zur Regelanwendung. Es gibt auch keine Risiken, es gibt keine ernsthaften Nebenwirkungen, es gibt nicht die Gefahr der Überdosierung und es gibt keine Auswirkungen auf die zukünftige Fruchtbarkeit von Frauen. Deshalb empfehlen auch die Weltgesundheitsorganisation und das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte die rezeptfreie Abgabe der "Pille danach".

Ich bin gleichwohl der Meinung, dass Frauen mit ihren Sorgen im Zusammenhang mit einer Notfallverhütung nicht alleingelassen werden sollten. Deshalb spreche ich mich dafür aus, die "Pille danach" rezeptfrei abzugeben, aber apothekenpflichtig zu lassen. Durch ein Gespräch mit dem Apotheker oder der Apothekerin können dann besser als durch einen Blick in den Beipackzettel Fragen und Zweifel im Zusammenhang mit der Einnahme geklärt werden.

Meine Damen und Herren! Die Abschaffung der Verschreibungspflicht der "Pille danach" ist verschiedentlich in den letzten Jahren auf Bundesebene und in den Ländergremien diskutiert worden. Hamburg hat sich zumindest in den letzten zwei Jahren positiv geäußert zu einer Abschaffung der Rezeptpflicht. Im Oktober 2012 hat die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung aufgefordert, die Rezeptpflicht abzuschaffen. Das ist bekanntermaßen abgelehnt worden. Es wird jetzt eine Bundesratsinitiative der A-Länder zu dieser Frage geben, die untereinander abgestimmt wird. Und ich unterstütze diese Initiative ausdrücklich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/6929 und 20/7067 an den Gesundheitsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Zunächst zum Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/7067.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das angenommen.

Wer dem Antrag der GRÜNEN Fraktion aus Drucksache 20/6929 seine Zustimmung eben möchte, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe.

– Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag angenommen.

Ich rufe jetzt den Punkt 41 auf, das ist die Drucksache 20/6912, Antrag der FDP-Fraktion: Beteiligung des gemeinnützigen Sports an den Einnahmen aus der Sportwettenabgabe.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Beteiligung des gemeinnützigen Sports an den Einnahmen aus der Sportwettenabgabe
– Drs 20/6912 –]**

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Kaesbach, bitte.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Vorgestern fanden der Hamburger Sportgipfel und die Sportgala statt und gestern die Deutschlandpremiere des äußerst beeindruckenden Films "Gold – du kannst mehr, als du denkst".

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Unser sportpolitischer Antrag ist also bestens eingebettet in eine hochkarätige Sportwoche.

Dem Sport kommt in unserer Stadt in vielen Bereichen eine Schlüsselrolle zu. Er ist gleichzeitig Gesundheitsfürsorge, Förderer von Ehrenamt, Integrationsmotor, Hobby und Brückenbauer zwischen verschiedensten Menschen.

(Beifall bei *Dr. Thomas-Sönke Kluth* und *Katja Suding*, beide FDP)

Es ist vor allem der Breitensport, der diese Aspekte auf sich vereint. Der Breitensport kann gerade in Hamburg auf eine sehr lange Tradition zurückblicken. Gleichzeitig muss er sich aktuell neuen Aufgaben stellen; man denke da an den flächendeckenden Ausbau der Ganztagschulen. Der Breitensport ist es aber auch, der von den Rahmenbedingungen, die ihm die Stadt zur Verfügung stellt, sehr abhängig ist.

Im Rahmen der Dekadenstrategie Sport hat der Senat sich der Aufgabe angenommen, der Bedeutung des Breitensports Rechnung zu tragen und das Profil von Hamburg als Sportstadt zu schärfen. Auf Seite 2 der Dekadenstrategie steht, dass in Hamburg jede und jeder sportaktiv sein solle, egal, in welchem Alter, von welcher Herkunft und ob mit oder ohne körperliche oder geistige Behinderung oder Einschränkungen. Dies ist ein hehres Ziel, aber bei der Zielsetzung kann es meines Erachtens nicht bleiben.

(Beifall bei der FDP und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

(Martina Kaesbach)

Die Sportförderung, die sich bis vor einigen Jahren aus den Erträgen der Einnahmen aus dem Lotterglücksspiel gespeist hat, wurde 2007 auf stabile FüÙe gestellt. Um unabhängig von Konjunkturschwankungen den Vereinen und Verbänden Planungssicherheit zu geben, schließt die Stadt seit 2007 parallel zu den Doppelhaushalten mit dem Hamburger Fußballverband und dem Hamburger Sportbund einen Sportfördervertrag. Angesichts des gesellschaftlichen Nutzens des Sports hat sich dieses Instrument in den Augen der FDP-Fraktion bewährt.

Der aktuelle Sportfördervertrag für die Jahre 2013 und 2014 liest sich auf den ersten Blick sehr gut. Nominell sind die Mittel, die dem organisierten Sport zur Verfügung gestellt werden, um knapp 400 000 Euro gestiegen. Es entsteht der Eindruck, der Sport sei besser ausgestattet als in den Jahren 2011 und 2012. Dem Hamburger Sportbund fällt tatsächlich ein Budget von 580 000 Euro zu, das ihm im vorherigen Doppelhaushalt nicht zugeflossen ist. Diese 580 000 Euro wurden aber vorher vom Sportamt verwaltet und sind zweckgebunden. Damit hat lediglich eine Verschiebung der Gelder stattgefunden; eine Aufstockung bedeutet dies nicht.

(Beifall bei der FDP und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Insofern trägt hier der Schein. Tatsache ist nämlich, dass das Budget von 500 000 Euro an investiven Mitteln, die ehemalige "SportKlima"-Förderung, gestrichen worden ist. Auf der realen Habenseite stehen also der Wegfall des Konsolidierungsbeitrags in Höhe von 205 000 Euro pro Jahr und die Aufstockung der Mittel für die Leistungsförderung um 80 000 Euro. Unterm Strich bedeutet dies aber, dass die real zur Verfügung stehenden Mittel um circa 200 000 Euro gesunken sind. Der Sport muss also mit erheblichen Kürzungen leben, damit der Senat anderswo seine teilweise unsinnigen Wahlversprechen einlösen kann.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist alles total sinnig!)

Das ist für die FDP-Fraktion angesichts der hohen gesellschaftlichen Bedeutung des Sports nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der FDP und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Zum 1. Juli 2012 ist der neue Glücksspielstaatsvertrag in Kraft getreten. Er sieht unter anderem vor, dass in Zukunft auf Sportwetten eine Abgabe in Höhe von 5 Prozent des Einsatzes geleistet wird. Man schätzt das Volumen aus den bundesweit generierten Einnahmen auf ungefähr 90 Millionen Euro. Von den 90 Millionen Euro erhält Hamburg nach dem Königsteiner Schlüssel dann wohl circa 2 Millionen Euro. Diese Mittel werden ausschließ-

lich durch den Sport erzeugt und stellen in jeder Hinsicht zusätzliche Gelder dar.

Diese hervorragende Chance zur Stärkung der Vereine und Verbände unserer Stadt wollen wir nutzen. Wir fordern die Prüfung einer Beteiligung des gemeinnützigen Sports an den Einnahmen aus der Sportwettenabgabe zusätzlich zu den bisherigen Mitteln aus dem Sportfördervertrag.

(Beifall bei der FDP)

Mit einer solchen Verwendung würde man der Stagnation der Sportförderung in Hamburg entgegenwirken. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich am 14. Juni 2012 dafür ausgesprochen, unter Berücksichtigung der länderspezifischen Besonderheiten einen Teil der staatlichen Einnahmen aus Glücksspielen für Zwecke der Förderung des Sports zu verwenden. In Hessen beispielsweise wurde eine Beteiligung des Sports an den Einnahmen aus der Sportwettenabgabe bereits realisiert.

Der Hamburger Sportbund und der Hamburger Fußballverband haben sich Anfang Februar schriftlich an den Ersten Bürgermeister gewandt und ihn gebeten, sich für die Verwendung der Mittel für die Sportförderung einzusetzen. Wir möchten dem Senat mit auf den Weg geben, unseren Vorschlag zur Einrichtung eines Sportförderfonds zu prüfen. Dieser soll in einer Höhe von mindestens 25 Prozent der Einnahmen, also voraussichtlich ungefähr 500 000 Euro, eingerichtet werden. Die gemeinnützigen Sportvereine in Hamburg wären dann für Gelder aus diesem Fonds für verschiedene kleine und mittelgroÙe Projekte antragsberechtigt. Auf diese Weise könnte vor allem in der Arbeit vor Ort einiges bewegt werden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Ein solcher Ausbau der Sportförderung in unserer Stadt ist vor dem Hintergrund des wachsenden Selbstverständnisses Hamburgs als Metropole des Sports ein logischer Schritt. Das Ende der Stagnation in der Sportförderung sollte uns diesen Schritt wert sein. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Kaesbach. – Das Wort hat Herr Schumacher.

Sören Schumacher SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat sind wir Sportauschussmitglieder die Lobbyisten des Sports im Parlament. Insofern kann ich auch gut verstehen, dass sich die FDP und die FDP-Sportpolitiker diesen Antrag heute ausgedacht haben und sich darum sorgen, dass die Sportfinanzierung auch weiterhin gesichert ist. Aber Sie haben doch genau

(Sören Schumacher)

ausgeführt, wie die Historie der Sportfinanzierung in Hamburg ist. Die Abhängigkeit von Lotto und Toto bis zum Jahr 2007 hat eben immer dazu geführt, dass die Einnahmen schwankend waren. Und diesen Zustand haben wir in Hamburg Gott sei Dank beenden können.

(Beifall bei der SPD – *Olaf Ohlsen CDU*: Das war die CDU!)

– Wir Sportler. Wer 2007 regiert hat, ist doch bekannt.

Aber die CDU ist damals auch nicht ganz allein auf diese Idee gekommen, denn das war der große Wunsch der Sportverbände, des Hamburger Sportbundes und des Hamburger Fußballverbandes. Im Einvernehmen mit der Stadt konnte ein entsprechender Sportfördervertrag entwickelt werden. Und diese Politik setzt auch dieser Senat weiter fort. Der aktuelle Sportfördervertrag, das hat Frau Kaesbach gesagt, liegt bei 8,4 Millionen Euro und ist damit deutlich besser ausgestattet als vorher. Dies ist auch in sehr großem Einvernehmen vom Hamburger Sportbund abgesegnet worden. Auf der Mitgliederversammlung stimmten 3346 stimmberechtigte Mitglieder von insgesamt 3460 dafür. Insofern zeigt sich, dass der Sportfördervertrag das Instrument ist, das in Hamburg anerkannt ist.

(Beifall bei der SPD)

Zu den Einnahmen, die jetzt aus den Glücksspielen kommen: Sport und Glücksspiel, dazu kann man unterschiedlicher Auffassung sein, aber die Stadt hat dadurch in der Tat vermutlich in Zukunft höhere Einnahmen. Diese sind allerdings wiederum abhängig von den Spielerinnen und Spielern; je nach Lust und Laune, je nach Geldbeutel wird dort gewettet oder auch nicht.

Ich denke, wir sollten den Hamburger Sport nicht wieder in die Abhängigkeit so einer schwankenden Einnahme bringen. Eine verlässliche Finanzierung ist wichtig. Und die Einnahmen aus den Sportwetten fließen doch heute auch schon dem Sport zu. Laut Landeshaushaltsordnung, das wurde auch in Ihrer Anfrage so beantwortet, fließt das Geld in die Stadtkasse und entsprechend auch indirekt in die Sportförderung, und die ist vertraglich abgesichert.

Dennoch wollen wir dem Haushaltsausschuss Gelegenheit geben, noch einmal intensiv über die Einnahmen aus den Glücksspielen zu beraten und werden den Antrag überweisen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Schumacher. – Das Wort hat Herr Schira.

Frank Schira CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schumacher, das hören wir sehr gern, weil wir bis heute früh davon ausgegangen

sind, dass Sie einer Überweisung an den Sportausschuss oder an einen anderen Ausschuss nicht zustimmen wollten.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: So gut gehen wir mit der Opposition um, Herr Schira!)

Aber Sie haben noch Einsicht bewiesen, dieses heute – ich hoffe, mit den Stimmen des gesamten Parlaments – an den Haushaltsausschuss zu überweisen. Was nicht richtig war oder zumindest nur teilweise richtig war, Herr Schumacher, ist, dass Sie ganz bedächtig davon sprachen, dass die Mittel aus den Sportwetten zumindest indirekt in den Hamburger Haushalt fließen. Da kann doch niemand nachweisen, wie und wo denn tatsächlich der Sport gefördert wurde.

(Zuruf von *Sören Schumacher SPD*)

– Ja, das ist so. Das ist aber in anderen Bundesländern anders geregelt, das gehört auch zur Wahrheit.

(*Sören Schumacher SPD*: Die haben aber auch keinen Sportfördervertrag!)

Frau Kaesbach hat das auch sehr deutlich gemacht. Und deswegen ist es notwendig, auch über den Sportfördervertrag nachzudenken. Er ist nicht in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht worden. Sie haben sich auch noch beeilt hinzuzufügen, dass zumindest alle Sportler diese Form gewählt haben, aber insbesondere die CDU-Fraktion darauf gedrängt habe, eine richtige und gute verlässliche Finanzierung in Hamburg stattfinden zu lassen. Und das ist in der vorletzten Legislaturperiode passiert. Das ist eine wichtige Finanzierungsgrundlage. Ich denke jedoch, dass der Sport es beileibe nötig hat – wenn ich an den Hamburger Sportbund, an den Fußballverband, aber vor allen Dingen an die Vereine denke –, dass er eine zusätzliche Einnahmequelle bekommt. Deswegen unterstützen wir den FDP-Antrag, und ich wünsche uns eine gute Beratung im Haushaltsausschuss.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Schira. – Das Wort hat Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schumacher, es geht doch nicht darum, den Sportfördervertrag wieder abzuschaffen. Er ist ein verlässliches und sinnvolles Instrument, das ist wichtig. Es geht darum, dass die Einnahmen aus den Sportwetten dann auch in dem Anteil, wie es vorgesehen ist, dem Sport zur Verfügung stehen. Deswegen will ich es gleich vorwegnehmen: Wir halten den FDP-Antrag für gut und sinnvoll. Er ist auch relativ harmlos, denn er fordert zunächst erst einmal eine Prüfung. Wir unterstützen ihn und freuen uns in der Tat, dass die SPD ihn zumindest an den Haushaltsaus-

(Christiane Blömeke)

schuss überweist. Ich denke, dass wir da auch eine inhaltliche Debatte führen sollten, denn es geht bei diesem Antrag nicht nur um Zahlen, sondern es geht auch um Inhalt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Martina Kaesbach FDP*)

Der Senat, Frau Kaesbach sagte es, hat sich mit der Dekadenstrategie im Sport ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Viele dieser Punkte aus der Dekadenstrategie unterstützen wir durchaus, sie sind richtig und sie finden auch unsere Zustimmung. Aber wenn wir die Realität sehen, seitdem wir die Dekadenstrategie haben, dann müssen wir leider feststellen, dass immer noch sehr viele Punkte nicht über den Zustand eines Papiertigers hinauskommen. Das hängt natürlich damit zusammen, dass es an den Finanzen fehlt, Frau Timmermann, da kommen wir nicht drumherum. So bleiben es Hülse, und die Realität ist noch nicht erfüllt mit den Zielen, die dort drinstehen.

(*Juliane Timmermann SPD*: Sie wissen, was die Dekadenstrategie heißt, oder? Über zehn Jahre!)

– Was das alles kostet, weiß ich, aber genau deshalb frage ich mich, was denn näher liegt, als die Einnahmen aus den Sportwetten für den Sport zur Verfügung zu stellen. Selbst die Ministerpräsidentenkonferenz aller Länder sieht hier einen Weg, den Breitensport weiter zu stärken. Deswegen ist es auch ganz vernünftig.

Wir haben gerade in den letzten Tagen ein wahres Feuerwerk an Sport gehabt, wir haben es eben gehört: der Sportgipfel, die Sportgala, gestern der wunderbare "Gold"-Film bei Lufthansa Technik. Wir haben viel über die Förderung des Spitzensports gesprochen, egal, ob Menschen mit Behinderung oder ohne Behinderung. Und Senator Neumann wird in dem Zusammenhang auch nicht müde, immer wieder zu betonen, dass wir diesen Spitzensport nur dann haben können, wenn wir auch eine gute Grundlage im Breitensport haben; damit hat er recht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Martina Kaesbach* und *Finn-Ole Ritter*, beide *FDP*)

Aber wenn der Breitensport unsere Grundlage ist, dann müssen der Senator und der SPD-Senat auch dafür sorgen, dass er finanziell so ausgestattet ist, dass er seiner Aufgabe und dem Ziel gerecht werden kann.

(*Juliane Timmermann SPD*: Besser als bei Ihnen!)

– Jetzt kommen Sie nicht wieder mit Schwarz-Grün und wie es denn bei denen war. Ich rede über heute und zwei Jahre SPD, und das ist es, was zählt.

(*Sören Schumacher SPD*: Den Unterschied haben Sie jetzt gelernt!)

– Richtig.

Ich kann mich aber noch gut erinnern, als Sie in der Opposition waren, wie Sie darüber hergezogen sind, dass die Sportanlagen so marode sind. Wir haben nämlich immer noch zu viele marode Sportanlagen, auf denen eigentlich eher Bewegung als Sport stattfinden kann. Immer noch, Herr Schumacher, erhalten längst nicht alle Kinder die geförderten Schwimmstunden, die erforderlich sind, damit wirklich alle Kinder Schwimmen lernen können und damit die Lebensrettung in dem notwendigen Umfang stattfinden kann. Die Schwimmstunden sind herabgesenkt worden; wir haben im Rahmen der Haushaltsdebatte schon darüber gesprochen. Da brauchen Sie nicht den Kopf zu schütteln, das ist Fakt.

Eines noch, das uns aktuell erreicht hat. Der Senat hat sogar bei den Kindergruppen dem nicht entgegengewirkt, dass Bäderland die Eintrittspreise für Kindergruppen erhöht.

(*Sören Schumacher SPD*: Es geht noch um den FDP-Antrag!)

– Doch, das stimmt, das hat der Senat auf unsere Schriftliche Kleine Anfrage geantwortet.

Das heißt, Kindergruppen, die jetzt vom Bauspielfeld aus in Schwimmbäder gehen, müssen höhere Eintrittspreise bezahlen. Mühsam darf in Einzelfällen durchgesetzt werden, dass sie auch nach 16 Uhr noch da bleiben können, vorher mussten sie vor 16 Uhr hinausgehen.

Wir haben hier ein absolutes Defizit, es fehlt Geld in diesen Bereichen und es fehlt Geld im Breitensport. Und deswegen ist der Gedanke gut zu prüfen, ob dieses Geld aus den Wetten dem Sport zufließen kann. Wir werden deshalb erst einmal die Überweisung unterstützen. Ich finde es gut, dass die SPD noch einmal darüber reden will. Ich bin allerdings gespannt, was hierbei herauskommt – ich hoffe, den Breitensport weiter zu stärken und nicht nur über Spitzensport zu reden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Frank Schira CDU*, *Martina Kaesbach* und *Finn-Ole Ritter*, beide *FDP*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Blömeke.

Bevor ich Herrn Yildiz das Wort erteile, möchte ich Sie noch einmal bitten, übrigens auch den Senat – der Senat hat jederzeit das Recht, das Wort zu ergreifen, aber bitte nach vorheriger Anmeldung –, nur dem Redner zuzuhören und sonst nach draußen zu gehen. – Herr Yildiz, bitte.

(*Christiane Blömeke GRÜNE*: Das stört die aber gar nicht!)

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man merkt, wie wichtig dem Sportsenator der Breitensport ist.

(*Christiane Schneider* DIE LINKE: Die sollen mal ruhig sein! – *Christiane Blömeke* GRÜNE: Das ist eine Missachtung des Parlaments!)

Ich meine, es ist auch ein Zeichen, wie der Sportsenator sich den Spitzensport auf die Fahne geschrieben hat, aber den Breitensport missachtet.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber ich muss eines sagen, bezogen auf den FDP-Antrag: Ich bin wirklich positiv überrascht, dass die FDP, die eigentlich in erster Linie für die Glücksspiellobbysten und -lobbyistinnen ist, einen Antrag für den Breitensport stellt. Im Sportausschuss – Herr Ritter, hören Sie mal zu –, als die Dekadenstrategie und der Haushalt Thema waren, hat sie kein einziges Wort über das Thema Breitensport verloren. Hier stellt sie jetzt aber einen Antrag und macht sich stark für den Breitensport. Es gibt einen Spruch von Lafontaine.

(*Roland Heintze* CDU: Nee, nicht der!)

Er sagt, seit es DIE LINKE gibt, ist die SPD sozialer geworden. Ich merke, seit es DIE LINKE gibt, sind die GRÜNEN – das muss ich auch für Sie sagen, Frau Blömeke, bezogen auf den Breitensport und die FDP – auch sozialer geworden. Das freut mich.

(Beifall bei der LINKEN – *Jens Kerstan* GRÜNE: Das ist eine Frage von Ursache und Wirkung!)

Eines möchte ich noch einmal betonen. Wir haben im Sportausschuss zuletzt eine Anhörung zum Thema Integration durch Sport gehabt. In Hamburg läuft im Bereich des Breitensports sehr viel über ehrenamtliche Arbeit. Viele Sportlerinnen und Sportler und Vereine, die uns als Experten zur Verfügung standen, haben bemängelt, dass sie sehr wenig oder kein Geld haben. Es steht hierzu auch ein CDU-Antrag zur Abstimmung. Sie haben uns deutlich gemacht, dass sie professionelle und finanzielle Unterstützung brauchen, damit sie überhaupt ihren Aufgaben gerecht werden. Das waren in erster Linie Kolleginnen und Kollegen aus dem Breitensport, die tolle Arbeit leisten, aber deren Arbeit nicht anerkannt wird.

Im Bereich des Schwimmens hat Frau Blömeke vorgegriffen. Ich möchte das noch einmal wiederholen. Bäderland, das eigentlich ein stadteigenes Unternehmen ist – der Senat ist selbst hier vertreten –, hat die Preise von 1 Euro auf 2,30 Euro pro Kind erhöht. Und der Senat tut gar nichts. Davon sind Tausende von Kindern und Hunderte von Kindergruppen betroffen, die keine Möglichkeit haben, kostenlos schwimmen zu gehen. Dabei ist es ein sehr, sehr wichtiges Thema für die Kinder in dieser

Stadt, für Gruppen, für Träger und für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Ich finde es unverantwortlich, was der Senat da macht.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christiane Blömeke* GRÜNE)

Statt dass Senator Neumann bei Events auftritt und darstellt, wie viel Tolles er für den Sport macht – ich glaube auch, dass er das tut, aber in erster Linie für den Spitzensport, nicht für den Breitensport –,

(*Sören Schumacher* SPD: Das ist doch nicht wahr!)

sollte er sich bitte auch diesen Antrag im Haushaltsausschuss ansehen. Ich hätte mir gewünscht, dass es zumindest eine zusätzliche Förderung für den Breitensport gibt. Aber ich möchte betonen, dass wir den Sportfördervertrag nicht mit anderen Zuschüssen gegeneinander ausspielen wollen, sondern es muss eine Grundfinanzierung geben. Das, was jetzt gefordert ist, ist eine zusätzliche Finanzierung. Daher unterstützen wir den Antrag der FDP. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Yildiz. – Frau Kaesbach hat das Wort.

Martina Kaesbach FDP: Herr Yildiz, ich würde Sie bitten, den Antrag einmal genau zu lesen. Im Petition steht, dass es um die Beteiligung des gemeinnützigen Sports geht, und mit gemeinnützigem Sport ist genau der Breitensport gemeint.

(Beifall bei der FDP – *Mehmet Yildiz* DIE LINKE: Deshalb unterstützen wir!)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Kaesbach.

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer stimmt der Überweisung der Drucksache 20/6912 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Ich rufe dann Tagesordnungspunkt 22 auf, Drucksache 20/6849, Gemeinsamer Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien und des Umweltausschusses: Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 12. Oktober 2011 "Landstrom – Konzepte, Kosten und Bewertung".

[Gemeinsamer Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien und des Umweltausschusses über die Drucksache 20/5316:

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 12. Oktober 2011 "Landstrom – Konzepte, Kosten und Bewertung" (Drucksache 20/1807) – Senatsmitteilung –
– Drs 20/6849 –]

Meine Damen und Herren! So geht es wirklich nicht. Frau Krischok, Herr Senator Horch und Herr Rose, wenn Sie sich unterhalten wollen, ist das Ihr gutes Recht, aber bitte nicht hier, sondern außerhalb des Raumes. Das gilt auch für den Herrn Kreuzmann und für Herrn Kleibauer. Habe ich alle erwähnt?

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 20/7065 und 20/7074 Anträge der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
 Saubere Luft durch externe Stromversorgung von Kreuzfahrtschiffen
 – Drs 20/7065 –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion:
 Fristverlängerung abgelehnt – Senat muss endlich für saubere Luft sorgen
 – Drs 20/7074 –]**

Wer wünscht hierzu das Wort? – Frau Heyenn, bitte schön.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Ich habe gerade gehört, dass ich noch 30 Minuten Redezeit habe, das ist doch wunderbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Thema Landstrom hat eine unerwartete Aktualität. Wir haben gerade wieder gelesen, dass die Luftverschmutzung in Hamburg viel zu hoch ist. Die Stickoxidkonzentration liegt wiederholt über den EU-Grenzwerten. Der Anteil des Hafens daran ist nicht unerheblich, und deswegen beschäftigen wir uns seit Jahren mit den Emissionen von Kreuzfahrtschiffen und wollen diese während der Liegezeiten im Hafen reduzieren. Das wollen wir quer durch alle Fraktionen, und deshalb diskutieren wir in diesem Hause schon sehr lange über Landstrom. Die SPD hat einen Zusatzantrag eingebracht, und darin kann ich unter anderem den Satz lesen, dass durch die Diskussion hier im Hause das Thema weiter vorangebracht wurde. Das kann ich leider nicht erkennen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was?)

Es geht in dem bürgerschaftlichen Ersuchen unter anderem um ein Betreiberkonzept für Landstrom mit einer jährlichen Rate von circa 590 000 Euro, das erst einmal für 15 Jahre vergeben werden soll. Die Diskussion in der Bürgerschaft und auch in den Ausschüssen hat gezeigt, dass großer Handlungsbedarf besteht, und für uns ist der Dreh- und Angelpunkt bei dieser Frage, welcher Energiever-

sorger beim Bau und Betrieb einer stationären Landstromanlage für Kreuzfahrtschiffe am Terminal Altona beteiligt wird. Zugesagt war, dass Ende 2012 eine Entscheidung vorliegen würde, und es war auch zugesagt, dass es eine diskriminierungsfreie Ausschreibung geben würde. Wir konnten nichts dergleichen vernehmen, deshalb haben wir eine Schriftliche Kleine Anfrage gestellt.

Das Problem ist, dass durch die Beantwortung unserer Befürchtungen noch größer geworden sind. Erstens ist immer noch nichts entschieden, und zweitens gibt es immer noch keine Ausschreibung, auch keine diskriminierungsfreie Ausschreibung, und es ist noch nicht einmal klar, ob der Senat eine Ausschreibung machen will. Das ist ein klarer Widerspruch zu dem, was der Herr Senator im Oktober 2012 hier in der Bürgerschaft erklärt hat.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Pfui!)

Wir wollten es ganz genau wissen, denn wir haben unsere Erfahrungen. Zum einen haben wir die Erfahrung, dass der Senat gerne geheime Gespräche mit Vattenfall führt, siehe die Vorbereitung des Netze-Deals. Es gab x Gespräche, die wir erst durch mehrere Anfragen von unterschiedlichen Fraktionen erfragen mussten. Zum anderen haben wir erlebt, dass Vattenfall die Stromversorgung der öffentlichen Gebäude auf eine Art und Weise bekommen hat, die wir bis heute skandalös finden. Es wurde eine europaweite Ausschreibung durchgeführt, daran hat man HAMBURG ENERGIE sich auch pro forma beteiligen lassen, aber ein Ausschlusskriterium war – das ist in einer Schriftlichen Kleinen Anfrage von Ihnen bestätigt worden –, dass ein Unternehmen, das nicht mindestens drei Jahre erfolgreiche Bilanzen vorlegen kann, diesen Auftrag nicht bekommen konnte. Zum Zeitpunkt der Ausschreibung, an der HAMBURG ENERGIE sich beteiligt hat, gab es dieses Unternehmen gerade einmal zwei Jahre. Das war ein Trick der besonderen Art, und deswegen sind wir da sehr skeptisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Antworten, die wir jetzt bekommen haben, vergrößern unsere Sorgen eigentlich noch, denn wir hatten natürlich gefragt, ob es schon Gespräche mit Energieversorgern gegeben habe, und die hat es tatsächlich gegeben. Es wird genau aufgeführt, dass es exakt ein Gespräch mit den Stadtwerken Lübeck gegeben hat, da ist sogar das Datum angegeben und wer dabei gewesen ist. Dann gab es exakt ein zweites Gespräch mit HAMBURG ENERGIE, auch mit Angabe des Datums und wer dabei gewesen ist. Dann ist die Tabelle zu Ende und unten drunter steht, es hätten noch mehrere Gespräche mit Vattenfall stattgefunden, natürlich ohne Datumsangabe, und es wird auch verschwiegen, welche Teilnehmer dabei waren, obwohl wir das gefragt hatten. Dann wird noch einmal ausführlich gesagt, worüber man mit Vattenfall gesprochen ha-

(Dora Heyenn)

be, nämlich über die Anschlussmöglichkeit einer Landstromanlage an das Stromnetz, die Leitungsverlegung und einen möglichen Standort der Landstromanlage. Das macht uns sehr skeptisch, und wir haben den Bericht des Ausschusses deswegen heute wieder auf die Tagesordnung gesetzt, weil wir mit dieser Anmeldung für mehr Transparenz in dieser Frage sorgen möchten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern in diesem Punkt die Information der Opposition ein, und zwar bevor eine Entscheidung gefallen ist. Wir möchten auf jeden Fall sicherstellen, dass es eine diskriminierungsfreie Ausschreibung gibt, und das Verfahren muss selbstverständlich beschleunigt werden. Das hat auch der BUND im Zuge der Luftverschmutzung in Hamburg noch einmal angemahnt.

Der SPD-Antrag ist irgendwie niedriglich.

(Heiterkeit bei *Roland Heintze CDU*)

Es ist die Wiederholung der Punkte aus dem bürgerchaftlichen Ersuchen. Während der Senat noch eine Entscheidung bis Ende 2012 angekündigt hat, was er nicht gehalten hat, steht im SPD-Antrag nun, dass er bis Ende 2013 einen Bericht abgeben soll. Und in der Pressemitteilung steht, dass die SPD dafür sorgen will, dass 2014 zum ersten Mal ein Schiff an die Steckdose angeschlossen wird.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Richtig, genau!)

Das dauert uns alles viel zu lange.

(Heiterkeit bei der SPD)

Es ist versprochen worden bis 2012, und nichts ist passiert. Jetzt passiert bis 2013 nichts,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wir haben schon 2013, und die Schiffe müssen bestellt werden!)

und ob dann etwas passiert, wissen wir auch nicht. Wir wollen Transparenz, wir wollen eine Ausschreibung und eine rechtzeitige Information der Opposition, und wir möchten auf keinen Fall, dass wieder mit Vattenfall gemauschelt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Heyenn. – Das Wort hat Frau Krischok.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Jetzt wird hier nicht mehr gemauschelt!)

Anne Krischok SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Landstrom beschäftigt uns schon einige Jahre, Frau Heyenn hat es eben angedeutet, früher allerdings mit der Frage, ob, und heute mit den Fragen, wann und wo. Wir

von der SPD-Fraktion wollen in dieser Legislaturperiode sichtbare Ergebnisse.

(Beifall bei der SPD)

Erstmals hat uns ein Hamburger Senat im letzten Herbst eine ausführliche Zusammenfassung zum Thema Landstrom zur Verfügung gestellt. Somit können wir heute den Bericht der gemeinsamen Sitzung des Umwelt- und Wirtschaftsausschusses vom 4. Dezember abschließend debattieren. In dieser Sitzung hat der Senat deutlich dargelegt, dass er Landstrom für Kreuzfahrtschiffe will und zahlreiche weitere Maßnahmen begleitet und fördert. Das haben übrigens alle Fraktionen im Ausschuss begrüßt.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, dass Sie alle die Drucksache gelesen haben und den Sachverhalt insofern gut kennen. Lassen Sie mich trotzdem kurz die wichtigsten Punkte darstellen. Die Anzahl der Kreuzfahrtschiffe im Hamburger Hafen hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen und wird in Zukunft weiter ansteigen. Die Hälfte aller anlaufenden Schiffe ist in den nächsten Jahren für Landstrom geeignet. Landstromanlagen am Kreuzfahrtterminal Altona mit einem Liegeplatz und in der HafenCity mit zwei Liegeplätzen sind technisch umsetzbar. Neben rund 170 Kreuzfahrtschiffen können auf längere Sicht auch rund 12 000 weitere Schiffe, vor allem Containerschiffe, ihre Emissionen senken. Ab dem Jahre 2015 gelten verschärfte Emissionswerte für Schwefel auf der Nord- und Ostsee. Das heißt, die Schiffe werden in Zukunft so ausgestattet und umgerüstet werden, dass sie die Umwelt deutlich weniger belasten. Die Umrüstung wird einige Jahre dauern, aber bis dahin wollen wir von der SPD-Fraktion nicht warten. Wir wollen eine Lösung für die Reduzierung der Schadstoffe von Schiffen, die bei uns im Hafen liegen.

Es bieten sich grundsätzlich zwei Möglichkeiten für eine externe Stromversorgung an. Zum einen gibt es die sogenannten Power-Bargen, die ihren Strom in einer schwimmenden Kraft-Wärme-Kopplungsanlage erzeugen. Hier sind allerdings im laufenden Genehmigungsverfahren noch zahlreiche Fragen zu klären. Der Senat hat deshalb in den letzten Monaten auch sehr deutlich gemacht, dass er das Thema der festen Landstromversorgung am Kreuzfahrtterminal Altona voranbringt. Hier kann man dann auch Erfahrungen sammeln und danach weitere Entscheidungen treffen.

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Wozu?)

Die SPD-Fraktion begrüßt diese klaren Aussagen und unterstützt den Senat mit einem Zusatzantrag, in dem wir Folgendes deutlich machen:

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Zum Jagen tragen wollt ihr ihn, aber ganz geruhsam!)

(Anne Krischok)

Wir wollen, dass das erste Kreuzfahrtschiff im Hamburger Hafen vor Ablauf der Kreuzfahrtsaison 2014 an die Steckdose kommt.

(Roland Heintze CDU: Das sollten Sie mal in Ihren Antrag reinschreiben!)

Dabei sind generell sowohl Landstromanlagen als auch Power-Bargen möglich. Die beiden Modelle werden sich übrigens nicht gegenseitig behindern, sondern befruchten. Zur Frage, wer die Altonaer Landstromanlage betreiben kann, haben wir auch eine klare Vorstellung. Das kann und soll die HPA tun. Dies hätte den Vorteil, dass alle notwendigen Schritte – Grundstückerschließung, Bau der Landstromanlage, Betreibung und Wartung der Anlage – von einem Akteur umgesetzt werden könnten. Außerdem ist die HPA bereits jetzt schon dabei, entsprechende Vorarbeiten und Prüfungen am Kreuzfahrtterminal vorzunehmen.

Noch einmal an Frau Heyenn: Die HPA bereitet eine europaweite Ausschreibung für die Anlage vor.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Da sind wir ja mal gespannt!)

Zur Finanzierung und Ausschreibung: Der Senat soll zudem die Finanzierung der Landstromanlage sicherstellen, da die Anfangsinvestitionen nicht über Nutzungsentgelte refinanziert werden können. Zur Finanzierung sollen erstens Fördermittel bei der EU und beim Bund eingeworben werden, zweitens möglichst private Unternehmen beteiligt und drittens die von der Bürgerschaft bewilligte Deckung durch Haushaltsmittel herangezogen werden.

(Olaf Ohlsen CDU: Es sind doch keine Mittel mehr da!)

Eine Berücksichtigung von Ökostrom bei der Ausschreibung für Landstrom würde natürlich den ökologischen Wert dieses Projekts erhöhen. Das wäre dann ein praktisches Beispiel, wie der Umwelt- und Klimaschutz in Hamburg vorangebracht werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen zudem, dass der Senat auch das Kreuzfahrtterminal HafenCity und weitere Versorgungsbedarfe im Hafen untersucht.

(Jens Kerstan GRÜNE: Was wollt ihr denn da noch untersuchen? Das macht ihr doch schon seit drei Jahren! – Gegenruf von Dirk Kienscherf SPD: Drei Jahre können es nicht sein!)

– Herr Kerstan, wir machen es seit drei Jahren, und Sie haben in Ihren Legislaturperioden vorher überhaupt nichts geschafft.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich als Umweltpolitikerin, dass wir uns nach jahrelanger Diskussion zum Thema Land-

strom unter diesem Senat endlich der Realisierung nähern.

(Beifall bei der SPD)

Dies sind deutlich erkennbare Fortschritte beim Thema externe Stromversorgung von Kreuzfahrtschiffen, worauf wir bei den Vorgängersenenaten vergebens gewartet haben.

(Beifall bei der SPD)

Der CDU-Antrag enthält leider keine neuen Aspekte. Er bleibt inhaltlich auch hinter unserem Antrag zurück, deswegen ist er entbehrlich.

(Beifall bei Jan Quast SPD)

Stimmen Sie unserem Antrag zu, damit produzieren wir saubere Luft. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Krischok. – Das Wort hat Frau Stöver.

Birgit Stöver CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Landstrom hat einige Tage zuvor neue Aktualität erlangt, da die Fristverlängerung zur Erfüllung der Luftreinhaltkriterien für Hamburg abgelehnt wurde, und jetzt drohen Hamburg Strafzahlungen in großer Höhe.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nicht Hamburg, dem Bund!)

– Und Hamburg im Besonderen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nicht im Besonderen! – Dirk Kienscherf SPD: Wir wollen doch bei der Wahrheit bleiben! – Dr. Monika Schaal SPD: Sie haben doch das Thema seit Jahren ausgesessen!)

Wie konnte das geschehen? Wenn der Senat immer so ordentlich arbeitet, dann hätte das doch gar nicht passieren dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Hamburg reichte als Letztes die endgültigen Unterlagen ein. Der Antrag musste bis 31. Dezember 2012 eingereicht sein, Hamburg tut dies – sozusagen als Weihnachtsgeschenk – wirklich in letzter Minute am 27. Dezember, und die Güte der Unterlagen ist mangelhaft. Die EU stuft den Luftreinhaltplan als Entwurf ein, das heißt, sie nimmt ihn überhaupt nicht ernst. Sie fasst ihn als Entwurf auf, der noch nachbesserungswürdig ist. Die EU bewertet die Maßnahmen im Plan weiter als mangelhaft, das heißt, diese reichen nicht aus, um 2015 die Grenzwerte für Stickoxide einhalten zu können. Und um das Ganze noch zu toppen: Die Bürgerschaft hat sich damit noch gar nicht befasst, denn der Luftreinhaltplan liegt noch zur Beratung im Umweltausschuss. Das Ganze hängt natürlich mit

(Birgit Stöver)

dem Landstrom zusammen, weil der Schiffsverkehr ein Hauptverursacher für die Stickoxidemissionen ist. Die SPD scheint jetzt endlich aufzuwachen.

(Dr. Monika Schaal SPD: Nachdem Sie jahrelang geschlafen haben!)

Aufgrund des Drucks der EU-Kommission scheinen Sie endlich aufzuwachen, Sie arbeiten scheinbar nur unter Druck.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir arbeiten überhaupt!)

Die Pressemitteilungen, es sind zwei an der Zahl, hören sich schon sehr gut an. Da denkt man, jetzt ginge es endlich los. Wenn man sich aber den Zusatzantrag der SPD zur Senatsmitteilung beziehungsweise zum Ausschussbericht anschaut, dann muss man allerdings sehen, dass das nicht der Fall ist. Hat die SPD wirklich die Wichtigkeit des Themas begriffen? Will sie tatsächlich, wie in der Pressemitteilung angekündigt, dem Senat jetzt Beine machen beim Thema Landstrom?

(Dr. Andreas Dressel SPD: Beine machen steht da aber nicht drin, das wüsste ich!)

– In der Pressemitteilung nicht, aber ich habe es so interpretiert, dass Sie mit Ihrer Presseerklärung dem Senat endlich Beine machen, das Thema Landstrom anzugehen, so wie die Opposition es ständig fordert.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Wir forcieren das Thema jetzt!)

Aber wenn wir uns den Zusatzantrag der SPD anschauen, dann ist das weit gefehlt, das ist ein reiner Showantrag. Viel Prosa, zwar auch mit richtigen Erkenntnissen, aber unterm Strich sind wir dem Wortlaut des Antrags nach nicht weiter als die Senatsmitteilung vom September letzten Jahres. Um Ihnen ein Beispiel dafür zu geben, dass es nur eine Absichtserklärung ist, zitiere ich aus dem Antrag:

"Zurzeit wird versucht, Landstrom und Power-Barge unabhängig voneinander voranzutreiben. Beide Modelle werden sich nicht gegenseitig behindern, sondern befruchten."

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen von der SPD, warum tun Sie es dann nicht einfach mal?

(Beifall bei der CDU – Dr. Monika Schaal SPD: Warum haben Sie denn nichts gemacht?)

Das Nächste ist die schöne Erkenntnis, dass neben den 170 Kreuzfahrtschiffen langfristig auch rund 12 000 Container- und Handelsschiffe im Hamburger Hafen anlanden,

(Olaf Ohlsen CDU: Da wären wir sehr dankbar!)

und auch bei diesen könnte die Landstromtechnologie oder die Power-Barge-Lösung Emissionen senken helfen. Das ist prima. Wir wären schon dankbar, wenn in einem ersten Schritt nicht alle 12 000 Containerschiffe Landstrom bekämen, sondern die knapp 6000, die über 24 Stunden im Hafen liegen, denn die verursachen hauptsächlich die Emissionen und Probleme.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiteres Beispiel der Absichtserklärungen ist, dass die Genehmigungsfähigkeit der Kraftwerkschiffe derzeit noch von den Behörden mit Hochdruck geprüft werde. Ich verweise auf das Wort "Hochdruck" – das würde bedeuten, Sie prüfen wirklich schnell. Die Behörde prüft seit 2010, dann wurde das Thema wieder schleifen gelassen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Es gibt bislang keine Baugenehmigung, das ist doch klar, dass das etwas dauert!)

weil Senator Horch gegen Landstrom für Hamburg war. Herr Senator Horch, Sie haben wörtlich gesagt:

"Landstrom – für Hamburg ist das nichts."

Die Lernkurve der SPD und des Senats ist mir zu flach und definitiv zu langsam. Sie bewegen sich nur, wenn Sie Druck bekommen.

(Dirk Kienscherf SPD: Sie haben sich gar nicht bewegt!)

Hoffentlich ist die Androhung von Strafgeldern durch die EU-Kommission nun endlich genug Druck. Wenn Sie die Pressemitteilungen realisieren, dann sind wir schon wieder etwas weiter.

Zu unserem Zusatzantrag: Wir haben drei ganz klare Forderungen. Beide Kreuzfahrtterminals sollen gleichwertig mit einer externen Stromversorgung ausgestattet werden. Oder wie wollen Sie den Menschen in der HafenCity erklären, dass sie weniger vor schlechter Luft geschützt werden sollen als die Menschen, die in Altona wohnen? Das kann nicht sein. Senator Horch hat im Ausschuss definitiv gesagt, Sie würden den Stromanschluss in der HafenCity nur begleiten. Das ist uns zu wenig. Wir fordern, dass beide Kreuzfahrtterminals mit einer Stromversorgung ausgestattet werden.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens, und darauf legen wir großen Wert, sollen beide Technologien zum Einsatz kommen, einmal die feste Landstromanlage und auch die mobile Power-Barge-Lösung. Nur so kann man später eine Abwägung vornehmen, an welchem Terminal, sei es ein Kreuzfahrtterminal oder ein Containerterminal, welche technische Lösung die beste ist und zum Einsatz kommen soll.

Und als Drittes und Letztes: Selbstverständlich ist es sinnvoll, private Investoren mit einzubeziehen.

(Birgit Stöver)

Das sollten Sie bitte ebenso im Auge behalten.
– Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Stöver. – Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD und Landstrom im Hafen – das ist wirklich eine unendliche Geschichte, und wir erleben heute schon wieder ein Schauspiel, das unnötig und überflüssig ist wie ein Kropf, denn schon bei der ersten Beschlussfassung hier im Hause im November 2011 hatten wir GRÜNE einen Zusatzantrag mit dem Titel "Landstrom – handeln statt abwarten!" gestellt, weil alle Untersuchungen, die Sie damals vom Senat gefordert hatten, eigentlich schon vorlagen und wir endlich wollten, dass es vorangeht. Der damalige Antrag der SPD-Fraktion war doch nichts anderes, als einen unwilligen Wirtschaftssenator und eine Umweltsenatorin, die an Umwelt nun einmal nicht interessiert ist, zum Jagen zu tragen. Das war eine Scheinaktivität, denn in Wirklichkeit haben Sie einfach nur die Frist verlängert, damit Sie sich wieder schlafen legen konnten, und nichts passierte.

Damals haben Sie gesagt, Sie wollten ein Konzept bis zum April 2012 fertigstellen. Was ist im April 2012 passiert? Gar nichts. Der Senat hat noch einmal fünf Monate gebraucht, um endlich dieses Konzept vorzulegen; dann hat er allerdings etwas Überraschendes gemacht. Er hat dem Parlament eine Zusage gegeben, und zwar im November 2012. Ich zitiere einmal aus der damaligen Drucksache vom 18. September 2012 – ich meine 2012, es kommt einem manchmal gefühlt sehr viel länger vor.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Darin steht klipp und klar:

"Der Senat wird das LNG-Hybrid-Barge-Konzept [...] in genehmigungsrechtlicher Hinsicht unterstützen und einen Umsetzungsplan für den Bau und Betrieb einer stationären Landstromanlage für Kreuzfahrtschiffe am Terminal Altona erarbeiten und [der] Bürgerschaft zeitnah [vorlegen]."

Und jetzt zähle ich einmal auf, was Sie heute beantragen, das ist nämlich total interessant. Mit ihrem heutigen Antrag fordert die SPD-Fraktion den Senat auf, er möge die Hamburg Port Authority beauftragen, die Planung für eine Landstromanlage in Altona vorzubereiten und vorzulegen, die Finanzierung der Landstromanlage sicherzustellen und das Ganze bis zum Ende der Kreuzfahrtsaison 2014 vorzulegen. Das haben Sie gemerkt, oder? Ein Plan, eine Finanzierung und ein Datum – das

ist ein Umsetzungsplan. Der Senat hat bloß schon vor fünf Monaten gesagt, dass er das macht.

Und dann beantragen Sie als Nächstes, dass

"[...] vor diesem Hintergrund die Genehmigungsverfahren für die Power-Bargen mit Hochdruck zum Abschluss [...]"

gebracht werden müssen. Auch das hat der Senat dem Parlament im September letzten Jahres zugesagt. Da stellt sich doch schlicht und ergreifend die Frage, wozu Sie eigentlich jetzt diesen Antrag brauchen, wenn der Senat das in einer Senatsdrucksache längst beschlossen hat, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Jetzt könnte man natürlich der Meinung sein, dies sei ein Misstrauensantrag der SPD-Fraktion gegen diesen Senat, gegen einen Wirtschaftssenator, der schon seit Jahren nicht handelt, und eine Umweltsenatorin, die dieses Projekt nicht voranbringt. Aber weit gefehlt, denn genau wie beim letzten bürgerschaftlichen Ersuchen täuschen Sie eine Scheinaktivität vor. Die erste Frist, die Sie dem Senat setzen, der vor fünf Monaten versprochen hat, jetzt endlich zu handeln und einen Plan vorzulegen, lautet, er solle Ende 2013 einen Zwischenbericht erstatten und 2014 am Ende der Kreuzfahrtsaison – das ist der 1. Januar 2015 – dann endlich einmal etwas getan haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das Entscheidende ist doch, dass 2014 dann endlich ein Schiff an die Steckdose kommt!)

Dieser Senat könnte sofort handeln, und wir GRÜNEN sind es einfach leid, dieses Pingpongspiel zwischen einem unwilligen Senat und einer SPD-Fraktion, die mit Anträgen Scheinaktivitäten vor-täuscht, mitzumachen. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen, liebe Kollegen von der SPD.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum anderen brauchen Sie jetzt auch nichts mehr zu untersuchen. Warum in der HafenCity keine Landstromanlage errichtet wird, ist längst in dem Berichtersuchen dargestellt worden.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Habt ihr eigentlich mal eine Finanzierung vorgelegt?)

Da fehlt schlicht und ergreifend der politische Wille, denn Sie haben bisher nur beschlossen, das in Altona zu machen.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dressel?

Jens Kerstan GRÜNE: Aber immer, ich habe noch 18 Minuten Redezeit.

Zwischenfrage von Dr. Andreas Dressel SPD: – So lange sollen die Frage und ihre Beantwortung nicht dauern.

Enthalten die vielen Anträge und Initiativen der GRÜNEN eigentlich auch einen Finanzierungsvorschlag? Immerhin gibt es die feste Landstromanbindung nicht zum Nulltarif, sondern wenn ich richtig informiert bin, kostet sie alleine 10 Millionen Euro in Altona, und in der HafenCity ist es noch teurer. Gibt es Finanzierungsvorschläge von den GRÜNEN, und wie sehen diese aus?

Jens Kerstan GRÜNE (fortfahrend): Also erst einmal reden wir heute über Ihren Antrag, in dem auch keine Finanzierungsvorschläge stehen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie beantragen heute in Ihrem Antrag keinerlei Finanzierung.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Das stimmt doch nicht, das steht doch da alles drin mit der Finanzierung!)

Sie wollen, dass der Senat einen Finanzierungsplan vorlegt, das heißt, dass Sie selbst ihn noch nicht vorgelegt haben. Warum sollten wir bei einem Antrag, den Sie stellen, für Sie eine Finanzierung erarbeiten? Dann stellen Sie doch solch einen Antrag nicht, Herr Dressel.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP – Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Dressel?

Jens Kerstan GRÜNE: Gerne.

(*Roland Heintze* CDU: Können wir das nicht an den Ausschuss überweisen und da diskutieren?)

Zwischenfrage von Dr. Andreas Dressel SPD: – Nein, das machen wir jetzt lieber hier.

Hat der Kollege Kerstan in unserem Antrag auch den Finanzierungsvorschlag mit dem Haushaltstitel, aus dem das genau kommen soll, gelesen?

Jens Kerstan GRÜNE (fortfahrend): Nein.

(Heiterkeit bei der SPD und vereinzelter Beifall bei der CDU)

Nichtsdestotrotz ist doch der entscheidende Punkt, Herr Dressel, dass der Senat jetzt loslegen könnte, wenn Sie eine Finanzierung haben. Sie setzen ihm jetzt wieder eine Frist von zwei Jahren, nachdem

wir eigentlich vor zwei Jahren schon längst hätten handeln können, und das ist doch nichts anderes als eine Scheinaktivität, selbst wenn Sie irgendwo einen Titel im Haushalt nennen würden. Dieser Senat sollte handeln, und dieser Antrag täuscht eine Scheinaktivität vor. Deshalb werden wir ihn ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Kerstan. – Das Wort hat Herr Dr. Kluth.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist zum Thema Landstrom in der Tat eigentlich schon alles gesagt worden, nur eben noch nicht von jedem. Daher habe ich jetzt die Gnade des letzten Debattenbeitrags.

Das Problem ist in der Tat, da hat Frau Heyenn völlig recht, dass wir viel über Landstrom sprechen, dass es aber einfach zu lange dauert, bis wirklich etwas getan wird.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und bei *Jens Kerstan* GRÜNE)

Wir haben folgende Situation: Bereits in der 18. Legislaturperiode, also nicht etwa in der letzten, sondern bereits in der vorletzten, beauftragte die Wirtschaftsbehörde den Germanischen Lloyd damit, ein Gutachten zu erstellen. Damit kam 2008 das Thema Landstrom das erste Mal auf die Tagesordnung der Bürgerschaft. Und ein Jahr später, dann mit schwarz-grüner Mehrheit, beauftragte die Bürgerschaft den Senat erneut, die Möglichkeiten einer landseitigen Stromversorgung zu überprüfen; das war im Jahr 2009. Nachdem diese Konzepte erstellt waren und sie ihren Weg in die Schubladen der Behörden nahmen, erreichte das Thema 2011 die nunmehr regierende SPD. Die ersten Monate im neuen Amt – wenn ich das bei allem Respekt so sagen darf, Herr Senator – fremdelten Sie etwas mit dem Thema. Sie mussten sich wohl selbst vom Thema Landstrom noch überzeugen, Frau Stöver hat es schon erwähnt. Noch im Mai 2011 sagten Sie gegenüber NDR 90,3 – Zitat –:

"Landstrom – für Hamburg ist das nichts."

Nun sieht das mittlerweile offenbar anders aus. Der Senat hat im Oktober des vergangenen Jahres eine Drucksache vorgelegt. Das finden wir auch gut so.

Warum erinnere ich an diese nunmehr fünfjährige Geschichte der Landstromdebatte? Ich erinnere deshalb daran, weil unterdessen wertvolle Zeit vergangen ist, und diese Zeit haben andere Hafencitystädte längst genutzt, um Landstromanlagen zu installieren, also nicht nur darüber zu reden, sondern etwas zu tun. Bereits seit 2008 werden am Lü-

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

becker Nordlandkai Frachtschiffe mit Landstrom versorgt,

(Olaf Ohlsen CDU: Das kann man nicht vergleichen!)

am Hafen in Göteborg wurde der Landstrom 2011 eingeschaltet, und die beiden großen Konkurrenten des Hamburger Hafens in der Nordrange, Amsterdam und Rotterdam, versorgen bereits Binnenschiffe mit Landstrom. Weitere Anlagen werden folgen.

Die vorgelegte Drucksache ist sicher ein guter Schritt in die richtige Richtung, aber wichtige Fragen bleiben dennoch offen. Beispielfhaft möchte ich drei nennen:

Erstens: Die Kabeltrasse verläuft über weite Strecken durch Altona. Hier muss mit dem Bezirk zunächst eine Genehmigungslage geschaffen werden,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Eben, und deshalb ist das nicht so einfach!)

ein langwieriger Prozess – höchste Zeit also, damit zu beginnen.

Die zweite Frage ist die Frage der Finanzierung, Herr Kerstan hat es angesprochen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Kerstan hat da leider wenig zu gesagt!)

Die Errichtung einer stationären Landstromanlage am Terminal in Altona soll laut Drucksache 9,6 Millionen Euro kosten. Die Finanzierungsfrage ist ungeklärt, jedenfalls unter Berücksichtigung des Konzepts "pay as you go". Das scheint bei Ihnen inzwischen Schnee von gestern zu sein. Gleichzeitig aber dürfen die Strompreise nicht exorbitant steigen, um die Kosten insbesondere für die Reedereien bezahlbar zu halten. Die von der Bundesregierung vorgesehene Befreiung des Landstroms von der Stromsteuer ist daher nach unserer Auffassung ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der FDP)

Drittens und letztens bringt die Frage des Betreibermodells für die Landstromanlage ein weiteres Problem mit sich. Die HPA hat die beiden Varianten eines Betriebes in Eigenregie oder das Con-

tracting mit einem Stromversorger ins Spiel gebracht. Hier brauchen wir vor der Entscheidung eine sorgfältige Kosten- und Risikoanalyse.

Die FDP-Fraktion sieht in der Landstromversorgung nach wie vor ein wichtiges Zukunftsprojekt für den Hamburger Hafen. Wir unterstützen daher die Anstrengungen in diese Richtung. Nur um es ein weiteres Mal deutlich zu machen: Die Zeit drängt. Das Tempo und die Taktzahl müssen deutlich erhöht werden. Wir werden den Anträgen von SPD und CDU zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Kluth.

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor, und damit kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den SPD-Antrag aus der Drucksache 20/7065 abstimmen.

Wer möchte sich diesem Antrag anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit beschlossen worden.

Nun zum Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 20/7074. Hierzu möchte die GRÜNE Fraktion die Ziffer 1 separat abstimmen lassen.

Wer möchte Ziffer 1 des CDU-Antrags annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Wer möchte den Ziffern 2 und 3 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Abschließend stelle ich fest, dass die Bürgerschaft vom Bericht aus der Drucksache 20/6849 Kenntnis genommen hat.

Schönen Abend, wir sehen uns morgen.

Ende: 20.02 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Kazim Abaci, Dr. Friederike Föcking, Robert Heinemann, Gerhard Lein und Christoph de Vries